

Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Neuphilologische Fakultät
Germanistisches Seminar
Wintersemester 2018/19

MASTERARBEIT

„Populistische“ Vermittlung von Fachinhalten

Eine linguistische Analyse von Parteiprogrammen und
Gesetzesentwürfen der AfD im Parteienvergleich

Verfasser: Philipp Kungl

E-Mail: P.Kungl@stud.uni-heidelberg.de

Erstgutachter: Prof. Dr. Ekkehard Felder

Zweitgutachter: Prof. Dr. Jörg Riecke

Ort: Heidelberg

Abgabetermin: 7. März 2019

Bearbeitungszeit: 6 Monate

Inhaltsverzeichnis

Abstract

1.	Einleitung	1
2.	Was ist Populismus?	3
2.1	Einige Definitionsversuche	3
2.2	Charakteristische Merkmale des Populismus	5
2.3	Populismus – eine besondere Redestrategie?	9
2.4	Die Alternative für Deutschland (AfD) als populistische Partei	14
3.	Funktionale Varietäten: Fachsprachen und Vermittlungssprachen	18
3.1	Grundzüge der linguistischen Fachsprachenforschung	19
3.2	Horizontale und vertikale Gliederungen von Fachsprachen	21
3.3	Vermittlungssprachen	24
3.3.1	<i>Vermittlungssituationen</i>	25
3.3.2	<i>Methoden der Wissensvermittlung</i>	27
4.	Grundlagen der politischen Kommunikation und Vermittlung	30
4.1	Die Lexik in der Politik	31
4.2	Semantische Aushandlungsprozesse: Ideologievokabular und der Streit um Wörter	32
4.3	Vermittlung von Fachinhalten in der Politik	34
5.	Aufbau der Untersuchung	37
6.	Linguistische Analyse der fachlichen Vermittlung im Parteienvergleich	42
6.1	Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017	42
6.1.1	<i>Umweltschutz / Klimawandel</i>	42
6.1.2	<i>Bildung</i>	46
6.1.3	<i>Gesundheitswesen</i>	51
6.1.4	<i>Sozialpolitik</i>	57

6.2	Gesetzesentwürfe der 19. Wahlperiode (Deutscher Bundestag)	64
6.2.1	<i>Solidaritätszuschlag</i>	64
6.2.2	<i>Kindergeld</i>	67
6.2.3	<i>Netzwerkdurchsuchungsgesetz</i>	70
6.2.4	<i>Aufenthaltsgesetz</i>	73
7.	Schlussbetrachtung	77
8.	Literaturverzeichnis	81
8.1	Primärquellen	81
8.1.1	<i>Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017</i>	81
8.1.2	<i>Gesetzesentwürfe der 19. Wahlperiode</i>	81
8.2	Sekundärliteratur	82
9.	Anhang	87
9.1	Auszüge der Parteiprogramme	87
9.1.1	<i>Umweltschutz / Klimawandel</i>	87
9.1.2	<i>Bildung</i>	89
9.1.3	<i>Gesundheitswesen</i>	92
9.1.4	<i>Sozialpolitik</i>	95
9.2	Auszüge der Gesetzesentwürfe	100
9.2.1	<i>Solidaritätszuschlag</i>	100
9.2.2	<i>Kindergeld</i>	102
9.2.3	<i>Netzwerkdurchsuchungsgesetz</i>	104
9.2.4	<i>Aufenthaltsgesetz</i>	106

Abstract

The thesis titled “Populistische Vermittlung von Fachinhalten. Eine linguistische Analyse von Parteiprogrammen und Gesetzesentwürfen der AfD im Parteienvergleich” wants to answer the question of how the German party Alternative für Deutschland (AfD) proceeds with provision of specialist knowledge. In political science and linguistics, the party was already referred to as populist. However, most of this was done on the basis of investigations that dealt with the favourite topics of the party (such as refugee crisis, Islam or EU-politics) in terms of language and content. The thesis wants consciously break away from this thematic limitation and investigate whether the AfD also applies populist strategies in teaching specialist knowledge.

For this purpose party programs and draft bills of the AfD are compared with those of the other parties represented in the current German Bundestag (SPD, CDU/CSU, LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) on several linguistic levels. The analysis shows that the AfD certainly occupies a special position in the provision of specialist knowledge. It differs in the party program from usual methods of knowledge transfer and acts on the other hand by populist methods, for example by the delimitation of vocabulary and concept of the political opponent or by the negation of facts. What is special about the AfD is that it is the only party that exploits knowledge transfer by constantly focusing on its favourite topics.

In the draft bills, the party usually uses common methods. Deviations or even populist strategies can hardly be ascertained here. In a brief excursus, however, it can be shown that the party is quite populist in the draft bill on the Aufenthaltsgesetz. Here, for example, allegations are made and fears of refugees stoked. Obviously, the AfD deviates in the draft bills only there from the norm, where it comes to their favourite topics.

This suggests that the AfD is particularly populist in providing specialist knowledge on those types of text that are targeted at a broad, citizen audience.

1. Einleitung

Der #Islam hat eine Heimat und wer nach seinen Regeln leben möchte, der möge auch dort hin [sic!] ziehen!
Wir wollen das in Deutschland nicht. (AfD-Politiker Björn Höcke via Twitter, 24.03.2017)

Der Islam als bedrohlicher Feind, die Flüchtlingskrise, die scheinbar gegen den Willen des Volkes gerichtete Politik des sogenannten Establishments – all das sind bevorzugte Themen populistischer Bewegungen in Europa. In den vergangenen Jahren haben solche Bewegungen nicht nur auf der Straße an Zuspruch gewonnen: Populistische Parteien konnten auch bei demokratischen Wahlen Erfolge erzielen und in mehrere Parlamente einziehen. Die Bundesrepublik Deutschland hat die „populistische Welle“ im Jahr 2017 durch den Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in den Bundestag endgültig erreicht. Mit höchst kontroversen, teilweise sogar rassistischen Äußerungen polarisieren und empören Parteiangehörige wie Björn Höcke in Politik und Öffentlichkeit. Dabei unterscheiden sich auch Rhetorik und politische Strategie mitunter stark von konventionellen Gepflogenheiten. Für komplexe Probleme werden etwa ganz einfach klingende Lösungen vorgeschlagen, politische Gegner werden persönlich beleidigt und Ängste werden bewusst geschürt. Den inhaltlichen Schwerpunkt bilden auch bei der AfD die eingangs genannten Lieblingsthemen, die vielerorts immer wieder auftauchen.

Gleichwohl machen diese Themen in der Politik nur einen kleinen Teil aus. Der Bundestag beschäftigt sich unter anderem auch mit Finanzen, der Umwelt oder Bildungsfragen. Von den politischen Entscheidungsträgern¹ erfordert diese Themenvielfalt ein hohes Maß an fachlichem Wissen. Auf sprachlicher Ebene zeigt sich dieses Wissen explizit im Verstehen und Beherrschen der jeweiligen Fachsprache. Daraus ergibt sich allerdings ein Problem in zweierlei Hinsicht: Zum einen kann nicht jeder Bundestagsabgeordnete Experte auf allen Gebieten sein, soll aber dennoch Entscheidungen treffen können. Zum anderen wird Politik in einer Demokratie für das Volk gemacht. Der einfache Bürger muss politische Programme und Gesetze verstehen können, um ebenfalls im Anschluss selbständig entscheiden zu können – zum Beispiel bei der nächsten Wahl. Politische Experten sollten demnach dazu in der Lage sein, komplexe Fachthemen in Form einer Vermittlungssprache für Laien zu „übersetzen“.

Am Schnittpunkt der Themenfelder Populismus und politische Wissensvermittlung möchte die vorliegende Masterarbeit ansetzen. In der politikwissenschaftlichen und linguistischen

¹ Werden in dieser Arbeit wie im vorliegenden Fall männliche Formen für Personenbezeichnungen verwendet, so geschieht dies im Interesse einer besseren Lesbarkeit. Selbstverständlich sollen diese Bezeichnungen auch weibliche Formen gleichberechtigt einschließen.

Forschung wurden populistische Strategien auf inhaltlicher wie sprachlicher Ebene zwar bereits ausführlich thematisiert – meist jedoch mit dem Fokus auf den medienwirksamen Lieblingsthemen der Akteure. Die Arbeit möchte sich davon bewusst lösen und stattdessen fragen:

Wie geht eine Partei wie die AfD bei der Vermittlung von Fachwissen vor? Weicht sie auch hierbei stark von den konventionellen Methoden anderer Parteien ab? Zieht sie Experten heran? Oder agiert sie fernab üblicher Themen wie Eurokritik oder Islamfeindlichkeit womöglich unauffällig und gar nicht populistisch? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen im Hauptteil Parteiprogramme und Gesetzesentwürfe der AfD mit jenen der anderen im aktuellen Bundestag vertretenen Parteien verglichen und aus linguistischer Sicht ausführlich analysiert werden. Ziel der qualitativen Analyse ist es, an der sprachlichen Oberfläche aber auch aus einem pragmatischen Blickwinkel regelhafte Muster für die fachliche Vermittlung der AfD herauszuarbeiten. Mit der Konzentration auf für Populisten eher untypische Themen wie Klimawandel, Sozialpolitik oder Gesundheitswesen möchte ich eine neuartige Perspektive eröffnen, um das Phänomen Populismus auf politisch-sprachlicher Ebene besser greifbar zu machen.

Vor der eigentlichen Analyse muss in Kapitel 2 geklärt werden, was Populismus überhaupt bedeutet. Hierzu wird zunächst der Versuch einer Definition unternommen (2.1), ehe wir uns auf inhaltlicher (2.2) und sprachlicher Ebene (2.3) annähern. Kapitel 2.4 untersucht hingegen, ob man die AfD als populistische Partei bezeichnen kann. Wie komplexe Sachverhalte sprachlich vermittelt werden, steht sodann in Kapitel 3 im Vordergrund. Hierbei werfen wir zunächst einen Blick auf die Expertenseite, nämlich auf Grundzüge der linguistischen Fachsprachenforschung (3.1) sowie auf horizontale und vertikale Gliederungsmöglichkeiten von Fachsprachen (3.2). Kapitel 3.3 widmet sich sowohl den Situationen, in denen eine sprachliche Vermittlung notwendig ist, als auch konventionellen Methoden einer solchen Wissensvermittlung. Die Verbindung zur Politik soll im Anschluss Kapitel 4 herstellen, indem erst die politische Sprache im Allgemeinen (4.1, 4.2) und dann die Vermittlung von Fachinhalten in der Politik (4.3) erläutert wird. Die linguistische Analyse von Parteiprogrammen und Gesetzesentwürfen (6.) folgt auf Kapitel 5, das den Aufbau der Untersuchung darstellen sowie die oben genannte Fragestellung weiter präzisieren möchte. Die Arbeit schließt mit der Schlussbetrachtung (7.), in der die Untersuchungsergebnisse zusammengefasst werden.

Neben den Primärquellen (Parteiprogramme und Gesetzesentwürfe) stützt sich die Arbeit auf Sekundärliteratur aus Linguistik und Politikwissenschaft. Zu Fachsprachen seien beispielhaft die Monographien von Thorsten ROELCKE (2010) und Ekkehard FELDER (2016) genannt, für den Bereich der Wissensvermittlung sind die Werke von Andrea BECKER (2001) und Jürg

NIEDERHAUSER (1999) hilfreiche Säulen. Karin PRIESTER (2012) und Jan-Werner MÜLLER (⁵2017) geben einen umfassenden Überblick über das komplexe Phänomen Populismus. In der Politolinguistik haben sich die Monographien von Thomas NIEHR (2014) und Heiko GIRNTH (2015) längst als Standardwerke etabliert. Daneben erweitern zahlreiche Aufsätze die Literaturliste. Die Ausführungen zu den Erscheinungsformen der deutschen Sprache von Hugo STEGER (1988) sind zum Beispiel trotz ihres Alters nach wie vor gewinnbringend. Erst kürzlich erschienene Aufsätze zollen außerdem der Aktualität des Themas Populismus Tribut. Exemplarisch sei hier etwa auf den Aufsatz von Alexander HÄUSLER aus dem Jahr 2018 verwiesen.

2. Was ist Populismus?

2.1 Einige Definitionsversuche

*Populismus*² gilt als eines der wichtigsten politischen Schlagwörter unserer Zeit. Es taucht insbesondere seit der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im Jahr 2016 und durch das Erstarken rechtsextremer Bewegungen in der Bundesrepublik immer häufiger in den Medien auf. Trotz dieser Häufigkeit wird allerdings eine starke Ambivalenz in der Benutzung deutlich: Denn einerseits werden damit linksgerichtete Bewegungen in Südamerika etikettiert, andererseits aber auch Akteure des rechten Flügels in Europa, den Vereinigten Staaten oder Brasilien beschrieben – dort zuletzt durch den Wahlsieg von Präsident Jair Bolsonaro. Somit kann der Begriff ›Populismus‹ aufgrund des breiten Gebrauchs durchaus für Verwirrung sorgen (vgl. MUDDE/ROVIRA KALTWASSER 2017: 1).

Zu beachten sind außerdem die historisch gewachsenen Unterschiede in der Semantik des Begriffs zwischen Europa und den USA. Denn in den Vereinigten Staaten gab es bereits um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die *people's party*, eine volksnahe Bewegung, die die Interessen der Farmer gegenüber Banken und mächtigen Eisenbahnbesitzern vertrat. Diese Leute nannten sich damals schon *populists* und machten aus dem ursprünglich abwertend gemeinten Label etwas Positives. Bis heute werden amerikanische Politiker, die sich gegen die übermächtige Wall Street positionieren, mit einer positiven Konnotation als *populists* bezeichnet, so etwa nicht selten der parteilose Senator Bernie Sanders. Während der Populismus in den USA also eher progressiv und links verortet ist, so gilt er in Europa der Tendenz nach regressiv und vorwiegend rechts (vgl. MÜLLER ⁵2017: 38f.). Das zeigen auch Ergebnisse einer

² Anmerkungen zur Notation: Objektsprachliches/Ausdrücke werden *kursiv* gesetzt, Konzepte/Begriffe hingegen in einfache Chevrons, zum Beispiel ›Freiheit‹. Teilbedeutungen als Bestandteile von Konzepten stehen in einfachen Anführungszeichen (‘selbstverantwortlich’).

britischen Fallstudie, der zufolge der Begriff pejorativ besetzt, für einen politischen Feind reserviert und implizit ein Schimpfwort³ ist (vgl. PRIESTER²2017: 140). Wir gehen für unsere Untersuchung vom europäischen Verständnis aus und referieren damit in erster Linie auf das verbreitete Konzept ›Rechtspopulismus‹. Aufgrund der Komplexität erscheint es sinnvoll, sich dem Phänomen auf einer definitorischen Ebene anzunähern.

Für das Fremdwörterbuch des Duden ist *Populismus* eine „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, deren Vertreter durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen zu gewinnen suchen“ (DUDEN¹⁰2013: 830). Diese vage Beschreibung zielt grundsätzlich auf eine bestimmte politische (Werbe-)Strategie ab, enthält allerdings zusätzliche Teilbedeutungen (‘Volksnähe’ oder ‘Dramatisierung’), derer sich auch Nicht-Populisten hin und wieder bedienen. Näher geht der Politologe Marcel LEWANDOWSKY auf die besondere Form von Politik ein:

Im Grunde genommen handelt es sich um ein auf Abgrenzung beruhendes Programm, das Identität über das herstellt, was es zu bekämpfen sucht. Der Wortstamm des Begriffs (*populus* – lat. „das Volk“) verweist auf das Subjekt: PopulistInnen verstehen sich als VerteidigerInnen des „einfachen Volkes“, das gegen ein vermeintlich abgehobenes politisches Establishment in Stellung gebracht wird. (LEWANDOWSKY 2014: 20)

Der österreichische Linguist Martin REISIGL hebt diesen Gegensatz ebenfalls hervor und führt darüber hinaus einen weiteren charakteristischen Gegensatz an:

Populismus ist – meiner Auffassung nach – ein inhaltlich bestimmter und medienbasierter Modus der politischen Artikulation, der auf eine Krise der politischen Repräsentation reagiert, mit zwei Grundantagonismen operiert und auf einer spezifischen sozialen Trägerschaft operiert. (REISIGL 2014: 71)

Diese Grundantagonismen seien einerseits der bereits genannte Gegensatz zwischen dem „Volk“ und „denen da oben“, die als interner Feind ausgemacht werden, andererseits ein diskriminierender Antagonismus zwischen einer „wir-Gruppe“ und einem externen Feind, zum Beispiel ganz pauschal „den Ausländern“ (vgl. REISIGL 2014: 71f.). Grundsätzlich scheint es ein ganz wesentliches Merkmal von Populismus zu sein, gezielt Feindbilder zu konstruieren (vgl. OLSCHANSKI 2017: 11). Die eigene Identifikation erfolgt also bewusst durch Abgrenzung von anderen, ausgeschlossenen Gruppen, von internen wie externen Feinden.

³ Als auslösendes Moment für die Verwendung von *Populismus* als Schimpfwort macht PRIESTER den Niedergang des Sozialismus als Feind im Kalten Krieg aus. In der Folge kam es zu einer Neujustierung des politischen Feldes, indem der liberale Mainstream Misstrauen gegen das Volk hegte und den Begriff lancierte, vgl. PRIESTER²2017: 143. Als Populisten bezeichnete Politiker nehmen dies interessanterweise gar nicht unbedingt als Beleidigung wahr. So sagte die ehemalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry im Dokumentarfilm „Nervöse Republik – Ein Jahr Deutschland“, von Populismus machten alle Gebrauch, was solle also daran so schlimm sein?

Hier zeigt sich ein weiteres Problem, weshalb das Konzept nur schwer zu fassen ist. Denn wie die Historikerin Karin PRIESTER feststellt, ist ›Populismus‹ kein Substanz- sondern ein Relationsbegriff. Als Anti-Beziehung passt er sich ständig neuen Bezugssystemen und neuen Feinden an, weshalb er sehr häufig mit einem Chamäleon verglichen wird, das bekanntermaßen seine eigene Farbe wechseln kann. Eine Definition, welche die Substanz des Begriffs greifbar machen möchte, kann also gar nicht erfolgreich sein. Vielmehr muss Populismus verstanden werden als ein Set an bestimmten Merkmalen, die sich aber je nach Kontext verändern und anpassen (vgl. PRIESTER 2012: 3f.). Im Folgenden sollen deshalb – ohne Anspruch auf vollständige Erfassung des hochkomplexen Phänomens – acht charakteristische Merkmale des Populismus vorgestellt werden.

2.2 Charakteristische Merkmale des Populismus

Beginnen wir mit einem der beiden von REISIGL genannten Grundantagonismen des Populismus. Typischerweise wird ein interner Gegensatz zwischen „dem Volk“ und „denen da oben“ konstruiert. Was macht diese einander gegenübergestellten und stark kontrastierten Gruppierungen aus? Auf der einen Seite steht „das Volk“, eine als homogen wahrgenommene Masse. Populisten sehen sich als Vertreter dieser Masse und identifizieren sich mit ihr. Das Volk als idealisierte Gesellschaft wird zum heartland⁴ ihrer Politik. Mit starken, gefühlsbetonten Rückblenden wird dabei an eine bessere Zeit erinnert, eine Zeit vor Immigration, islamistischem Terrorismus oder Wirtschaftskrisen (vgl. TAGGART 2003: 6f.). Dieser idealisierten Gesellschaft werden „die da oben“ gegenübergestellt, gegen die man eine Anti-Eliten-Koalition bilden möchte.

Dieser Strategie bedienen sich paradoxerweise häufig solche Akteure, die selbst mustergültig eine reiche Elite repräsentieren (vgl. HARTLEB 2014: 220). So inszenierte sich auch Donald Trump – vor seiner politischen Karriere erfolgreicher Immobilienmogul – im Wahlkampf regelmäßig als Vorkämpfer der einfachen Leute gegen das Establishment⁵ (vgl. OLSCHANSKI 2017: 137f.). Hier wird die personelle Dimension des Populismus deutlich: Häufig wird ein redegewandter, charismatischer Anführer zum Sprecher der populistischen Bewegung. Er gibt

⁴ Die Idee vom heartland prägte Paul TAGGART und er definierte es folgendermaßen: „The heartland is a construction of an ideal world but unlike utopian conceptions, it is constructed retrospectively from the past – it is in essence a past-derived vision projected onto the present as that which has been lost“, TAGGART 2003: 6f.

⁵ Auch bei seiner „Inaugural address“ (Rede bei der Amtseinführung) vom 20. Januar 2017 äußerte sich Trump auf diese Art und Weise: „Today [...] we are transferring power from Washington D.C. and giving it back to you, the American people. [...] The forgotten men and women of our country will be forgotten no longer“, online unter: www.whitehouse.gov/briefings-statements/the-inaugural-address [zuletzt abgerufen am 09.11.18].

vor, den Volkswillen zu vertreten und kämpft dabei in einer Art „Robin-Hood-Manier“ gegen das Establishment (vgl. HARTLEB 2014: 52).

Wie „das Volk“ wird auch „die Elite“ stark verallgemeinert, zum Beispiel mit Kollektivbeschreibungen wie *politisches Establishment*, *Altparteien*, *Wirtschaftselite* oder *Mainstream-Medien*. Sie alle zusammen seien, so die Denke der Populisten, eine homogene, korrupte Masse, die gegen das eigene Volk arbeitet und eigene Interessen verfolgt (vgl. MUDDE/ROVIRA KALTWASSER 2017: 12). Bemerkenswert ist dabei jedoch die Tatsache, dass sich diese Kritik immer ausschließlich gegen die jeweils herrschende Elite richtet. Denn eigentlich streben Populisten – sind sie denn einmal an die Macht gelangt – den Aufstieg einer neuen, in ihren Augen moralisch überlegenen Elite an, für die sie sich selbst halten (vgl. PRIESTER 2012: 5). Allerdings zeichnen sich auch andere politische Konzepte dadurch aus, dass sie sich gegen Eliten richten. Die Elitenkritik allein ist somit also ein notwendiges, nicht aber hinreichendes und alleinstellendes Merkmal für Populismus (vgl. MÜLLER⁵2017: 26).

Als zweites zentrales Merkmal kommt ein moralischer Alleinvertretungsanspruch hinzu, dessen Kernaussage sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: „Wir – und nur wir – repräsentieren das wahre Volk“ (MÜLLER⁵2017: 26). Über die damit zusammenhängende sprachliche Strategie wird im folgenden Kapitel noch ausführlicher zu sprechen sein. In Anlehnung an Jean-Jacques Rousseaus Idee vom *volonté générale* wird von einem real existierenden, allgemeinen Volkswillen ausgegangen, den der Populist zu vertreten glaubt (vgl. MUDDE/ROVIRA KALTWASSER 2017: 16). Doch nur die Verbindung dieser beiden Ansätze – moralischer Alleinvertretungsanspruch und Legitimation über das Kollektivsubjekt *Volk* – verweist tatsächlich auf das Phänomen Populismus. Denn auch Terrororganisationen proklamieren beispielsweise einen Absolutheitsanspruch. Im Gegensatz zu Populisten halten sie das Volk jedoch nicht für moralisch rein und unbescholten, sondern für eine ebenso korruptierte Masse wie die gehasste Elite (vgl. MÜLLER⁵2017).

Mit der Berufung auf den *common sense* gehen zwei weitere populistische Merkmale einher. Zum einen ist damit ein ausgeprägter Anti-Pluralismus verknüpft. Durch die Selbstzuschreibung über das Kollektiv *Volk* werden alle Andersdenkenden automatisch ausgegrenzt – auch demokratisch gewählte Volksvertreter (vgl. MÜLLER⁵2017: 19). Meinungen akzeptiert man so lange, wie sie in das eigene Narrativ passen. Personen mit anderer Meinung werden bekämpft und als (*Volks-*)*Verräter* bezeichnet. Sie sind nun Feinde, mit denen man nicht diskutieren möchte, sondern die man aus der eigenen Lebenswelt, dem *heartland*, verdrängen will (vgl. OLSCHANSKI 2017: 147).

Zum anderen richtet sich die Kritik gegen sämtliche Institutionen, zum Beispiel gegen etablierte Parteien, große Organisationen oder Bürokratie im Allgemeinen. Sie werden beschuldigt, die wahrhaftige Verbindung zwischen populistischen Anführern und dem Volk zu verzerrern (vgl. MUDDE/ROVIRA KALTWASSER 2017: 11). Populisten fordern stattdessen eine ungefilterte Wissensartikulation ohne intermediäre Organe als „Instrumente der Bevormundung“ (vgl. PRIESTER 2012: 5). Den klassischen Medien⁶ vertrauen sie in der Regel nicht, da auch diese Informationen filtern (Stichwort *Lügenpresse*). Gerade deshalb erfreuen sich die sozialen Medien wie Facebook oder Twitter großer Beliebtheit. Sie ermöglichen den populistischen Akteuren neue Formen der Partizipation am politischen Diskurs sowie die Positionierung der eigenen politischen Identität (vgl. WODAK 2016: 154).

Das fünfte Merkmal ist die Anti-Politik. Diese wird vor allem durch die Mobilisierung unpolitischer Teile der Bevölkerung deutlich, welche als antipolitische Sprachrohre des common sense auf die Straße geschickt werden (vgl. PRIESTER 2012: 4). Karin PRIESTER geht zudem davon aus, dass diese Menschen primär aus bildungsfernen Schichten stammen. Jan-Werner MÜLLER sieht diese Charakterisierung hingegen als „falsche Fährte“. Zwar bekämen populistische Parteien in Europa tatsächlich starken Zuspruch von Bürgern mit eher niedrigem Bildungsstand – verallgemeinern lasse sich die Statistik dennoch nicht. Es gebe nämlich auch durchaus intellektuelle Personen, die solche Parteien wählten (vgl. MÜLLER ⁵2017: 34f.). Oftmals ist außerdem die Rede davon, dass das strategische Konzept des Populismus ausschließlich aus dieser Form der Anti-Bewegungen seinen Erfolg speise. Sobald Populisten in institutionelle Prozesse eingebunden würden und auch Kompromisse eingehen müssten, entzauberten⁷ sie sich selbst (vgl. PRIESTER ²2017: 145).

Kommen wir erneut zum zweiten Antagonismus, nämlich dem starken Gegensatz zwischen der „wir-Gruppe“ und einem externen Feind. Durch diesen Kontrast gelingt die eigene Identifikation, durch sie fühlt sich der Populist „zu Hause“. In Zeiten zunehmender Durchlässigkeit, Vernetzung und der Globalisierung suggeriert der Populismus ein für manche Menschen attraktives Gefühl der eindeutigen Zugehörigkeit und der klaren Grenzen (vgl. MÜLLER ⁵2017:

⁶ Die Massenmedien können für populistische Bewegungen aber auch von großem Vorteil sein. Skandalisierende Äußerungen von Populisten werden besonders von Boulevardmedien gerne als Schlagzeilen abgedruckt. Ohne direkt miteinander zu arbeiten, gehen Massenmedien und populistische Bewegungen damit eine gewissermaßen symbiotische Beziehung ein, vgl. HARTLEB 2014: 52.

⁷ Diese These bedarf in meinen Augen konkreter Belege aus der politischen Praxis. Hierzu müssten solche populistische Parteien analysiert werden, die tatsächlich an die Macht gelangt sind. Möglich wäre eine solche Analyse in den kommenden Jahren beispielsweise mit der FPÖ, die in Österreich der aktuellen Regierungskoalition mit ÖVP angehört.

21). In diesem Zusammenhang gewinnen Nationen, Kulturen und Traditionen stark an Bedeutung, während größere Zusammenschlüsse wie der EU strikt abgelehnt werden.

Der externe Feind wird aktiv bekämpft, bestehende Ressentiments werden bewusst bedient, um beim eigenen Volk Anklang zu finden (vgl. OLSCHANSKI 2017: 18). Als Primärfeind des Rechtspopulismus hat sich der Islam herauskristallisiert (vgl. PRIESTER²2017: 141). Tragische Vorfälle wie die sexuelle Belästigung von Frauen in der Kölner Silvesternacht 2015 (teilweise durch Asylanten) oder der Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt 2016, bei dem ein im Zuge der Flüchtlingskrise illegal nach Deutschland eingereister Islamist elf Menschen tötete, machen es Populisten deutlich leichter, Ängste zu schüren. Diese Strategie wird auch als *Kriminalpopulismus* bezeichnet. Hierbei wird dann vehement auf Recht und Ordnung gepocht, wenn die Straftäter aus einer Gruppe der externen Feinde stammen (vgl. OLSCHANSKI 2017: 152f.). Populisten differenzieren jedoch nicht innerhalb dieser externen Gruppe, sondern stigmatisieren kollektiv eine ganze Gemeinschaft. Kritik und Hetze richten sich also nicht gegen den islamistischen Terrorismus oder gegen einige muslimische Triebtäter: Der Islam als Gesamtheit wird als Problem und damit als Feind ausgemacht. Man kann also anhand der bisherigen Beispiele sagen, dass das Verallgemeinern komplexer Zusammenhänge ein typisches Motiv populistischer Politik ist.

Das siebte Merkmal ist die häufig genannte Moralisierung der Politik, bei der das Establishment als korrupt oder auch arrogant und eigennützig dargestellt wird (vgl. PRIESTER 2012: 4). Hier muss man jedoch berechtigterweise die Frage stellen: Sind moralische Appelle und bewusst überspitzte Rhetorik nicht Strategien, derer sich Akteure des gesamten politischen Spektrums mitunter bedienen? Die Beantwortung dieser Frage wird im nachfolgenden Kapitel im Fokus stehen, wenn es zu untersuchen gilt, was das Besondere an der populistischen Rede-strategie ist.

Zu guter Letzt ist man sich in der Politikwissenschaft einig, dass das Phänomen Populismus nicht aus dem Nichts entsteht. Vielmehr ist Populismus stets die Reaktion auf das Gefühl einer extremen Situation, etwa auf die Finanz- oder Flüchtlingskrise, den Brexit oder das Erstarken des islamistischen Terrorismus in Europa. Diese Krisen bieten Populisten den Nährboden, um die eigene Ideologie zu verbreiten und zumeist ganz einfach erscheinende Lösungen für diese komplexen Probleme anzubieten (vgl. TAGGART 2003: 8).

2.3 Populismus – eine besondere Redestrategie?

In der bisherigen Betrachtung wurde versucht, Populismus anhand seiner Inhalte greifbar zu machen. Wie dargelegt wurde, kann eine solche Definition nur dann annähernd funktionieren, wenn sie verschiedene Merkmale als ein zusammenhängendes Set begreift und zudem berücksichtigt, dass sich diese stets „chamäleonartig“ einer aktuellen Situation oder einem aktuellen Feind anpassen. Gerade aufgrund dieser ständigen Änderungen und Anpassungen scheint eine ausschließlich auf der Inhaltsebene basierende Charakterisierung dem Phänomen nicht ganz gerecht zu werden.

Ein weiterer Vorschlag ist deshalb, Populismus als eine bestimmte Redehaltung oder politische Werbestrategie, im Grunde genommen also als eine ganz spezifische Art und Weise des politischen Kommunizierens (vgl. FELDER 2018) zu verstehen. Der polnische Soziologe Jerzy SZACKY verweist in diesem Zusammenhang auf die „Neigung [des Populismus, Anm. d. Verfassers], die in einem politischen System festgelegten Spielregeln in Frage zu stellen und zu verletzen“ (SZACKY 2005: 23). Populismus wird hier weniger als eine politische Form mit besonderen Inhalten, sondern als eine akteursbezogene Haltung verstanden, die sich stark von üblichen Umgangs- und Artikulationsformen unterscheidet.

Die Frage muss also lauten: Wo endet die konventionelle politische Praxis und wo beginnen rhetorische Strategien, die wir als „typisch populistisch“ klassifizieren können? Ganz allgemein wurde schon angedeutet, dass Populisten bewusst gegen übliche Gepflogenheiten des politischen Systems verstoßen. Für Reden und Debatten gibt es ungeschriebene Grundregeln wie Höflichkeit, gegenseitigen Respekt oder persönliche Achtung. In Hinblick auf solche normativen Standards weicht die populistische Rede deutlich vom klassischen Modell ab (vgl. OLSCHANSKI 2017: 23–25). Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass Populisten gar nicht wirklich an einem Dialog, geschweige denn einer großen Debatte interessiert sind: Sie deuten sich einen (persönlichen) Feind heraus, greifen diesen direkt an und vergessen dabei jegliche respektvolle Umgangsformen. Die eigentlich übliche Rede ad rem, in der es in erster Linie um politische Inhalte geht, rückt zugunsten einer stark auf den Gegner bezogenen, mitunter übergreifigen Rede ad personam entschieden in den Hintergrund (vgl. OLSCHANSKI 2017: 92–95).

Daneben gibt es drei weitere für den Populismus charakteristische Redestrategien, die jeweils eng miteinander verknüpft sind. Beginnen wir mit der wichtigen Frage nach der Angemessenheit von Wörtern und Formulierungen. Generell ist Sprache niemals ein neutrales Medium, da beim Rezipienten unterschiedliche Konnotationen hervorgerufen werden können. In der Politik ist es deshalb obligatorisch, dass Bedeutungen in Form eines „Streits um Worte“ ausge-

handelt werden. Die Diskursteilnehmer haben zu entscheiden, ob sprachliche Ausdrücke dem entsprechenden Gegenstand angemessen sind und verwendet werden können (vgl. FELDER 2015: 225). Doch Populisten legen häufig gar keinen Wert auf die Angemessenheit ihrer Äußerungen. Ganz im Gegenteil: Sie bedienen sich eines „Jargons der Anmaßung“. *Anmaßung* wird mit FELDER verstanden als „die unberechtigte Inanspruchnahme von Gültigkeitsbedingungen durch das Überschreiten von Befugnissen“ (FELDER 2017: 45).

Zur Verdeutlichung dieser Definition dient ein Beispiel, das wir bereits kennengelernt haben, nämlich der populistische Slogan *Wir sind das Volk*. Wenn nun eine vergleichbar kleine Gruppierung, etwa eine Pegida-Demonstration, diese Kernaussage für sich vereinnahmt, so überschreitet sie damit ganz eindeutig ihre sprachliche wie ideologische Kompetenz. Denn ungefragt kann die kleine Gruppe nicht für das gesamte pluralistische Volk sprechen, ist dieses doch bei weitem nicht so homogen, wie solche Aussagen suggerieren. Würden die Demonstranten stattdessen skandieren *Auch wir sind das Volk*, dann wäre die Sprachhandlung angemessen, da der pluralistische Charakter der Gesellschaft respektiert wird. Mit der unangemessenen Kernaussage wird jedoch der moralische Alleinvertretungsanspruch deutlich, der in einer Demokratie undenkbar ist.

Nun vertreten allerdings sämtliche Politiker des Parteienspektrums – insbesondere im Wahlkampf – die feste Überzeugung, dass ihre Idee die richtige sei. Die Grenze zu einem „Jargon der Anmaßung“ kann folgendermaßen gezogen werden: Wird für eine Aussage vorausgesetzt, dass diese konsensual und unhintergebar ist, so verlässt der Akteur damit den angemessenen Geltungsanspruch (vgl. FELDER 2017: 46f.). Sätze wie *Wir sind das Volk* oder auch die Rede vom *gesunden Menschenverstand* werden in diesem Zusammenhang zu Anmaßungsvokabeln. Sie implizieren eine Unhintergebarkeit des Gesagten und übersteigern damit die individuellen Befugnisse des Sprechers (vgl. FELDER 2017: 45f.). Möchte man Populisten erkennen, hilft diese Grenze allein jedoch nicht immer weiter. So sagte etwa Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2009 über ein geplantes Enteignungsgesetz zur Verstaatlichung von Banken: „Ich halte das Vorgehen für alternativlos“ (MERKEL 2009)⁸. Das Kriterium der Unhintergebarkeit ist hier definitiv gegeben und zeigt, dass auch Politiker der Mitte ihre Befugnisse hin und wieder überschreiten – dennoch würde wohl niemand Angela Merkel als Populistin bezeichnen. In meinen Augen erlaubt erst eine wiederholte und bewusste Anmaßung in Verbindung mit weiteren Kriterien, dass Akteure als populistisch klassifiziert werden.

⁸ Das Zitat von Merkel findet sich im Internet unter: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/zitate-zum-enteignungsgesetz-halte-das-vorgehen-fuer-alternativlos-fotostrecke-39860.html> [zuletzt abgerufen am 30.01.19].

Im Zusammenhang mit dem häufigen Appell an den gesunden Menschenverstand rückt eine weitere rhetorische Strategie von Populisten in den Mittelpunkt. Mit solchen Äußerungen soll ausgesprochen werden, was in ihren Augen „wirklich wichtig“ ist. Durch die Negation der Faktenlage begibt sich der Populismus auf eine ständige Suche nach der Eigentlichkeit (vgl. OLSCHANSKI 2017: 43f.). Zwar haben wir bereits festgestellt, dass Sprache nicht neutral ist. Doch zunächst sind die Wörter an sich „unschuldig“. Für die Vermittlung eines adäquaten Bedeutungsspektrums sind die Sprecher in die Verantwortung zu nehmen (vgl. FELDER 2017: 45).

Mit dem Begriff der Eigentlichkeit implizieren populistische Akteure, es gebe ein An-Sich-Sein der Sprache und zwar unabhängig vom jeweiligen Sprecher, Hörer oder von einer bestimmten Denkweise (vgl. FELDER 2015: 230). Diese Idee ist grundsätzlich nicht neu. Schon der Philosoph Theodor ADORNO kritisierte für das Deutsche im Nationalsozialismus und auch für die Zeit danach einen spezifischen Sprachgebrauch, nämlich einen „Jargon der Eigentlichkeit“. Demnach gewähre die Sprache faschistischem Gedankengut Asyl, was sich in nahezu allen Formen der öffentlichen Kommunikation widerspiegle (vgl. ADORNO ⁸1977: 8f.). Die Sprachbenutzer gehen bei diesem „Jargon der Eigentlichkeit“⁹ davon aus, dass es eine wahre, eigentliche Bedeutung der Sprache gebe. Die Worte verkommen dabei zu „austauschbare[n] Spielmarken [...], unberührt von Geschichte“ (ADORNO ⁸1977: 11).

Aus sprachwissenschaftlicher Perspektive muss ein solches Konzept abgelehnt werden, denn seine hohen Ansprüche überfordern das Medium Sprache (vgl. FELDER 2015: 231). Stattdessen erscheint der Begriff ›Authentizität‹ sinnvoll. Hierbei wird wiederum verstärkt das Individuum in die Pflicht genommen, das die Angemessenheit von Wort-Welt-Bezügen in sprachlichen Äußerungen zu verantworten hat. Ob sich Authentizität dann auch beim Rezipienten einstellt, hängt unter anderem vom komplexen Verhältnis zwischen Sprecher und Hörer ab (vgl. FELDER 2015: 232–236). Populisten begeben sich jedoch bewusst auf die Suche nach der eigentlichen Bedeutung und zwar in geradezu paradoxer Art und Weise: Denn mit der Referenz auf die Eigentlichkeit werden antipluralistische Thesen in den Raum des Sagbaren gerückt. Mit Begründungen wie *Man wird doch wohl noch sagen dürfen* berufen sie sich jedoch genau auf die ansonsten strikt abgelehnte Meinungspluralität und protestieren vehement gegen eine sprachliche Zensur (vgl. OLSCHANSKI 2017: 19).

⁹ Auch wie man diesen Jargon erkennen kann, erklärt ADORNO: „Was Jargon sei und was nicht, darüber entscheidet, ob das Wort in dem Tonfall geschrieben ist, in dem es sich als transzendent gegenüber der eigenen Bedeutung setzt“, ADORNO ⁸1977: 11.

Das dritte Merkmal populistischer Rhetorik ist eine auffällig starke Faktenferne (vgl. OLSCHANSKI 2017: 42). In direkter Beziehung zur Basis werden politische und soziale Probleme im Diskurs auf eine singuläre Ursache reduziert. Komplexe Erklärungen werden als nicht nötig erachtet, sodass man für das Publikum vereinfacht, konkretisiert und veranschaulicht. So wird durch Analogien zum Beispiel ein privater Haushalt mit dem staatlichen Budget gleichgesetzt (vgl. HARTLEB 2014: 49).

Zudem rangiert für Populisten die Empirie eindeutig hinter der Moral, weshalb bei Wahlniederlagen auch Sätze zu hören sind wie *Der gegnerische Sieg war moralisch unmöglich* (vgl. MÜLLER⁵ 2017: 64f.). Eine solche Faktenferne gepaart mit der Wertschätzung der Moral lässt sich unter dem Begriff der Postfaktizität zusammenfassen. *Postfaktizität* meint im Kern einen Verfall der Rationalität und damit verbunden den Aufstieg von emotionsgeladener, autoritärer Politik (vgl. SCHAAL/FLEUB/DUMM 2017: 36). Das Konzept ist an sich noch sehr jung, sein Ursprung wurde mit Hilfe einer Diskursanalyse veranschaulicht.

Zwischen Juli 2016 und August 2017 wurden alle erschienenen, deutschsprachigen Zeitungsartikel hinsichtlich des Begriffs ›Postfaktizität‹ untersucht. Fünf verschiedene Topics, auf die der Begriff referiert, konnten quantitativ nachgewiesen werden. Im ersten Fall, dem „Internet- und Social-Media-Topic“, geht es inhaltlich um die Verbreitung von Fake News. Zweitens hinterfragt der „Wissenschafts- und Fakten-Topic“ das Verhältnis von wissenschaftlicher Forschung zur Wahrheit. Das Thema Innenpolitik insbesondere mit der Berichterstattung über AfD-Politiker bildet das dritte Topic; das vierte Topic bezieht sich hingegen auf die Wahl von *postfaktisch* zum Wort des Jahres 2016 durch die Gesellschaft für deutsche Sprache. Entscheidend für die populistische Strategie ist das fünfte und letzte Topic. Das sogenannte „Trump-Topic“ impliziert einen neuen Politikstil mit ausgeprägter Anti-Establishment-Haltung, bei dem Tatsachen entweder keine oder nur eine untergeordnete Rolle spielen. Mit rund 12 Prozent der gesamten Treffer ist dieses Topic auch quantitativ am bedeutendsten (vgl. SCHAAL/FLEUB/DUMM 2017: 34).

Darauf aufbauend kann man also sagen, dass es sich bei ›Postfaktizität‹ um einen Diskurs handelt, der vor allem in der US-Politik verankert ist und im Zuge des Wahlkampfes von Donald Trump in den deutschen Diskurs importiert wurde (vgl. SCHAAL/FLEUB/DUMM 2017: 33). In der populistischen Praxis zeigt sich diese Strategie neben dem ständigen Referieren auf moralische Aspekte dergestalt, dass wissenschaftliche Fakten offen hinterfragt und abgelehnt,

stattdessen eigene alternative Fakten¹⁰ vermittelt werden und man Wahrheit zu etwas nahezu Willkürlichem stilisiert. Das Vorgehen erscheint bei näherer Betrachtung erneut paradox. Denn einerseits rücken populistische Sprecher mit dem Ausdruck *alternative Fakten* Unwahres in den Bereich der Wahrheit, andererseits werden im Gegenzug jedoch kritische Pressemeldungen gerne als *Fake News* bezeichnet.

Insgesamt lässt sich also festhalten: Die populistische Rhetorik beruht vor allem auf dem Verletzen und Missachten ansonsten üblicher politischer Gepflogenheiten. Dies äußert sich in einem intentional und regelmäßig gebrauchten „Jargon der Anmaßung“ auf der einen Seite sowie in einer ständigen Suche nach der Eigentlichkeit auf der anderen Seite. Hinzu kommen postfaktische Methoden, die die Faktenlage negieren und einfache Lösungen für komplexe Probleme anbieten. All diese Strategien haben einen ausgeprägten Antipluralismus, einen Alleinvertretungsanspruch sowie eine Moralisierungstendenz gemein. In der Summe verweisen sie auf eine populistische Praxis, die die Grenze des Üblichen überschritten hat.

Nur die Rhetorik macht in meinen Augen jedoch noch keinen Populisten. Sinnvoll erscheint der Mittelweg von Ruth WODAK, die explizit davor warnt, den Populismus auf seine bloße Rhetorik zu reduzieren. Sie hält ihn für eine Kombination aus Form und Inhalt und damit für eine spezifische Verpackung der Politik (vgl. WODAK 2016: 141). Der Einschätzung schließt sich auch Florian HARTLEB, der den Populismus als Phänomen zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie bezeichnet und auf den mehrdimensionalen Charakter des politischen Konzepts verweist. Dieser zeigt sich technisch als Politikstil mit antielitärem Gestus, inhaltlich durch die Fokussierung auf bestimmte Themen wie Europa- oder Islamkritik, medial in Form der besonderen Resonanz und Interaktion sowie personell in Hinblick auf einen charismatischen Anführer (vgl. HARTLEB 2014: 220).

Letztlich zeichnet sich der Populismus vor allem durch seine Inkonsistenz aus (vgl. HARTLEB 2014: 47); die angeführten Merkmale müssen im konkreten Fall überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Kombination aus Ideologie und spezifischem Politikstil mit der Vielzahl an konkreten Ausprägungen und Beispielen sollte das „Chamäleon“ jedoch nun besser greifbar gemacht haben. Zwar sind präzise Definitionen – wie in Kapitel 2.1 gesehen – durchaus problematisch – dennoch soll die Beantwortung der Frage *Was ist Populismus?* mit einer

¹⁰ Den Ausdruck *alternative facts* machte Kellyanne Conway, eine Beraterin des US-Präsidenten, bekannt. In einem Interview mit NBC News rechtfertigte sie die mutmaßlich falschen Angaben des damaligen Pressesprechers Sean Spicer, der behauptet hatte, bei der Amtseinführung Trumps seien viel mehr Zuschauer vor dem Kapitol gewesen als bei der seines Vorgängers Obama. Die Angaben seien nicht unwahr, sondern alternative Fakten, vgl. hierzu das Originalinterview, online unter: <https://www.nbcnews.com/meet-the-press/video/conway-press-secretary-gave-alternative-facts-860142147643?v=railb&> [zuletzt abgerufen am 13.11.18].

in meinen Augen gelungenen Definition von HARTLEB schließen, die sehr viele Merkmale aufgreift und somit als Kurzzusammenfassung gelten kann:

Populismus ist eine antagonistische Erscheinung jenseits der gängigen Ideologien, die als Bewegung „von oben“ oder „unten“ bzw. „links“ oder „rechts“, oftmals von einem charismatischen Anführer vertreten, mit einem moralisierenden und simplifizierenden Gestus die „Stimme des homogen konstruierten Volkes“ den als feindlich begriffenen Eliten gegenüberstellt und dabei durch Abgrenzungsrituale auf das *heartland* rekurriert. (HARTLEB 2014: 53)

2.4 Die Alternative für Deutschland (AfD) als populistische Partei

Im späteren Analyseteil der Arbeit werden Parteiprogramme und Gesetzesentwürfe der Alternative für Deutschland (AfD) mit denen anderer Parteien verglichen. Es wird hierfür davon ausgegangen, dass die AfD berechtigterweise als populistische Partei bezeichnet werden kann. Doch können wir dieses Etikett wirklich problemlos an die AfD vergeben? Tatsächlich herrscht seit ihrer Gründung im Jahr 2013 Unklarheit in der öffentlichen Debatte, wie man die Partei politisch bewerten und bezeichnen sollte. Denn ähnlich wie das Gesamtphänomen des Populismus erscheint sie als politisches Chamäleon, das verschiedene Milieus beherbergt und in den vergangenen Jahren eine rasante Entwicklung nahm (vgl. HÄUSLER 2018: 9).

Zur besseren Einordnung erscheint es sinnvoll, die sieben Entwicklungsphasen der AfD kurz zu skizzieren. Die Gründungsphase zeichnete sich durch günstige gesellschaftliche wie politische Voraussetzungen aus. Einerseits prägte die Euro-Krise, andererseits die Debatte um Thilo Sarrazins Buch *Deutschland schafft sich ab* den öffentlichen Diskurs. Letzteres gab viele Stichwörter für spätere Themen der AfD, die zunächst vor allem auf antieuropäische Positionen setzte. Schon früh gab es allerdings auch Verbindungen zur politischen Strömung der Neuen Rechten. In der zweiten Phase kann ein deutlicher Machtzugewinn ausgemacht werden. Als Gegenpart zur westdeutsch-neoliberalen Fraktion von Parteigründer Bernd Lucke entstand eine völkisch-nationalistisch geprägte Ost-AfD unter Leitung des ehemaligen CDU-Politikers Alexander Gauland. Dieser Flügel formierte sich in der dritten Phase als rechte Bewegungspartei im Kontext der Pegida-Protteste in Dresden ab Herbst 2014. Es kam dadurch zu Konflikten mit dem Führungskurs der Partei und zu einer ersten Machtwende zugunsten nationalistischer Kräfte (vgl. HÄUSLER 2018: 10f.).

Offensichtlich vollzogen wurde dieser auf dem Essener Bundesparteitag im Juli 2015 (vierte Phase), bei dem Lucke der sächsischen Landesvorsitzenden Frauke Petry unterlag. Die AfD galt fortan nicht mehr ausschließlich als Anti-Euro-Partei, sondern zusätzlich als Pegida-Partei. In der fünften Phase ab Sommer 2015 prägte die Flüchtlingsdebatte den öffentlichen Diskurs – ein erneut günstiger Nährboden für die AfD, die einen Angriff auf multikulturelle

Einwanderung sowie islamfeindliche Kampagnen startete. In der Folge kam es zu einer weiteren Öffnung nach Rechtsaußen, was sich in den Versuchen zur politisch-rechten Verschiebung des Sagbaren sowie in der berüchtigten Höcke-Rede im Jahr 2017 widerspiegelte. In dieser appellierte der Sprecher der AfD Thüringen, Björn Höcke, an eine grundlegende Erinnerungswende und nannte das Holocaust-Denkmal in Berlin ein *Denkmal der Schande*. Die siebte und damit auch noch aktuelle Phase startete mit dem Einzug der Partei in den Deutschen Bundestag und war erneut von einem Machtwechsel bestimmt. Die Vorsitzende Petry trat aus der AfD aus, die Partei orientierte sich in Richtung einer engeren Zusammenarbeit mit Pegida (vgl. HÄUSLER 2018: 11f.).

Alexander HÄUSLER nimmt diese Entwicklung zum Anlass, die AfD als „Partei eines völkisch-autoritären Populismus“ (HÄUSLER 2018: 9) zu klassifizieren. Seiner Meinung nach ist die Partei sowohl rechtspopulistisch und autoritär als auch nationalistisch. Treffen diese Bezeichnungen zu? Unter *rechtspopulistisch* fallen die in Kapitel 2.2 genannten Merkmale, unter anderem die Referenz auf das Kollektivsubjekt *Volk*, der Appell an den gesunden Menschenverstand oder auch die klare Bestimmung von Feinden. Dies zeigt sich außerdem besonders deutlich anhand einer offenen Anti-Multikulturalität. Hierzu folgendes Beispiel des AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen:

Was in unserem Land passiert, ist tatsächlich eine sukzessive Auflösung unserer Nation [...]. Ich sehe zum Teil in Innenstädten, in denen ich mich bewege, noch vereinzelt Deutsche [...]. (MEUTHEN 2017)¹¹

So äußerte sich Meuthen am 24. September 2017 in der Berliner Runde, einer Talkshow mit Vertretern aller in den Bundestag eingezogenen Parteien, die traditionell am Abend nach der Wahl live ausgestrahlt wird. Mit der Aussage, er sehe kaum noch Deutsche, spielte Meuthen auf die multikulturelle urbane Gesellschaft an. Seiner Meinung nach scheinen sich Deutsche allein optisch von anderen Nationalitäten zu unterscheiden; Einwanderer gehören für ihn demnach nicht zum deutschen Volk.

Eine Neigung zu autoritären Einstellungen schlägt sich in der Herabwürdigung von Minderheiten und einer Ablehnung staatlicher Strukturen nieder. Sichtbar wird eine solche Haltung in einem Tweet von Markus Frohnmaier, dem Sprecher der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel:

¹¹ Die Aussage von Jörg Meuthen findet sich ab Minute 27 im aufgezeichneten Video der Berliner Runde, online unter: <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/bundestagswahl-2017/videos/berliner-runde-video-100.html> [zuletzt abgerufen am 19.11.18].

Wenn der Staat die Bürger nicht mehr schützen kann, gehen die Menschen auf die Straße und schützen sich selber. Ganz einfach! Heute ist es Bürgerpflicht, die todbringende „Messermigration“ zu stoppen! Es hätte deinen Vater, Sohn oder Bruder treffen können. (Markus Frohnmaier via Twitter, 26.08.18)

Frohnmaier bezog damit Stellung zu der Messerattacke in Chemnitz, bei der ein Mann von einem mutmaßlichen Asylbewerber erstochen wurde und in deren Folge es tagelang zu rechten Protesten in der Stadt kam. Die autoritäre Einstellung zeigt sich klar, da er ein Versagen des Staates proklamiert und die Menschen indirekt zu Selbstjustiz auf der Straße auffordert.

Zuletzt offenbart sich eine völkisch-nationalistische Einstellung insbesondere auf semantischer Ebene, was bei einer Rede des AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland im thüringischen Eichsfeld deutlich wird. Er reagierte auf die Aussage der Staatsministerin Aydan Özoğuz, dass für sie eine spezifisch deutsche Kultur jenseits der Sprache nicht existiere. Das, so Gauland, sage ausgerechnet eine Deutsch-Türkin, der man mal zeigen solle, was deutsch sei „und wir werden sie dann auch Gott sei Dank in Anatolien entsorgen können“¹² (GAULAND 2017). Ungeachtet der offenkundig rassistischen Äußerung fällt vor allem der Gebrauch des Verbs *entsorgen* auf. Zwar wurde dieses so in der NS-Zeit nicht verwendet, doch scheint eine Parallele zur entmenschlichenden Sprache der Nationalsozialisten nahezu unübersehbar. *Entsorgen* steht in der Regel im Zusammenhang mit Substantiven wie *Müll* oder *Abfall*.

Man kann nun argumentieren, dass diese Beispiele lediglich jene Personen charakterisieren, die solche Aussagen getroffen haben. Andererseits handelt es sich dabei durchaus um führende Vertreter der Partei, die in ihrer Funktion auch stellvertretend für die AfD zu stehen haben. Man kann die Ergebnisse auch dahingehend relativieren, dass es sich hier gerade um die besonders plakativen Vertreter handelt, die nicht unbedingt gemäßigte Gruppierungen innerhalb der Partei repräsentieren.

Ziel ist es jedoch, die Alternative für Deutschland in ihrer Gesamtheit als populistisch klassifizieren zu können. Hierbei hilft eine korpuslinguistische Analyse von Joachim SCHARLOTH, der Pressemitteilungen und Wahlprogramme von sieben Parteien vergleicht, welche sich im Jahr 2016 um Mandate im rheinland-pfälzischen Landtag bemühten. Dabei wird der Sprachgebrauch der AfD dahingehend untersucht, ob sich typisch populistische Merkmale darin finden. Mit der Konzentration auf den als gemäßigt geltenden AfD-Landesverband Rheinland-Pfalz beugt der Autor dem oben genannten Vorwurf vor, nur radikale Parteikräfte zu berücksichtigen (vgl. SCHARLOTH 2017: 1).

¹² GAULANDS Auftritt im Eichsfeld kann im Archiv des ZDF nachgeschaut werden, online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-sendungen/videos/gauland-ueber-oezoguz-100.html> [zuletzt abgerufen am 20.11.18].

Drei Dimensionen des Populismusbegriffs werden untersucht und mit anderen Parteien verglichen. Versteht man Populismus als skandalisierenden Politikstil, so fällt auf, dass bei der AfD eine um 25 bis 40 Prozent höhere Frequenz vor allem bei negativ wertenden Adjektiven und skandalisierenden Ausdrücken festzustellen ist. Dies scheint zunächst typisch für Oppositionsparteien, doch selbst im Vergleich zur Partei DIE LINKE – in Rheinland-Pfalz ebenfalls in der Opposition – sticht die AfD besonders heraus. Die Partei hat also eine Sonderstellung hinsichtlich ihres stark skandalisierenden, emotionalisierenden und polarisierenden Politikstils (vgl. SCHARLOTH 2017: 5f.).

Die zweite Untersuchungsebene konzentriert sich auf Populismus als Ablehnung von Eliten und besonders auf solche Lexeme, die auf eine Manipulation durch diese Eliten verweisen wie zum Beispiel *angeblich* oder *offenbar*. Verweise auf scheinbar absichtlich verschwiegene Informationen finden sich neben der rechtsextremen NPD besonders häufig bei der AfD. Das zeigt, dass die Partei das bisherige politische System radikal verändern möchte. Die Ablehnung von Eliten kann als Alleinstellungsmerkmal unter den demokratischen Parteien gesehen werden. Mit dem häufigen Gebrauch metasprachlicher Markierungen (*sogenannt*) distanziert sich die Partei zudem bewusst von etablierten Ausdrücken und deren Semantik (vgl. SCHARLOTH 2017: 7–9).

Zuletzt wird das Korpus hinsichtlich des Phänomens Populismus als Zentralität des Volkswillens untersucht. Hierbei fällt auf, dass sich die AfD als Repräsentantin des Volkswillens sieht und häufig auf den gesunden Menschenverstand referiert. Expertenwissen rückt zugunsten einer Politik des common sense in den Hintergrund, womit sich die AfD zu vergleichbaren populistischen Parteien gesellt. Im Gegensatz zur Analyse von HÄUSLER werden hier jedoch keine Hinweise auf eine spezifisch völkische Ideologie gefunden (vgl. SCHARLOTH 2017: 10f.).

Fassen wir die beiden Argumentationen zusammen, so finden sich ganz klare Begründungen dafür, die AfD als populistische Partei zu bezeichnen. Einerseits zeigt sich diese Haltung in den Aussagen ihrer Spitzenkräfte, andererseits auch in gemäßigeren Parteikreisen. Ich würde allerdings nicht so weit gehen wie HÄUSLER, der die gesamte Partei als völkisch-nationalistisch einordnet. Auch autoritäre Haltungen sind wohl nicht zu verallgemeinern. Solche Klassifizierungen scheinen momentan in erster Linie für den Rechtsaußen-Flügel der AfD zuzutreffen. Es gilt in Zukunft zu beobachten, ob sich diese Kriterien nach einem möglicherweise weiteren Rechtsruck der Partei auch flächendeckend nachweisen lassen. Für unsere Untersuchung genügt es jedoch, dass populistische Merkmale klar bei der AfD nachgewiesen

wurden. Sie nimmt damit eine Sonderstellung in der deutschen Parteienlandschaft ein und eignet sich deshalb in besonderem Maße für einen parteienübergreifenden Vergleich.

3. Funktionale Varietäten: Fachsprachen und Vermittlungssprachen

Politische Inhalte werden durch sprachliche Mittel ausgetauscht und mitgeteilt, entweder in geschriebener, gesprochener oder multimedialer Form. Von der deutschen Sprache zu sprechen, ist jedoch aus linguistischer Perspektive problematisch. Denn mit Blick auf eine Vielzahl an Dialekten, unterschiedliche Sprachformen sozialer Gruppierungen oder auch die Sprache in diversen Berufsfeldern wird deutlich: Es handelt sich beim Deutschen vielmehr um „Sprachen in der Sprache“, sogenannte Varietäten, die innerhalb der natürlichen Sprache systematisch geordnet¹³ sind (vgl. FELDER 2009: 23). FELDER definiert Varietäten „als spezifische, systematisch vorkommende Sprachvarianten (Sprachgebrauchsformen), die sich durch signifikante und mehrfach auftretende Merkmale in Texten, Gesprächen oder multimedialen Einheiten auszeichnen [...]“ (FELDER 2016: 9). In einem Ordnungs- und Orientierungsschema, dem Vier-Dimensionen-Modell, können sprachliche Erscheinungsformen charakterisiert und bei regelhaftem Auftreten einer spezifischen Varietät zugeordnet werden. Beachtet werden muss dabei einerseits die kommunikative Reichweite des Ausdruckssystems. Standardnahe Ausdrücke wie *Brötchen* haben eine hohe Reichweite, das heißt sie werden räumlich großflächig verwendet. Bei den inhaltlich äquivalenten Ausdrücken *Semmel* (mittlere Reichweite) oder *Weckle* (geringe Reichweite) ist die Verwendung areal deutlich eingegrenzt. Andererseits müssen die Varianten zur Charakterisierung auch hinsichtlich der Medialität (geschrieben, gesprochen oder multimedial) sowie der historischen Zeitstufe (z.B. Mittelhochdeutsch) untersucht werden (vgl. FELDER 2016: 59–61).

Mit Blick auf die Sprache in der Politik sind diese drei Dimensionen schnell analysiert: Politische Sprache kann in verschiedenen Medialitätsformen vorliegen, sie ist dem Gegenwartsdeutsch zuzuordnen und sollte bezüglich der kommunikativen Reichweite auf ein standardnahes Ausdruckssystem zurückgreifen. Besonders interessant ist jedoch die noch fehlende Dimension, nämlich die kommunikative Reichweite des Inhaltssystems. In dieser Dimension ist die Strukturierung der Semantik als Lehre von Bedeutung das entscheidende Kriterium (vgl. FELDER 2009: 33). Hinsichtlich der Semantik können bei situativ bedingten Äußerungsbedeu-

¹³ Die verschiedenen Varietäten sollten dabei nicht als feststehende, strikt voneinander abzugrenzende Konstrukte verstanden werden. BECKER hält die Beschreibung der Varietäten als Ausprägung in einem Kontinuum mit fließenden Übergängen für geeigneter als die Annahme von Gradata, vgl. BECKER 2001: 83. In der sprachlichen Praxis offenbart sich allerdings häufig das Problem, dass Varietäten weder diskret sind noch perfekt fließend ineinander übergehen, vgl. FELDER 2016: 154.

tungen zwei extreme Pole ausgemacht werden. Auf der einen Seite betrifft die Alltagssemantik unsere essentiellen, alltäglichen Lebensbereiche wie Essen, Trinken oder Wohnen. Das nötige Sprachwissen erwerben wir unbewusst, spontan und ein Leben lang. Äußerungen mit alltagssemantischem Inhalt können in der Regel von jedermann problemlos verstanden werden. Auf der anderen Seite steht mit der Fachsemantik ein durch Spezialkenntnisse und die in diesem Bereich tätigen Experten charakterisiertes Inhaltssystem gegenüber, das ohne bewusst erlerntes Wissen nicht intuitiv verstanden werden kann. Dieser spezifischen Fachsemantik liegt eine eigene Sprache mit ihrer kommunikativen Funktion zugrunde: die Fachsprache (vgl. FELDER 2016: 91f.).

Was genau Fachsprachen und ihre Besonderheiten sind, soll in diesem Kapitel dargelegt werden. Einem knappen Überblick zu den Grundzügen der linguistischen Fachsprachenforschung (3.1) folgt in Kapitel 3.2 der Versuch einer Gliederung der Fachsprachen. Die Vermittlungssprache in der Mitte zwischen Alltagssprache und Fachsprachen steht in Kapitel 3.3 im Zentrum. Hier werden wir im ersten Schritt zunächst auf die spezifische Kommunikationssituation (3.3.1) und dann auf Methoden der Wissensvermittlung (3.3.2) eingehen.

3.1 Grundzüge der linguistischen Fachsprachenforschung

Unsere moderne Welt ist deutlich geprägt von einer immer stärkeren Spezialisierung von Tätigkeiten und Wissensbeständen, was sich besonders eindrücklich etwa in der Medizin aber auch in der Politik zeigt. Der Sprache als Mittel der fachlichen Kommunikation kommt damit eine äußerst wichtige Rolle zu (vgl. ROELCKE ³2010: 7). Seit geraumer Zeit, verstärkt aber insbesondere durch die Industrialisierung, bilden sich in unserer komplexen Gesellschaft unterschiedliche kommunikative Bezugswelten aus, die durch spezifische Funktionen einerseits sowie getrennte semantische Systeme andererseits charakterisiert sind (vgl. BECKER/HUNDT 1998: 126). Die Fachsprache als Gegenpol zur Alltagssprache ist deshalb zwar schon länger Forschungsgegenstand in der Wissenschaft, aus linguistischer Perspektive jedoch nach wie vor ein ungeordnetes Gebiet, wie ROELCKE feststellt. Lange Zeit erfolgte eine Beschäftigung mit Fachsprachen in erster Linie im jeweiligen Fachbereich und zwar mit dem vordergründigen Ziel, dort die fachliche Verständigung zu verbessern. Somit kann die eigentliche Fachsprachenforschung, die sich dem Gegenstand auf einer deskriptiv-analytischen Ebene nähert, als noch recht junge Disziplin bezeichnet werden (vgl. ROELCKE ³2010: 7).

In den 1960er und frühen 1970er Jahren verfolgte die Fachsprachenforschung vornehmlich ein systemlinguistisches Interesse mit Untersuchungen auf morphologischer, lexikalischer,

syntaktischer, wortsemantischer und textueller Ebene (vgl. FELDER 2009: 50). Eine der bekanntesten Definitionen von Fachsprache zu dieser Zeit stammt von Lothar HOFFMANN:

Fachsprache – das ist die Gesamtheit aller sprachlichen Mittel, die in einem fachlich begrenzten Kommunikationsbereich verwendet werden, um die Verständigung zwischen den in diesem Bereich tätigen Menschen zu gewährleisten. (HOFFMANN²1985: 53)

Was genau jedoch unter *Fach* zu verstehen ist, bleibt hierbei unklar, genauso wie die *Gesamtheit* aller sprachlichen Mittel. Mit dem Verweis auf den Kommunikationsbereich wird aber bereits knapp der pragmatische Charakter der Fachsprache angedeutet (vgl. ROELCKE³2010: 15). Ansonsten beschäftigte sich die ältere Forschung intensiv mit der Frage nach dem Verhältnis von Fach- zur Gemeinsprache sowie mit der Einordnung von Fachsprachen in die Varietätenlandschaft¹⁴ des Deutschen (vgl. ROELCKE³2010: 17).

Seit Mitte der 70er Jahre, spätestens seit den frühen 80ern, ist eine Einbeziehung pragmatischer Fragestellungen festzustellen (vgl. FELDER 2009: 50f.). Die neue Perspektive konzentrierte sich neben der Lexik und den syntaktischen Regeln vor allem auf fachsprachliche Äußerungen sowie auf die Kommunikationsbedingungen (vgl. ROELCKE³2010: 18). Linguistische Analysen sollten demnach hierarchisch von oben nach unten schreiten, da die einzelnen sprachlichen Mittel stets von einem kommunikativen Gesamtanliegen motiviert werden (vgl. HOFFMANN²1985: 234). Um diese kommunikativen und auch außersprachlichen Bedingungen genauer zu bestimmen, verstand man sich seither als interdisziplinäre Forschung, die eng mit anderen wissenschaftlichen Disziplinen zusammenarbeitet (vgl. ROELCKE³2010: 19).

Die neuere Forschung seit den 90er Jahren betrachtet auch weiterhin ausführlich den Fachtext unter Berücksichtigung seiner sprachlich-kommunikativen Funktionen (vgl. FELDER 2009: 51). Zunehmend werden dabei die kognitiven Anlagen des Menschen zum Ausgangspunkt der Betrachtung. Da auch das System der Fachsprache sowie fachsprachliche Äußerungen diesen Anlagen entsprechen, stehen die älteren Ansätze keineswegs im Widerspruch zum neuen kognitionslinguistischen Funktionsmodell (vgl. ROELCKE³2010: 23), im Gegenteil: Vielmehr ergeben sich dadurch Chancen für breiter angelegte Forschungsinteressen, bei denen die unterschiedlichen Ansätze miteinander verknüpft werden können, so etwa beim sogenannten Wissenstransfer zwischen Experten und Laien, für den sich die jüngere Forschung aufgrund

¹⁴ Diese Frage war auch knapp vor der Jahrtausendwende noch Gegenstand von Diskussionen. BECKER und HUNDT analysieren ausführlich, wie Fachsprachen zu fassen sind. Aufgrund der Systemhaftigkeit häufig auftretender Varianten kommen sie zu dem Ergebnis, dass vor allem die Termini *Varietät* und *Lekt* tragfähig sind, nicht jedoch *Register*, *Stil*, oder *Jargon*, vgl. BECKER/HUNDT 1998: 120.

seiner disziplinenübergreifenden Aktualität in besonderem Maße interessiert (vgl. ROELCKE³2010: 38).

3.2 Horizontale und vertikale Gliederungen von Fachsprachen

Um Fachsprachen zu bestimmen und voneinander abzugrenzen, sind Gliederungen sinnvoll, welche unterschiedliche Kriterien erfüllen müssen. Gängig ist in der Sprachwissenschaft die Unterscheidung zwischen horizontaler und vertikaler Dimension der Fachkommunikation (vgl. BURGER/LUGINBÜHL⁴2014: 362).

Die horizontale Gliederung der Fachsprachen betrifft in erster Linie die Gliederung der Fächer und Fachbereiche selbst und ist damit stark darstellungsfunktional orientiert (vgl. ROELCKE³2010: 29). Solche Gliederungen existieren meistens schon vor der sprachwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit einer Fachsprache, da die einzelnen Fächer ihre unter- und nebengeordneten Fachbereiche selbständig zu ordnen versuchen. Sie entstehen also in der Regel unabhängig von innersprachlichen Erscheinungen. Folglich ist aus linguistischer Sicht Vorsicht geboten: Einteilungen sind nicht sinnvoll, wenn sie einfach übernommen werden. Vielmehr muss auf diesen aufbauend nach äquivalenten innersprachlichen Merkmalen gesucht werden, welche die Gliederung sprachwissenschaftlich fundieren (vgl. ELCKE³2010: 30).

Eine der bekanntesten Gliederungsversuche stammt von Hugo STEGER. Er sieht drei Bereiche vor, die sprachlich wie fachlich zu unterscheiden sind: Fachsprachen der Wissenschaft, Fachsprachen der Technik sowie Fachsprachen der Institutionen (STEGER 1988: 303). Hierbei zeigt sich jedoch die Schwierigkeit, dass mitunter nicht immer leicht zu bestimmen ist, was etwa unter eine Fachsprache der Technik fällt (vgl. ROELCKE³2010: 31f.). Neben der Einteilung von STEGER sind deshalb auch solche gängig, die engmaschiger differenzieren. LÖFFLER unterscheidet zum Beispiel folgende vier funktionale Sprachvarietäten von der Alltagssprache: Literatursprache, Wissenschaftssprache, Instruktionssprache und Pressesprache (LÖFFLER⁴2010: 96). Auch hier bleibt aber die Problematik bestehen, dass aufgrund der enormen Fülle der Fachbereiche eine vollständige Beschreibung nahezu unmöglich ist (vgl. ROELCKE³2010: 32).

Nach einer horizontalen Grobgliederung wäre es in einem nächsten Schritt sinnvoll, den Verwandtschaftsgrad der Fachsprachen und Fachbereiche zueinander zu verdeutlichen. Einen solchen Versuch unternimmt HOFFMANN. Er stellt hierzu eine tabellarische Skala auf, die die Nähe oder Ferne einer Fachsprache zu anderen Fachsprachen darstellen soll und die sich aus

dem Vergleich der jeweiligen sprachlichen Mittel ergibt. Punkte als Lückenfüller in der Tabelle sollen andeuten, dass zwischen die untersuchten Fachsprachen später auch noch nicht untersuchte treten könnten (vgl. HOFFMANN ²1985: 59). Des Weiteren verdeutlichen sie die bereits erwähnte Annahme von BECKER, dass sich Varietäten zueinander als fließendes Kontinuum verhalten. Das Modell steht jedoch aufgrund seiner Verfahrensweise stark in der Kritik, denn es geht von homogenen Fachsprachen aus. Je nach sprachlichen Gesichtspunkten oder verschiedenen Situationen können diese jedoch auch unterschiedliche Verwandtschaftsbeziehungen aufweisen. Diese Vielfalt in ein linear angelegtes Modell zu transportieren, erscheint nur schwer möglich (vgl. ROELCKE ³2010: 33f.). Insgesamt lässt sich sagen, dass horizontale Gliederungsversuche – wie nützlich sie auch für die Bestimmung von Fachsprachen sind – leider bis heute kein zufriedenstellendes und verlässliches Modell liefern ¹⁵ (vgl. FELDER 2016: 96).

Die Varietätenlinguistik konzentriert sich weniger auf die Unterteilung verschiedener Fächer, als vielmehr auf die damit verbundenen Arbeits- und Lebensbereiche der kommunizierenden Sprachbenutzer, auch *Kommunikationsbereiche* genannt. Funktionsvarianten unterschiedlicher Tätigkeitsbereiche lassen sich in spezifische Kommunikationsbereiche unterteilen. Den stark pragmatisch angelegten Blickwinkel verdeutlicht ein Ausdruck von FELDER, der diese auch *kommunikative Aufgabenbewältigungsformate* nennt (vgl. FELDER 2016: 96). Dabei ist die Semantik die entscheidende sprachwissenschaftliche Kategorie. STEGER stellt sechs verschiedene semantische Makrotypen vor, die als Kommunikationsbereiche unterschieden werden: Alltagssemantik, Institutionen-Fachsemantiken, Technik-Fachsemantiken, Wissenschafts-Fachsemantiken, Literatursemantiken und Religions-Ideologiesemantiken (vgl. STEGER 1988: 302f.). Dieser Gliederung folgend, können wiederum sechs relevante Lebensbereiche mit spezifischen kommunikativen Bezugsbereichen nebeneinander gestellt werden: Alltag, Institutionen, Technik/angewandte Wissenschaften, (theoretische) Grundlagenwissenschaften, Literatur/Kunst sowie Religionen/Spiritualität (FELDER/GARDT 2015: 24). Diese können noch durch den spezialisierten Freizeitbereich ergänzt werden (vgl. FELDER 2016: 97), welcher in unserer komplexen Gesellschaft mit vielfältigen Hobby- und Freizeitangeboten stark an Bedeutung gewinnt.

Vertikale Gliederung bezeichnet in der Fachsprachenforschung die kommunikative Funktionsreichweite der Semantik innerhalb eines Faches (vgl. FELDER 2016: 98). So haben unter-

¹⁵ Dieses Problem stellte WICHTER bereits im Jahr 1994 fest. Schon damals bemerkte er das Fehlen eines „befriedigenden Modells“, was er vor allem auf den ungeklärten Begriff des Faches selbst zurückführte, vgl. WICHTER 1994: 30.

schiedliche Sprechergruppen auch unterschiedlichen Anteil am fachlichen Wissen und Vokabular (vgl. BURGER/LUGINBÜHL ⁴2014: 362). Für WICHTER umfasst ein Fach die Gruppe der Experten, der informierten Laien (Fachumfeld) sowie der absoluten Laien beziehungsweise der Personen ohne Fachinformationen (Fachaußenfeld) (vgl. WICHTER 1994: 10). Diese Diskrepanz führt unumgänglich auch sprachlich zum Phänomen der verschiedenen Fachlichkeitsgrade¹⁶ innerhalb einer Fachsprache. Die Vertikalität soll dabei weder die Sprecher sozial schichten noch die einzelnen Ebenen bewerten. Vielmehr geht es um eine zunehmende Präzisierung (vgl. HOFFMANN ²1985: 64).

Eine bekannte, dreiteilige Gliederung stammt aus den 1960er Jahren von Heinz ISCHREYT. Er unterscheidet die Wissenschaftssprache von der Umgangssprache und Werkstattsprache. Wissenschaftssprache wird in der Forschung von Spezialisten in schriftlicher Form verwendet, während Umgangssprache der mündlichen Kommunikation dieser Experten dient. Die Werkstattsprache als sogenannte Verteilersprache findet Anwendung in Produktion, Verwaltung oder Verkauf (vgl. ROELCKE ³2010: 34f.). HOFFMANN stellt hingegen fünf verschiedene Abstraktionsstufen der Fachsprache auf. Die Skala reicht von der sehr abstrakten Sprache der theoretischen Grundlagenwissenschaften über die Sprache der experimentellen Wissenschaften, die Sprache der angewandten Wissenschaften/Technik und die Sprache der materiellen Produktion bis zur wenig abstrakten Sprache der Konsumtion (vgl. HOFFMANN ²1985: 64–70). Unproblematisch sind diese vertikalen Gliederungsversuche nicht, ist die Anzahl der Ebenen doch immer eine Ermessensfrage des Linguisten. Ebenso fraglich ist, ob die Gliederung dann für alle Fachsprachen gilt und ob nicht auch Misch- oder Sonderformen möglich sind (vgl. ROELCKE ³2010: 36).

Die Unterscheidung zwischen Fachlichkeit und Nicht-Fachlichkeit ist für eine darstellungsorientierte Gliederung zwar sinnvoll, sollte jedoch nicht als allzu starres Modell verstanden werden. So können etwa mitunter gesellschaftliche Diskussionen auch ohne Experten einen hohen Grad an Komplexität erlangen, wenn sich Laien informieren und in die Debatte einmischen (vgl. FELDER 2009: 45). Erneut sei deshalb an dieser Stelle auf die fließenden Übergänge der Varietäten als Kontinuum hingewiesen (vgl. BECKER 2001: 83).

Bei der Frage nach verschiedenen Fachlichkeitsgraden innerhalb einer Fachsprache lässt sich insgesamt festhalten, dass wir zumindest einen Teil des Problems mit Sprachstilen lösen kön-

¹⁶ In ähnlicher Form findet sich diese Unterscheidung bei WICHTER. Er bezeichnet diese Grade als *Niveaus*. Diese befinden sich zwischen den beiden Polen „Experte“ versus „Laie“. Während der Laie in einem Fach über ein signifikant niedriges Wissensniveau verfügt, so besitzt der Experte ein signifikant hohes. Das Adjektiv *signifikant* ist dabei nicht einheitlich und kann sich je nach Fach unterscheiden, vgl. WICHTER 1994: 20f., 54.

nen. In verschiedenen Stilen¹⁷ unterscheiden sich lediglich die sprachlichen Mittel, während der Wissensbestand und die Semantik gleich bleiben. Ist ein solcher Stilwechsel jedoch nicht nur auf der Ausdrucksebene festzustellen, sondern ändern sich auch die Inhalte zum Beispiel durch Vereinfachung, so kann nicht mehr ohne weiteres von einem Stil dieser fachsprachlichen Varietät gesprochen werden. Hier kommen dann spezielle Vermittlungsvarietäten ins Spiel (vgl. BECKER/HUNDT 1998: 128). Sie sind für unser Thema von zentraler Bedeutung und sollen deshalb im nun folgenden Kapitel ausführlich erläutert werden.

3.3 Vermittlungssprachen

Die alltägliche Lebenswelt ist für alle Mitglieder der Gesellschaft Grundlage einer normalen, zum Überleben notwendigen Kommunikation. Folglich hat unsere Sprache ihren Ursprung auch in der Alltagswelt. Alltägliche Erfahrungen werden durch sie gefestigt, grundlegende Lebensbereiche wie Essen oder Schlafen kommunikativ ausgedrückt (vgl. SCHWITALLA 1976: 25–28). Nicht immer reicht dieses alltägliche inhaltliche wie kommunikative Wissen jedoch aus, um mit bestimmten Situationen umzugehen. Immer wieder müssen Menschen in ihrem Leben Entscheidungen treffen, die fachliches (Spezial-)Wissen erfordern. Man denke zum Beispiel an die unzähligen Versicherungen und Versicherungsmöglichkeiten, aus denen man heutzutage wählen kann und muss. Welche Option passt optimal zu den eigenen Bedürfnissen? Wo bekomme ich für mein Geld die beste Leistung? Um diese Fragen adäquat beantworten zu können, müssen wir Experte auf diesem Gebiet sein – hier also ein Versicherungsberater. Sind wir das nicht oder wollen wir das nicht sein, so sind wir auf ebensolche Experten angewiesen, die uns beraten und den Weg zu einer selbständigen Entscheidung ebnen können (vgl. FELDER 2016: 92).

Solche (häufig vorkommenden) Situationen, in denen Experten zwischen Fachwissen und Alltag vermitteln, nennt man *Vermittlungssituationen*. Diese Vermittlung ist eine grundlegende kulturelle Leistung, denn durch sie wird Wissen tradiert (vgl. BECKER 2001: 113). Für die Gesellschaft ist sie von enormer Bedeutung. Denn für den mündigen Bürger ist die Teilhabe an fachlichem Wissen eine Grundvoraussetzung für die Partizipation an Meinungs- und Entscheidungsprozessen (vgl. FELDER 2009: 44). Gerade in der Politik müssen hochkomplexe Inhalte an den Bürger vermittelt werden, damit sich dieser zum Beispiel bei der nächsten Bundestagswahl fundiert entscheiden kann, für welche Partei und für welches Konzept er seine Stimme abgeben möchte.

¹⁷ Unter *Stil* versteht man ein durchaus komplexes Phänomen der *parole*-Ebene. Ein bestimmter (sprachlicher) Stil wird immer einem Individuum oder einer Gruppe zugeschrieben und ist damit stark handlungs- und akteursorientiert. Damit sind Stile auch ein starkes soziales Kennzeichen, vgl. FELDER 2016: 47–50.

Sprachwissenschaftlich betrachtet, erscheint die Vermittlungssprache mit einer eigenen Semantik, der Vermittlungssemantik, als Kategorie in der Mitte zwischen Alltag und Fachlichkeit. Sie lässt sich als Kopplung eines spezifischen Inhalts- und eines Ausdruckssystems charakterisieren: Inhaltsseitig handelt es sich bei der Vermittlungssemantik um ein System der mittleren Verstehbarkeit. Auf der Ausdrucksebene zeichnet sie sich durch ein hochreichweitiges, also standardnahes System aus. Auf regionaler Ebene kann der Ausdruck auch kleinreichweitig sein (vgl. FELDER 2009: 52). Im oben genannten Beispiel der Versicherungen ist das Vertrauen in den vermittelnden Experten von enormer Bedeutung – schließlich können falsche Entscheidungen über Kranken- oder Lebensversicherungen erhebliche Auswirkungen haben. In ländlichen Regionen, wo Dialekte noch deutlich mehr verbreitet sind, kann auch die Verwendung eines solchen Dialekts für Nähe sorgen und sich positiv auf das Vertrauensverhältnis zwischen dem Experten und dem Laien auswirken.

3.3.1 *Vermittlungssituationen*

In erster Linie ist die Vermittlungssprache durch die pragmatischen Faktoren der Kommunikationssituation charakterisiert (FELDER 2009: 53). Eine solche Situation zeichnet sich durch die besondere Vermittlungskommunikation aus. Als fachexterne¹⁸ Kommunikation unterscheidet sie sich stark von der fachinternen (Kommunikation zwischen Experten desselben Fachgebiets) und der interfachlichen Kommunikation (zwischen Experten unterschiedlicher Fachrichtungen) (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 38). Die beiden Kommunikationsteilnehmer nehmen dabei unterschiedliche Rollen ein. Auf der einen Seite steht der Laie, den wir bereits in Kapitel 3.2 kurz charakterisiert haben. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er über bedeutend weniger Fachwissen als sein Gegenüber verfügt. Ob jemand als Laie bezeichnet wird, muss allerdings immer in Bezug auf eine bestimmte wissenschaftliche Disziplin festgelegt werden, was der Ausdruck *relativer Laie* veranschaulicht (vgl. LIEBERT 2002: 93). So kann beispielsweise ein Naturwissenschaftler im Fach Physik Experte, in der Literaturwissenschaft jedoch gleichzeitig Laie sein.

Auf der anderen Seite steht der Vermittler, der über Fach- und Handlungswissen in der jeweiligen Disziplin verfügt. Dieses Wissen kann er entweder dadurch erworben haben, dass er Angehöriger des Fachdiskurses ist; oder aber er hat es aus angebbaren Quellen dieses Diskurses erlangt. Sind die Quellen nicht explizit nachzuweisen, so ist der Laie auf den Glauben angewiesen, dass sein Vermittler dieses Wissen tatsächlich besitzt (vgl. LIEBERT 2002: 93).

¹⁸ Der Terminus *fachextern* ist problematisch, da aus ihm die Kommunikation von innerhalb des Faches nach außen nicht eindeutig hervorgeht. Allerdings hat er sich in der Sprachwissenschaft eingebürgert, vgl. BURGER/LUGINBÜHL 2014: 361f.

Wie bereits knapp dargelegt, ist die starre Trennung der Welt in Experten auf der einen und Laien auf der anderen Seite ein Irrglaube. Stattdessen muss man gerade bei der Wissensvermittlung von äußerst heterogenen Zielgruppen ausgehen, die mehr oder weniger fachfremd sind. Soll die Kommunikation erfolgreich sein, so sollte zunächst die Zielgruppe genau definiert werden. Handelt es sich etwa um bestimmte Berufsgruppen oder vielleicht um Menschen verschiedenen Alters? Die Zielgruppe kann sich außerdem auch in der Wahl des Mediums und in der textuellen Form niederschlagen (vgl. KÖNNEKER 2012: 5f.). Bei der Wissensvermittlung in der Politik, bei der Wählerinnen und Wähler über Fachinhalte informiert werden müssen, befindet man sich diesbezüglich in einer sehr schwierigen Situation, was uns in Kapitel 4.3 noch ausführlich beschäftigen wird. Da als Zielgruppe die gesamte Gesellschaft gelten muss, verfügen die Adressaten auch über äußerst heterogene Wissensbestände – eine große Herausforderung im Vermittlungsprozess.

Sowohl Laien als auch Vermittler verfolgen bestimmte Kommunikationsziele. Sich diese vorab vor Augen zu führen, ist insbesondere für den Experten von zentraler Bedeutung, da auch die unterschiedlichen Ziele des Laien Einfluss auf die Textproduktion haben können. Oft soll der Laie durch die Vermittlung Neues erfahren, seinen Erkenntnishorizont erweitern und dieses Wissen anschließend nutzbringend einsetzen können. Das könnten beispielsweise auch politische Entscheidungen sein, die dann selbständig getroffen werden können. Bei populärwissenschaftlichen Publikationen, die sich vor allem in den Naturwissenschaften und der Medizin großer Beliebtheit erfreuen, kann diese Wissensvermittlung aber beispielsweise auch der Unterhaltung des Adressaten dienen (vgl. LIEBERT 2002: 79–81).

Nach einer Wissensvermittlung sollten die zuvor festgelegten Ziele im Idealfall umgesetzt sein. Grundsätzlich kann bei sprachlicher Kommunikation ein referentieller Erfolg oftmals leicht festgestellt werden. Fragt man zum Beispiel einen Ortskundigen nach einer Wegbeschreibung und findet dadurch dann sein gewünschtes Ziel, so war die Kommunikation ein Erfolg (vgl. FELDER/GARDT 2015: 13). Wie können wir aber Aussagen darüber treffen, ob eine Vermittlungskommunikation erfolgreich war? Hierfür müssen zunächst zwei Ebenen unterschieden werden. Auf der Ebene der Gegenstandskonstitution hat die Vermittlung dann funktioniert, wenn der Laie Zugang zur Sprache des Faches erhalten hat und selbständig nach besprochenen Mustern handeln kann. Auf der Ebene der Kommunikationsziele ist die Vermittlung hingegen gelungen, wenn der Laie das zuvor angestrebte Ziel (zum Beispiel unterhalten zu werden) erreicht hat. Eine zusätzliche Bedingung kann auf dieser Ebene auch sein, dass der Laie anschließend selbst als Vermittler agieren kann (vgl. LIEBERT 2002: 96–98).

Die grundlegenden Bedingungen und Voraussetzungen einer Vermittlungssituation sowie die Ziele und Ergebnisse wurden umrissen. Im folgenden Unterkapitel interessiert uns nun der Weg dorthin. Praxisorientiert soll verdeutlicht werden, mit welchen sprachlichen und handwerklichen Mitteln der Experte sein Wissen weitergeben kann.

3.3.2 Methoden der Wissensvermittlung

Grundsätzlich wird Wissen vermittelt, indem die entsprechenden Inhalte zunächst identifiziert und charakterisiert werden. Anschließend muss der Bezugsrahmen des Laienalltags erweitert und schließlich die Fachargumentation rekonstruiert werden (vgl. LIEBERT 2002: 95). Das geschieht in der Praxis mit Hilfe bestimmter Methoden bzw. Techniken oder Strategien¹⁹ dieses Vermittlungsprozesses (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 117). Der Vermittler sieht sich stets dem Grundproblem gegenüber, dass der Laie nicht über das nötige Wissen verfügt, um die fachlichen Inhalte in gleichem Maße zu verstehen wie ein Experte. Folglich ist es unumgänglich, dass wissenschaftlich komplexe Inhalte beim Transfer vereinfacht werden (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 128).

Für eine solche Reduktion der fachimmanenten Komplexität eignen sich Vergleiche und Metaphern als zentrale sprachliche Verfahren. Durch sie können abstrakte Inhalte auf alltagsweltliche Erfahrungen projiziert und dem Laienpublikum somit leichter zugänglich gemacht werden (vgl. BURGER /LUGINBÜHL ⁴2014: 367). Mit Metaphern und Vergleichen lassen sich sowohl quantitative als auch qualitative Sachverhalte veranschaulichen (vgl. KÖNNEKER 2012: 100). Erstere begegnen uns zum Beispiel in der Weltraumforschung, wenn abstrakte Zeitangaben für die Reisedauer zu einem anderen Planeten genannt werden. Das Problem kann man lösen, indem diese Angaben in unser alltägliches Zeitgefühl mit einem 24-Stunden-Rhythmus integriert werden.

Qualitative Sachverhalte werden von Metaphern veranschaulicht, die aus der alltäglichen Lebenswelt gegriffen sind. Dabei entwirft man gleichsam „Bilder“ für den Laien, welche dieser bereits aus seinem Alltag kennt – wenn auch möglicherweise aus einem anderen Kontext (vgl. KÖNNEKER 2012: 100). Diese Methode wendet etwa das beliebte Kinderprogramm *Die Sendung mit der Maus* seit vielen Jahren erfolgreich an, wenn wissenschaftlich schwierige Inhalte kindgerecht erklärt werden. Nach dem beschriebenen Vorgehen könnte eine entsprechend modifizierte Aussage über die für das Immunsystem essentiellen Abwehrfunktionen der Leukozyten lauten: *Die weißen Blutkörperchen sind die Polizei in unserem Blut und sorgen dafür,*

¹⁹ Diese Bezeichnungen werden in der Folge synonym verwendet. Sie referieren jeweils auf die im Text vorgestellten Beispiele für einen erfolgreichen Vermittlungsprozess.

dass wir nicht krank werden. Das bekannte Bild der Polizei wird in den fachlichen Rahmen integriert, die Grundaussage bleibt erhalten, ohne dass fälschliche Informationen vermittelt werden.

Neben der Reduktion der Informationsfülle kann alternativ auch die Dichte reduziert werden, indem der Text sprachlich angereichert und mit ausführlicheren Informationen ergänzt wird. In der fachinternen Kommunikation liegen Informationen oft verdichtet und verknappert vor. Bei der Vermittlung werden sie bei dieser Methode umschrieben und mit nötigen Kontexten versehen. Dies kann auch zur Folge haben, dass Inhalte anders angeordnet werden, als dies im fachwissenschaftlichen Kontext üblich wäre (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 128–131).

Komplexitätsreduktion ist allerdings nicht die einzige Strategie der Wissensvermittlung. Oft kann es helfen, komplexe Sachverhalte durch Personalisierung zu veranschaulichen (vgl. BURGER/LUGINBÜHL ⁴2014: 368). Diese Methode kommt im (ebenfalls vermittelnd tätigen) TV-Journalismus beinahe täglich zum Tragen, wenn Reportagen ein Thema „erzählen“ sollen. Statt einer eher trockenen Nutzen-Kosten-Rechnung zum Beispiel in Bezug auf eine Erhöhung der Kita-Kosten werden direkt betroffene Familien nach ihrer persönlichen Situation befragt. Solche Einzelschicksale lassen beim Zuschauer wiederum den Gesamtzusammenhang des Themas klarer und facettenreicher erscheinen. Ähnliches gilt für die Strategien der Dramatisierung und Emotionalisierung²⁰ (vgl. BURGER/LUGINBÜHL ⁴2014: 369).

Die bisher genannten Methoden erleichtern das Verständnis fachlicher Inhalte für den Laien und doch ist ein ganz zentraler Aspekt der Fachlichkeit noch nicht ausreichend gelöst: die spezifische Lexik. Denn der fachliche Inhalt wird in erster Linie durch den Fachwortschatz ausgedrückt und weitergegeben (vgl. FRAAS 1998: 428). Fachwörter²¹ bieten eine systematische begriffliche Ordnung und erleichtern die Expertenkommunikation erheblich. Die Fachsprachenforschung nennt häufig folgende Gütemerkmale eines Fachworts: Klarheit, Exaktheit, Eindeutigkeit, Genauigkeit, Explizitheit, Wohldefiniertheit und Kontextunabhängigkeit. Diese Vorstellung steht aber zunehmend in der Kritik, da einige Kriterien im Übermaß den wissenschaftlichen Fortschritt auch behindern können (vgl. FRAAS 1998: 429).

²⁰ Emotionen steuern maßgeblich unsere Denk- und Handlungsprozesse. Sie können Lernprozesse hemmen und erschweren, allerdings auch deutlich erleichtern, wenn wir von einem bestimmten Thema beispielweise persönlich berührt sind, vgl. SCHWARZ-FRIESEL 2007: 4.

²¹ Hin und wieder wird genauer zwischen Fachwörtern und Termini unterschieden. Dabei geht man davon aus, dass ein Fachwort dann den Status eines Terminus erlangt, wenn seine Bedeutung durch eine Definition genau festgelegt wird. Fachwörtern kommt damit ein vorwissenschaftlicher Status zu. Allerdings konnte sich diese Unterteilung in der Fachsprachenforschung nie richtig durchsetzen, vgl. FRAAS 1998: 429.

Innerhalb des Fachgebiets sind Kriterien wie die kommunikative Eindeutigkeit normalerweise gegeben, da Experten über das notwendige Kontextwissen verfügen. Für Laien ist diese Eindeutigkeit jedoch keinesfalls selbstverständlich, da sie mit der Referenzwelt des Faches nicht vertraut sind (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 140f.). Und selbst wenn sie einzelne Fachwörter ausdrucksseitig kennen, so sind die damit verknüpften Wissensbestände (Inhaltsseite) noch immer andere als die von den Experten (vgl. BURGER/LUGINBÜHL ⁴2014: 365). Mehr oder weniger gravierende Verständnislücken beim Laien sind die Folge. Man kann also durchaus sagen, dass Fachwörter bei der Vermittlung das Grundproblem sind und ihr Transfer damit als Hauptaufgabe des Vermittlers zu gelten hat (vgl. BECKER 2001: 28, BURGER/LUGINBÜHL ⁴2014: 365).

Wie können Fachwörter also adäquat an den Laien vermittelt werden? Grundsätzlich lassen sich zwei unterschiedliche Ansätze feststellen. Entweder werden die Ausdrücke durch eine für den Laien verständlichere Variante ersetzt oder aber man versucht, die Fachwörter zu erklären. Im ersten Fall besteht oftmals die Möglichkeit, wörtlich zu übersetzen. Gerade in der Medizin findet sich beispielsweise eine Vielzahl an lateinischen Fachausdrücken. Anstelle von *commotio cerebri* eignet sich in einem solchen Fall die deutsche Übersetzung – *Gehirnerschütterung* – für den Transfer. Auch Synonymbildungen sind eine Option. Finden sich keine Synonyme, so kann man nach äquivalenten Ausdrücken suchen wie etwa *rückbezüglich* statt *reflexiv* (vgl. BECKER 2001: 29). Neben den bisher genannten Methoden kann auch das sogenannte „umschreibende Weglassen“ hilfreich sein. Zur Vermeidung allzu vieler Fachwörter werden diese stellenweise entfernt und stattdessen die transportierten Inhalte umschrieben (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 154).

Im zweiten Fall – dem Versuch, Fachwörter zu erklären – bietet sich eine popularisierende Definition an, die an möglichst allgemein verbreitetes Wissen anknüpft (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 143). Dies kann auch mit muttersprachlichen Äquivalenten aus einer Mehrfachterminologie geschehen (vgl. BECKER 2001: 29). Hierbei wird das Fachwort zunächst genannt und dann in einem kleinen Satz mit einem Äquivalent erklärt, zum Beispiel: *Meningitis, das ist Hirnhautentzündung*. Definitionen und Kurzerklärungen eignen sich insbesondere bei Vermittlungsprozessen auf textueller Ebene, denn hier können kleine Infoboxen am Rand für zusätzliche Klarheit sorgen, ohne die Syntax im Fließtext zu stören. Wie beim gesamten Vermittlungstext oder dem Vermittlungsgespräch eignen sich auch bei einzelnen Fachwörtern Metaphern und Vergleiche ausgesprochen gut, um dem Laien den komplexen Sachverhalt zu erklären.

Anstelle der beiden übergeordneten Methoden entscheiden sich vermittelnde Experten teilweise dazu, Fachwörter unerklärt im Raum stehen zu lassen, weil sie davon ausgehen oder erwarten, dass das Publikum auch ohne Erklärung etwas damit anfangen kann (vgl. NIEDERHAUSER 1999: 154). Bei der politischen Wissensvermittlung scheint mir diese Methode jedoch äußerst problematisch zu sein. Da das Publikum – wie bereits angedeutet – enorm breit gefächert ist, kann eine Entscheidung, welches Fachwort ohne Erklärung verständlich ist, nur sehr schwer getroffen werden. Eher scheint es sich anzubieten, je nach Situation aus den dargestellten Methoden zu wählen und womöglich auch zu kombinieren, was insbesondere bei textueller Vermittlung für Abwechslung beim Leser sorgen kann.

Die Vermittlungskommunikation zwischen Experte und Laie ist letztendlich dann erfolgreich, wenn alle Kriterien zusammenpassen: Zielgruppe, Medium, intendierte Wirkung, kommunikative Haltung und mediale Form (vgl. KÖNNEKER 2012: 10). Im nun folgenden Kapitel soll im Besonderen auf die politische Kommunikation sowie die Fragestellung eingegangen werden, wie Wissen in der Politik vermittelt wird.

4. Grundlagen der politischen Kommunikation und Vermittlung

Die Sprache spielt gerade in der Politik eine wichtige Rolle. Denn neben der Kommunikation und Information kann sie überzeugen, begeistern oder auch hin und wieder nachdenklich machen – Eigenschaften, die in der Politik von zentraler Bedeutung sind (vgl. RAU 1999: 49). Zwar gibt es eine spezifische, politische Fachsprache – eine Zuordnung zu eng oder weit definierten Fachsprachen führt allerdings zu Identitäts- und Abgrenzungsproblemen. Grund ist die Vielzahl an unterschiedlichen Teilgebieten, mit denen sich Politiker auseinandersetzen müssen (vgl. SIMMLER 1998: 738). In Bundestagsdebatten geht es nicht nur um mögliche Koalitionen oder andere politikinterne Prozesse, sondern auch um ganz konkrete Themen anderer Fach- und Sachgebiete: Sprachliche Merkmale aus der Finanzbranche drängen ebenso in den politischen Diskurs wie solche aus dem Gesundheitssektor oder der Alltagssprache. Sie machen die Sprache in der Politik damit zu einem schwer durchschaubaren Sammelbecken fach- und gemeinsprachlicher Ausdrücke.

Die Rede von der Sprache in der Politik ist deshalb eine ungenaue Formulierung. Genauer ist eine Definition, die die pragmatischen Faktoren hervorhebt. Demnach handelt es sich um die Verwendung einer Sprache mit klaren Absichten, zu bestimmten Zwecken und in spezifischen Situationen, um ihre Adressaten von etwas zu überzeugen (vgl. FELDER 2002: 30). Das vorliegende Kapitel möchte Klarheit im Bereich der politischen Fachsprache schaffen und wird

zunächst auf die Lexik als ihr wichtigstes Instrument eingehen (4.1). Unterkapitel 4.2 soll dann die semantischen Aushandlungsprozesse („Streit um Wörter“) beschreiben ehe zuletzt die Vermittlung von Fachinhalten in der Politik im Vordergrund steht (4.3). Die dort angeführten Methoden knüpfen nahtlos an die in Kapitel 3.3.2 genannten an und können bei der späteren parteispezifischen Analyse fortlaufend als Referenzwerte herangezogen werden.

4.1 Die Lexik in der Politik

Die Lexik ist in der Politik zwar nicht das einzige, doch aber das wichtigste Instrument sprachlichen Handelns (vgl. GIRNTH 2015: 56). Den Großteil der politisch-institutionellen Lexik machen Substantive aus, die häufig auch zu Determinativkomposita erweitert werden. Solche Kompositionen sind notwendig, um etwa Rechtsverhältnisse oder Normen lexikalisch kompakt aufeinander zu beziehen (*Rechtsstaat, Bürgerbeteiligung*) und hinsichtlich der politischen Ebene (*Bundestag, Landtag*) oder des Sachbereichs (*Haushaltsdebatte, Wirtschaftsdebatte*) zu spezifizieren. Auch Adjektive werden häufig zu Komposita (*landesgesetzlich*), Einfachadjektive wie *föderal* sind dagegen die Ausnahme. Schwer fällt eine Abgrenzung im Bereich der Verben: Außer *novellieren* und *ratifizieren* gibt es keine Verben, die ausschließlich in der Politik verwendet werden. Ähnlich wie in der juristischen Fachsprache ist eine Tendenz zur Nominalisierung auszumachen (vgl. KLEIN 1999: 1377–1379). Für eine bessere Übersicht der komplexen politischen Lexik haben sich innerhalb der Politolinguistik spezifische Einteilungen des Vokabulars als sinnvoll erwiesen:

Albert BUSCH nennt mit dem sogenannten demokratischen Wortschatz eine zunächst sehr umfangreiche Bezeichnung für den gesamtgesellschaftlichen Wortschatzbereich. Genauer lassen sich drei große Teilmengen ausdifferenzieren: Unter dem Ausdruck *Diskurswortschatz* wird die Lexik aller demokratierelevanter Diskurse verstanden. Letztere können höchst unterschiedlich sein (z.B. Abtreibung oder Terror) und folglich ein ebenso heterogenes Vokabular besitzen. Der zweite Teilbereich wird als *Politikwortschatz* bezeichnet. Gemeint ist damit ein gewissermaßen politischer Grundwortschatz, der sich auf demokratische Systeme bezieht und in Fachwörterbüchern kodifiziert ist. Mit dem Ausdruck *Demokratiewortschatz* wird schließlich eine Teilmenge des Politikwortschatzes gemeint, welche sich primär auf die Grundkonzepte der demokratischen Regierungsform bezieht – ein Beispiel wäre *Volkssouveränität* (vgl. BUSCH 2005: 143).

Interessant ist ein Blick auf das quantitative Verhältnis dieser Wortschatzbereiche²² zueinander sowie zum Gesamtwortschatz (die folgenden Zahlen basieren auf einer Studie aus dem Jahr 2005): Der sehr spezifische Demokratiewortschatz umfasst nur rund 100 Wörter, beim Politikwortschatz sind es zwischen 1.300 und 3.300 Wörtern. Quantitativ nicht greifbar ist der Diskurswortschatz, der sich fortlaufend vergrößert. In Relation zum Gesamtwortschatz ohne Fachsprachen – hier wird von etwa 200.000 Wörtern ausgegangen – fällt auf, wie klein der spezifisch politische Wortschatz eigentlich ist (vgl. BUSCH 2005: 145). Folglich stimmt die Forschung darin überein, dass der Großteil der politischen Sprache nicht fachsprachlich ist, sondern stark auf Alltagssprachliche Lexik zurückgreift (vgl. NIEHR 2014: 64f.). Dies erschwert einmal mehr die Abgrenzung des politischen Lexikons von der Alltagssprache sowie Fachsprachen anderer Sachgebiete, da sämtliche Wörter – sind sie zum Beispiel für einen aktuellen Diskurs relevant – politisch werden können (vgl. GIRNTH 2015: 57).

Eine Abgrenzung ist nichtsdestoweniger notwendig und für die praktische Arbeit wertvoll. Der Politolinguist Thomas NIEHR schlägt eine hierfür gängige Unterscheidung vor. Alle gemeinsprachlichen Elemente fasst er unter dem allgemeinen Interaktionsvokabular zusammen. Gemeint sind Wörter, die für den politischen Alltag wichtig, nicht aber politikspezifisch sind. Schon deutlich konkreter ist das Institutionenvokabular, das zum Beispiel politische Ämter oder Praktiken beschreibt und sowohl in der Binnenkommunikation als auch in der Kommunikation mit den Bürgern Verwendung findet. Beim *Ressortvokabular* befinden wir uns schließlich in einem fachlich so stark geprägten Expertenwortschatz, dass dieser mitunter selbst den nicht mit dem Thema vertrauten Abgeordneten unbekannt ist. Dieser Wortschatz ist deshalb nahezu ausschließlich in der politischen Binnenkommunikation von Belang (vgl. NIEHR 2014: 65f.). Die auch für Außenstehende populärste und damit zentrale politische Lexik ist jedoch das Ideologievokabular, welches im nachfolgenden Kapitel ausführlicher dargestellt werden soll.

4.2 Semantische Aushandlungsprozesse: Ideologievokabular und der Streit um Wörter

Ideologiegebundene Wörter haben mehrere Funktionen. Sie sind denotativ (bezeichnen etwas), evaluativ (bewerten) und deontisch (fordern auf). In der Politolinguistik werden diese mit den Ausdrücken *Symbolwörter* und *Schlagwörter* unterschieden. Ein Symbolwort wie *Leben* hat stets einen historisch gewachsenen Orientierungspunkt und zeichnet sich durch eine

²² Die einzelnen Teilbereiche sind keine festen Einheiten in der gesellschaftlichen Kommunikation, sondern nach Kenntnisniveaus in Experten- und Laienwortschatze unterteilt. Diese vertikale Schichtung wird in Kapitel 4.3 von Bedeutung sein, vgl. BUSCH 2015: 145.

relative Beständigkeit aus (vgl. GIRNTH 2015: 61f.). Die weitere Differenzierung solcher Wörter hängt davon ab, ob sie positiv oder negativ konnotiert sind. Mit Hochwertwörtern wie *Freiheit*, *Demokratie* oder *Sicherheit* verbinden wir etwas Gutes, Positives, wohingegen Unwertwörter wie *Bolschewismus* eher negative Konnotationen beim Adressaten hervorrufen (vgl. HERMANN 1994: 18f.) Analog werden die Ausdrücke *Mirandum* versus *Anti-Mirandum* gebraucht. Beide Ausprägungen der Symbolwörter haben gemein, dass sie gruppen- und ideologieübergreifend Verwendung finden (vgl. GIRNTH 2015: 63).

Noch häufiger ist in der Politik jedoch von *Schlagwörtern* die Rede. Mit dem Ausdruck bezeichnet man solche Wörter oder Wortgruppen, die sehr häufig in der öffentlichen Auseinandersetzung verwendet werden, verdichtet politische Einstellungen ausdrücken und damit Adressaten beeinflussen sollen (vgl. FELDER 2002: 31). Der Unterschied zum Symbolwort besteht einerseits durch den gruppeninternen Gebrauch, andererseits durch eine relative Kurzlebigkeit. Denn Schlagwörter sind immer nur das, was in der politischen Auseinandersetzung gerade aktuell ist (vgl. HERMANN 1994: 18).

Nach HERMANN gibt es zwei verschiedene Schlagwörter: solche für oder wider einen bestimmten Standpunkt. Negative Schlagwörter heißen *Stigmawörter* und dienen in erster Linie der Diffamierung des politischen Gegners. Stigmawörtern werden in der Forschung als äquivalentes Pendant häufig die Fahnenwörter gegenübergestellt. Diese Dichotomie ist jedoch ungenau. Denn Fahnenwörter sind zwar positiv konnotiert, doch zusätzlich fungieren sie auch als Erkennungszeichen für eine Partei oder sonstige Gruppierung. Daneben gibt es jedoch auch andere positive Schlagwörter, die nicht zwingend für die Aufwertung einer Gruppe reserviert sind. Die korrekte Gliederung der Schlagwörter lautet also positives Schlagwort versus Stigmawort, während ersteres wiederum in Fahnenwort und anderes positives Schlagwort unterteilt wird (vgl. HERMANN 1994: 15–19). Interessanterweise können Schlagwörter auch beides sein. Entscheidend ist hierbei die Perspektive des Sprachbenutzers. So fungiert etwa *Pazifismus* bei Anhängern der Friedensbewegung als Fahnenwort, während militärische Hardliner den Ausdruck eher als Stigmawort auffassen würden (vgl. GIRNTH 2015: 65).

Mit dem Ideologievokabular verknüpfen sich die Kategorien der Semantik und Lexik nahtlos mit der Pragmatik. Politische Schlagwörter sollten inhaltsseitig nicht als festgeschrieben und unveränderbar verstanden werden. Da Begriffe durch ihre kognitiven, normativen und emotionalen Fähigkeiten das Fühlen, Verhalten und Denken der Menschen stark beeinflussen können, haben Parteien stets ein besonderes Interesse daran, die von ihnen favorisierten Schlagwörter durchzusetzen. Ziel dieses Streits oder Kampfes ist es, sich selbst zu profilieren und

die gegnerischen Positionen abzuwerten. Er gehört zur demokratischen Auseinandersetzung dazu und ist für die diskursive Meinungsbildung ein notwendiger Bestandteil (vgl. KLEIN 2017: 773, NIEHR 2014:14). In diesem „Kampf um Wörter“ lassen sich zwei grundlegende Typen unterscheiden:

Bei der Bedeutungskonkurrenz werden Operationen an der Bedeutungsseite vorgenommen. In diesem Fall existiert ein Begriff bereits und wird prototypisch im eigenen Sinn so modelliert, dass seine Bedeutung als kanonisch etabliert werden kann. Dieser Typ wird deshalb auch als *semantischer Kampf*²³, die Vorgehensweise als *Begriffe besetzen* bezeichnet (vgl. KLEIN 2017: 776f.). Im Jahr 2016 plädierte beispielweise die damalige Parteivorsitzende der AfD, Frauke Petry, dafür, *völkisch* wieder häufiger zu verwenden. Sie wollte das Wort positiv besetzen, was allerdings angesichts seiner negativen Konnotation durch die Verwendung in der NS-Zeit nicht gelang.

Bei der Bezeichnungskonkurrenz wird hingegen der Versuch unternommen, die Deutungshoheit über einen Sachverhalt zu gewinnen – und zwar auf der Ausdrucks- und Bedeutungsseite. Bei der auch als *Framing* oder *Nomination* genannten Vorgehensweise werden Bezeichnungen gewählt, die auf den eigenen Deutungshorizont verweisen und außerdem eine persuasive Perspektive einnehmen (vgl. KLEIN 2017: 776, 783). Bei Pegida bezeichnet man Flüchtlinge zum Beispiel hin und wieder pauschal als *Rapefugees*, womit man auf die Straffälligkeit mancher Asylbewerber hinweisen möchte.

Auch wenn hier in beiden Fällen Beispiele von populistischen Gruppierungen angeführt werden, gilt es noch einmal festzuhalten: Begriffe zu besetzen oder Sachverhalte zu bezeichnen, sind keine populistischen Alleinstellungsmerkmale, sondern bei Parteien des gesamten politischen Spektrums gängige Praxis! Wie in Kapitel 2 ausführlich dargestellt, bedarf es mehrerer Kriterien, um von Populismus sprechen zu können.

4.3 Vermittlung von Fachinhalten in der Politik

In jeder Demokratie ist das Volk der Souverän, Politiker sollen den Willen des Volkes repräsentieren und verwirklichen. Anders als in einer direkten Demokratie wie der Schweiz haben Bürger in Deutschland jedoch keine Gewalt im Sinne von direkten Volksabstimmungen. Sie beeinflussen die Politik ihres Landes hingegen durch die Wahl der Partei, die ihre Einstellun-

²³ FELDER versteht darunter den „Versuch [...] bestimmte sprachliche Formen als Ausdruck spezifischer, interessegeleiteter Handlungs- und Denkmuster durchzusetzen.“ Im Gegensatz zu KLEIN werden die Operationen hier jedoch nicht auf die Bedeutungsseite beschränkt. Auch Bezeichnungs- und Benennungstechniken können verwendet werden, vgl. FELDER 2006: 17.

gen und Überzeugungen ihrer Meinung nach am besten vertritt. Als Volksvertreter haben Politiker den Bürgern gegenüber eine große Verantwortung, die sich auch in der Kommunikation widerspiegelt. Denn diese sollte keine Einbahnstraße sein, in der nur Bürger ihre Belange an die Vertreter herantragen. Auch die politische Sprache muss sich an die Menschen im Land richten, die als Adressaten zu gelten haben. Ähnlich wie etwa bei der medizinischen Fachsprache müssen Wissen und Wortschatz von den politischen Experten für die Bürger aufbereitet werden (vgl. BUSCH 2005: 141). Den Verantwortlichen kommt damit gleichsam die Rolle eines Dolmetschers zwischen verschiedenen Sprachwelten zu (vgl. RAU 1999: 50).

Diese Sprachwelten repräsentieren politische Experten auf der einen und politische Laien auf der anderen Seite. In den Kapiteln 3.2 und 3.3.1 wurden bereits ›Experten‹ und ›Laien‹ definiert und es wurde festgestellt, dass es sich dabei stets um Relationsbegriffe (bezüglich eines spezifischen Fachwissens) handelt. In der Politik wird unter einem Laien ein mittlerer Bereich aufgefasst, der durch ein bestimmtes Niveau des Fach- und Handlungswissens gekennzeichnet ist. So verfügen Laien über ein politisches Grundwissen, eine Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeit für demokratisches Handeln sowie eine demokratische Verhaltensdisposition (vgl. BUSCH 2005: 142f.).

Die Dichotomie der Sprachwelten liegt für BUSCH in erster Linie auf der Ebene der Lexik und wird zwischen dem demokratischen Expertenwortschatz und dem demokratischen Laienwortschatz aufgespannt. Diese beiden Wortschätze unterscheiden sich jedoch weniger hinsichtlich ihrer zentralen Lexeme, als vielmehr dadurch, wie diese Lexeme von den Sprachbenutzern verstanden werden. So werden Begriffe wie ›Demokratie‹ zwar im öffentlichen Diskurs von Experten und Laien gleichermaßen verwendet, in der Regel jedoch nicht von allen Diskurspartnern auch gleichermaßen verstanden. Bei ›Demokratie‹ sind zum Beispiel unterschiedliche Teilbedeutungen möglich wie etwa ‘spezifische Regierungsform’ oder ‘politische Methode’. Aufgabe der Experten ist es, den Wortschatz auf dem Weg in die Laiensprache so weit zu entfachlichen, dass der Bürger die Intention der getätigten Aussage nachvollziehen und verstehen kann (vgl. BUSCH 2005: 152–155).

Wie funktioniert diese Vermittlung von politischem Wissen in der Praxis? Tatsächlich wird ein Großteil dieses Wissens über die Medien transportiert. Hierbei sind einerseits der politische Journalismus (Nachrichtensendungen, Zeitungsmeldungen) und andererseits das sogenannte Politainment zu nennen. Letztere Variante von Politik im Unterhaltungsformat ist allerdings sehr umstritten. Sie bedient sich folgender Strategien, die bei einer jeden Wissens-

vermittlung erfolgsversprechend sind: Personalisierung, Komplexitätsreduktion, Emotionalisierung, Identifizierung und Mobilisierung (vgl. BUSCH 2005: 155–157).

Nun kann die klassische Presse (in ihrer Berichterstattung ohnehin frei) nicht als einziger Weg der politischen Wissensvermittlung gesehen werden. Viele Politiker vertrauen den Medien heute immer weniger, weshalb direkte Botschaften über soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter populärer werden. Und gerade bei Wahlen aber auch beispielsweise bei neuen Gesetzen muss es Grundverständnis der Politik sein, fachliche Inhalte selbst laiengerecht zu vermitteln. Jeder politische Experte sollte Transferfähigkeiten besitzen und mit der jeweiligen Ebene – sei es ein Wahlprogramm oder ein Bürgergespräch – auch seinen sprachlichen Stil entsprechend variieren können (vgl. RAU 1999: 50). Hierbei finden die in Kapitel 3.3.2 aufgeführten Methoden der Wissensvermittlung Verwendung.

Ziel der politischen Vermittlung von Fachinhalten muss es sein, dass der Bürger im Anschluss selbständig urteilen, verstehen und damit am politischen Leben teilhaben kann (vgl. FELDER 2002: 29). Auf zwei grundlegende Probleme der Vermittlung in der Politik sei jedoch an dieser Stelle hingewiesen:

Erstens wird oftmals pauschal eine für den Bürger verständliche Sprache²⁴ gefordert. Das zu leisten, ist hinsichtlich der Heterogenität in der Bevölkerung – das Wissen differiert sehr stark – nicht uneingeschränkt möglich (vgl. BUSCH 2005: 143). Für den Vermittler bedeutet dies ein ständiges Abwägen, wie viel Fachlichkeit möglich, nötig, zumutbar und wie viel Transferleistung erforderlich ist.

Zweitens darf gerade bei inhaltlich umfangreichen Parteiprogrammen nicht vergessen werden, dass hier Fachlichkeit aus ganz unterschiedlichen Disziplinen (Umwelt, Pflege, Recht) zusammenkommt. Politische Vermittlung muss also mehr leisten, als demokratische Grundlagen weiterzugeben. Vielmehr gilt es, alle relevanten Inhalte eines oder mehrerer aktueller Diskurse zu vermitteln, um im Gegenzug um Verständnis und Vertrauen für und in die politische Entscheidung zu werben. Der einzelne Abgeordnete stößt hierbei regelmäßig an seine Grenzen, da auch er (als politischer Experte) bei Sachproblemen anderer Felder relativer Laie ist (vgl. BUSCH 2005: 149). In Gremien, die zum Beispiel für die Ausgestaltung von Programmen

²⁴ Eine aus den USA kommende Bewegung fordert, dass bestimmte Nutzergruppen ein einklagbares Recht auf adressatenangemessene Kommunikation haben müssen. Beim Modell der „barrierefreien Kommunikation“ wird jedoch keine pauschale Verständlichkeit gefordert. Rechtstexte sollen aber beispielsweise in Hinblick auf unterschiedliche Nutzergruppen nicht schwerer oder verständlicher sein, als es die Sachlage erfordert, vgl. ANTOS 2008: 16f.

verantwortlich zeichnen, sind deshalb stets Experten verschiedener Fachrichtungen unverzichtbar.

5. Aufbau der Untersuchung

Vor der eigentlichen Analyse sind in diesem Kapitel einige Vorbemerkungen zu treffen. Diese setzen sich zusammen aus einem kurzen Zwischenfazit, der präzisierten Fragestellung, der wissenschaftlichen Perspektive der Untersuchung, den zu untersuchenden Parteien, den ausgewählten Textsorten sowie der linguistischen Vorgehensweise. In der Einleitung wurden die beiden miteinander verknüpften Themenfelder Vermittlung von Fachwissen (in der Politik) und das Phänomen Populismus bereits angerissen. Es folgten Unterkapitel, die die theoretischen Grundlagen für die Analyse bilden:

›Populismus‹ konnten wir als ein komplexes, sich häufig neuen Bezugssystemen anpassendes Konzept greifbar machen, das sich auf einer inhaltlichen wie einer handlungsbezogenen Ebene charakterisieren lässt. Inhaltliche Aspekte formieren sich um für Populisten typische Themengebiete, etwa das Volk als idealisierte Gesellschaft, interne Gegner wie „die da oben“ oder externe Feinde wie beispielsweise „der Islam“. Handlungsbezogen rechtfertigt eine regelhafte, außergewöhnliche politische Rhetorik die Annahme von gleichsam populistischen Strategien, die sich in der Sprache manifestieren. Hierbei sind vor allem das Überschreiten von Befugnissen (Anmaßung), die Suche nach einer Eigentlichkeit von Wortbedeutungen sowie die postfaktische Referenz auf den gesunden Menschenverstand zu nennen. Bei Letzterem verliert die Empirie, verlieren wissenschaftliche Fakten zugunsten einer moralischen, von Gefühlen geleiteten Politik an Bedeutung. Diese Strategien finden bevorzugt beim Sprechen über die genannten Lieblingsthemen statt. In Bezug auf die verschiedenen Gesichtspunkte wurde der Alternative für Deutschland (AfD) mit Hilfe qualitativer wie quantitativer Methoden das Etikett als populistische Partei verliehen.

Der Vermittlung von Fachinhalten in der Politik näherten wir uns über die Besonderheiten der Fachsprachen im Kontrast zu einer einfachen, von jedermann verständlichen Alltagssprache. In die Mitte zwischen Fachlichkeit und Alltag wurde die Vermittlungssprache gesetzt, die immer dann notwendig ist, wenn fachliches Wissen verständlich an (relative) Laien vermittelt werden soll. Basierend auf dem Bereich der Wissenschaftskommunikation konnten sodann standardisierte Methoden einer solchen Vermittlung herausgearbeitet werden wie etwa die Reduktion der Komplexität durch Metaphern und Vergleiche, Definitionen oder auch bestimmte Möglichkeiten für den Transfer von Fachwörtern – der Hauptaufgabe einer jeden

Vermittlung. Über die zunächst allgemeinen Eigenheiten der politischen Sprache (Schlagwörter, Fahnenwörter, Unwertwörter) kamen wir zur Erkenntnis, dass auch in der Politik auf ebene Methoden zurückgegriffen wird. Ist in der nachfolgenden Analyse von den konventionellen, klassischen oder auch üblichen Methoden die Rede, dann sind immer diese für uns als Standard gesetzte Vermittlungsmethoden gemeint.

Wenn also populistische Strategien vor allem bei den Lieblingsthemen von Populisten festzustellen sind und wenn die fachliche Vermittlung in der Politik standardisierten Mustern folgt, dann ergibt sich aus dieser Kombination das Forschungsinteresse meiner Analyse. Mit Blick auf die Flüchtlingskrise, Islamfeindlichkeit oder eine Anti-Europa-Haltung wurden populistische Strategien – auch auf sprachlicher Ebene – in der Forschung schon ausführlich untersucht. Doch fernab dieser üblichen Bereiche sollen die Leitfragen stattdessen lauten: Wie geht eine populistische Partei wie die AfD mit Fachlichkeit um? Unterscheidet sie sich auch auf diesem wissenschaftlich geprägten Gebiet dergestalt von anderen, etablierten Parteien, dass die Rede von einer „populistischen“ Vermittlung von Fachinhalten gerechtfertigt ist? Orientiert sie sich vielleicht ganz im Gegenteil doch an standardisierten Methoden? Und weichen womöglich die anderen Parteien auch hin und wieder von diesen Methoden ab, um aktiv für ihre Politik zu werben?

So spannend diese Forschungsfragen auch sind – bei einem solch aktuellen und medial nahezu omnipräsenten Thema ist es für den Wissenschaftler eine besondere Herausforderung, dem ohnehin schwierigen, nie ganz zu erreichenden Anspruch der Objektivität zu genügen. Gerade in Hinblick auf populistische Strategien, die Ängste schüren und soziale Gruppen ausgrenzen, besteht ständig die große Gefahr, sich zu stark von persönlichen Einstellungen, Gefühlen und vielleicht auch Vorurteilen leiten zu lassen. Dasselbe Problem taucht sehr häufig in den Gebieten der Ethnomethodologie sowie der Konversationsanalyse auf. Man möchte hier aus einem wissenschaftlichen Blickwinkel heraus Phänomene beobachten, die uns aus dem Alltag vertraut sind und dort ständig begegnen. Hierzu gilt es, sich vom eigenen Alltagswissen in methodologisch reflektierter Weise zu distanzieren (vgl. STUKENBROCK 2013: 223).

Gelingen kann dies, wenn der Forscher keine etische, sondern eine emische Perspektive²⁵ einnimmt. Dabei verortet er sich selbst innerhalb der untersuchten Kultur und versucht deren

²⁵ Das Ausdruckspaar *etic* versus *emic* prägte der amerikanische Linguist Kenneth Lee PIKE und folgte damit dem linguistischen Gebrauch bestehender Paare wie *phonetisch* und *phonemisch*. Er definiert die beiden folgendermaßen: „The etic viewpoint studies behavior as from outside of a particular system, and as an essential initial approach to an alien system. The emic viewpoint results from studying behavior as from inside the system“, PIKE²1967: 37.

Besonderheiten zu erfassen, anstatt gleichsam „von außen“ einen kulturübergreifenden Standpunkt einzunehmen (vgl. HELFRICH²2019: 14). Mit einem linguistischen Trick, der sogenannten „phänomenologischen Einklammerung“ versucht man, eigene Wertungen und Vorurteile auszuschließen. Anstatt etwa das Verhalten einer Person als arrogant zu beurteilen, setzt man vor diese interpretative Kategorie in Gedanken den Ausdruck *doing* und nimmt dann eine detaillierte Beschreibung dieses *doing* vor (vgl. STUKENBROCK 2013: 223). Konkret bedeutet dies, den Sachverhalt aus den Augen der jeweiligen Betroffenen zu betrachten und ihn mit der Kultur eigenen Kategorien zu beschreiben (vgl. HELFRICH²2019: 15). Dies kann dabei helfen, die Motive, Interessen und Konflikte der jeweiligen Individuen besser zu verstehen (vgl. PIKE²1967: 40f.).

Wie kann diese Perspektive auf meine Analyse übertragen werden? Die Untersuchung wird analog in der Kultur bzw. dem Konstrukt „politische Sprache/Vermittlung von Fachwissen/populistische Methoden“ verortet. Mögliche Vorurteile und Vorannahmen sollen dadurch verhindert werden, indem wir uns an den Kategorien dieser Kultur orientieren: Einerseits erlaubt die Referenz auf die genannten standardisierten Methoden der Wissensvermittlung über eine Abweichung von der Norm zu urteilen. Andererseits können die festgestellten populistischen Strategien ebenfalls für Vergleichszwecke herangezogen werden. So gilt die AfD in Bezug auf ihre Inhalte für die Analyse zwar als populistische Partei. Doch mit Hilfe dieser doch objektiv geprägten Kategorien kann ergebnisoffen untersucht werden, ob die Partei auch in Hinblick auf ihre Vermittlung von Fachinhalten von gängigen Methoden abweicht und in dieser Hinsicht ebenfalls populistisch agiert.

Neben der AfD, die im Mittelpunkt der Analyse steht, soll ein möglichst breites politisches Spektrum abgedeckt werden, weshalb alle aktuell im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien als Vergleichsobjekte herangezogen werden. SPD und die Schwesterparteien CDU und CSU (im Folgenden mit *Union* bezeichnet) repräsentieren dabei die Regierungsseite, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE sind ebenso wie die AfD in der Opposition. Die völlig natürlichen inhaltlichen Differenzen der jeweiligen Vertreter spielen nur eine untergeordnete Rolle – es interessiert in erster Linie der Blick auf die sprachliche Oberfläche der fachlichen Vermittlung.

Zwei Textsorten eignen sich besonders für eine linguistische Analyse, da sich in ihnen typischerweise eine große Menge an Fachwissen findet: Parteiprogramme und Gesetzesentwürfe.

Das Parteiprogramm oder auch Wahlprogramm gibt ganz offen vor, ein Text für alle zu sein²⁶ (vgl. KLEIN 1999: 71). Es zeichnet sich durch eine gemeinsprachliche Lexik, durch normativ geprägte Schlagwörter sowie einen typischen Katalogstil aus (vgl. KLEIN 1999: 74). Schließlich sind die Wähler darauf angewiesen, die Einstellungen der jeweiligen Partei zu teilweise komplexen Themengebieten zu verstehen, um im Anschluss eine selbständige Wahl treffen zu können. Folglich findet in Parteiprogrammen aktive Wissensvermittlung statt.

Gesetze dienen dagegen primär der Kommunikation unter Fachleuten (vgl. KLEIN 1999: 71). Doch Gesetzestexte haben zudem einen doppelten Bezug zum Volk, indem sie einerseits (auch performativ) durch den Willen des Volkes legitimiert werden, sich andererseits aber auch an die Bürger als Adressaten richten. Deshalb ist von den Bundesministerien vorgegeben, dass Gesetze sprachlich einwandfrei sein sollten und von jedermann verstanden werden müssen (vgl. KLEIN 1999: 72). Die Verständlichkeit von Gesetzen ist ein berechtigter demokratischer Anspruch der Bürger und essentiell für das Funktionieren der Gesellschaft (vgl. OTTO 2008: 196).

Gesetzesentwürfe haben außerdem den Vorteil, dass diese (wie der Name schon sagt) ein Vorschlag für eine Änderung oder ein neues Gesetz sind. Im Gegensatz zum juristisch ausformulierten, fertigen Gesetz handelt es sich hierbei gleichsam um eine Vorstufe innerhalb der Judikative, bei der die entsprechenden Ausschüsse erst noch von der Notwendigkeit und dem Vorhaben der jeweiligen Fraktion überzeugt werden müssen. Hierfür müssen auch fachfremde Abgeordnete den Gesetzesentwurf verstehen. Folglich haben sich über Jahre standardisierte Muster dieser Textsorte etabliert, denen alle Parteien zu folgen haben. In einem Vorblatt mit Untergliederungen von A bis F werden Probleme und Ziele, Lösungen, Alternativen sowie finanzielle Auswirkungen und sonstige Folgen erläutert. Danach kommt der eigentliche, ebenfalls standardisierte Gesetzesentwurf mit Mustern für Gliederungen und Eingangs- bzw. Schlussformeln. Zuletzt folgt eine ausführliche Begründung mit Aussagen zu Zielsetzung und Notwendigkeit des Entwurfs, über die Vereinbarkeit mit bestehenden Gesetzen sowie über die zu erwartenden Gesetzesfolgen. Vor allem Vorblatt und Begründung scheinen aufgrund ihrer vermittelnden Funktion vielversprechende Quellen für die linguistische Analyse zu sein.

Konkret stütze ich mich bei der Textauswahl zum einen auf die Parteiprogramme der genannten Parteien aus dem Jahr 2017. Diese wurden mit Blick auf die in besagtem Jahr stattgefün-

²⁶ Tatsächlich hat die Textsorte aber auch einen stark fachsprachlichen Charakter. Oftmals enthalten bestimmte Formulierungen neben der transportierten Information einen Code mit fachspezifischen Sachkenntnissen, den nur Fachleute entschlüsseln können, vgl. KLEIN 1999: 74.

dene Bundestagswahl verfasst und sind auf den jeweiligen Webpräsenzen der Parteien zum freien Download verfügbar. Zum anderen werden eingebrachte Gesetzesentwürfe der aktuell laufenden 19. Wahlperiode herangezogen, die auf der Homepage des Deutschen Bundestags heruntergeladen werden können.

Bei einer derart großen Textmenge ist eine quantitative Eingrenzung unabdingbar. Bei der Analyse werden deshalb bewusst nur solche Textpassagen berücksichtigt, die typischerweise nicht zu den Lieblingsthemen von Populisten gehören wie etwa Klimaschutz, Bildung, Sozialpolitik oder Gesundheitswesen. Durch diese aktive Themensetzung eröffnet sich der gewünschte neuartige Blick auf populistische Politik. Im Übrigen folgt man damit in gewisser Weise der immer wieder genannten Forderung, man müsse Populisten mit Sachthemen konfrontieren – dies geschieht hier mit dem Schwerpunkt auf der fachlichen Vermittlung.

Zur linguistischen Vorgehensweise sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Analyse auf mehreren sprachlichen Ebenen operieren soll – idealerweise auf möglichst vielen verschiedenen, um aussagekräftige Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausarbeiten zu können. In der Praxis werden die einzelnen Beispiele selbst vorgeben, auf welchen Ebenen der Vergleich sinnvoll ist. Besonders interessant dürfte jedenfalls die Lexik in Kombination mit der Semantik sein, die ich mit dem Ausdruck *lexikalisch-semantische Ebene* bezeichnen würde. Denn Wörter respektive deren Bedeutungen spielen in der politischen Kommunikation eine herausragende Rolle und sind bei der fachlichen Vermittlung das zentrale Element. Aber auch die quer liegende Basisdimension der Pragmatik (vgl. FELDER 2016: 56) verbunden mit der Frage nach dem konzeptuellen Aufbau der Texte interessiert uns. Diese Kombination soll *pragmatisch-konzeptuelle Ebene* heißen. Übergreifende Fragen finden hier Beachtung, etwa welche Schwerpunkte gesetzt und ob Experten für den Vermittlungsprozess herangezogen werden. Weniger erfolgsversprechend scheinen vorab syntaktische Kriterien zu sein. Denn Parteiprogramme und Gesetzesentwürfe sind musterhafte Textsorten, innerhalb derer kaum gravierende Unterschiede festzustellen sein dürften. Falls doch, so würde ein Abweichen von diesen syntaktischen Mustern allerdings für eine besondere Qualität der Abgrenzung von etablierten Vermittlungsmethoden sprechen.

Abschließend bedarf es noch einiger Worte zur formellen Gliederung der Analyse. Sie ist grundsätzlich in zwei Teile untergliedert: Kapitel 6.1 nimmt die Parteiprogramme in den Blick, Kapitel 6.2 vergleicht Gesetzesentwürfe der jeweiligen Parteien. Da sich in allen Texten unterschiedliche sprachliche Merkmale nachweisen lassen, scheint eine weitere Unterteilung nach innersprachlichen Kriterien wenig sinnvoll. Vielmehr sollen die Unterschiede ohne

Unterbrechung anhand konkreter Beispiele aufgezeigt werden. Hierfür sind die weiteren Unterkapitel nach thematischen Kriterien geordnet, zum Beispiel mit einem Schwerpunkt zum Klimawandel (6.1.1). Nichtsdestoweniger ist es das angestrebte Ziel der Untersuchung, aus verschiedenen Einzelbeobachtungen letztlich erkennbare, regelhafte Muster abzuleiten, die unabhängig vom politischen Inhalt Gültigkeit besitzen. Übergreifende Gemeinsamkeiten und Unterschiede aber auch Einzelphänomene werden in der Schlussbetrachtung zusammengefasst.

6. Linguistische Analyse der fachlichen Vermittlung im Parteienvergleich

6.1 Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017

6.1.1 Umweltschutz / Klimawandel

Umweltpolitik nimmt im AfD-Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2017 nur einen sehr kleinen Raum ein: Die Problematik des Klimawandels wird auf einer halben Seite abgehandelt. Auf pragmatisch-konzeptueller Ebene fällt zunächst deutlich auf, dass sich die AfD erst sehr spät in ihrem Text dazu äußert, ob das Thema für die Partei wichtig ist und was die Ziele ihrer eigenen politischen Agenda sind. Bei anderen Parteien finden sich solche grundlegenden Aussagen oftmals schon innerhalb der ersten Sätze. So schreibt etwa die SPD „Umweltgerechtigkeit ist das Ziel unserer Politik“ (SPD, PP 2017: 61)²⁷ und bei der Union ist zu lesen „Der Schutz von Umwelt und Klima ist für uns von zentraler Bedeutung. [...] Die Bewahrung der Schöpfung ist seit jeher ein Kernanliegen von CDU und CSU“ (UNION, PP 2017: 67). Dem Wähler soll damit direkt die Grundeinstellung der jeweiligen Partei zum Fachbereich Klima und Umwelt vermittelt werden – interessanterweise auch durch spezifische Fahnenwörter. Die Selbstzuschreibung der SPD als Partei, die für (soziale) Gerechtigkeit eintritt, wird durch *Umweltgerechtigkeit* hervorgehoben; bei der Union verweist der Ausdruck *Schöpfung* auf den christlichen Grundcharakter der Schwesterparteien.

Die AfD geht hingegen einen anderen Weg und steigt ohne große Umschweife direkt in den Themenkomplex ein, nämlich mit einem vorgeschalteten Satz, in dem das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid als Voraussetzung für jedes Leben und nicht als Schadstoff bezeichnet wird (vgl. AfD, PP 2017: 65). Im Anschluss daran wird bestritten, dass es einen durch den Menschen ausgelösten Klimawandel überhaupt gibt:

²⁷ Die Textnachweise werden im Folgenden immer in dieser abgekürzten Form angegeben: Name der Partei, PP (als Abkürzung für Parteiprogramm) Jahreszahl: Seitenzahl.

Die Aussagen des Weltklimarats (IPPC), dass Klimaveränderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration in der Luft erklären lassen. (AfD, PP 2017: 65)

Nun sind die chemisch-biologischen Vorgänge des Klimawandels für fachkundige Laien hochkomplex und dringend erklärungsbedürftig. Wie in klassischen Modellen der Wissensvermittlung findet auch im Parteiprogramm der AfD eine nötige Reduktion der Komplexität statt – allerdings nicht, um dem Wähler den Klimawandel verständlich zu machen. Vielmehr scheint diese Reduktion dazu zu dienen, die für die eigene Politik „unpassenden“ Fakten entweder auszulassen oder zu negieren. So wird die renommierte Expertenmeinung des Weltklimarats²⁸ als wissenschaftlich nicht gesichert und mit der Begründung abgelehnt, es habe ja in der Geschichte immer wärmere und kältere Klimaperioden gegeben. Diese Aussage ist zwar unstrittig, hat jedoch keine Relevanz in Bezug auf die durch Treibhausgase verursachte Erderwärmung.

Es zeigen sich hier also erste Hinweise auf populistische Strategien, die in den Prozess der Wissensvermittlung einfließen. Typisch ist die Negation der Faktenlage (hier: das Zweifeln, dass ein menschengemachter Klimawandel existiert). Diese erinnert stark an Aussagen von Donald Trump, der die Erderwärmung ebenfalls klar bestreitet²⁹. Doch ein Widersprechen von Meinungen allein ist noch kein Beweis für Populismus, schließlich lebt die Politik vom argumentativen Streit mit These und Gegenthese. Die AfD gibt hier jedoch keine fundierte Gegenthese. Stattdessen wird eine vermeintlich einfache Antwort (die schon immer bestehenden Klimaschwankungen) auf ein komplexes Problem gegeben, um damit die darauffolgende Forderung nach einem Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen zu rechtfertigen.

Von diesem inhaltlichen Standpunkt (der sich im Übrigen von dem aller anderen Parteien grundlegend unterscheidet) einmal abgesehen, wählen die übrigen Parteien andere Methoden der Wissensvermittlung. Gegenbeispiel ist hierfür das Parteiprogramm von den Grünen, die seit jeher ihren ideologischen Schwerpunkt auf die Klima- und Umweltpolitik legen, was sich

²⁸ In Fachkreisen ist man sich weitgehend einig über die Ursachen des Klimawandels. Im Bericht des Weltklimarats werden klare Belege genannt: „Warming of the climate system is unequivocal, and since the 1950s, many of the observed changes are unprecedented over decades to millennia. The atmosphere and ocean have warmed, the amounts of snow and ice have diminished, sea level has risen, and the concentrations of greenhouse gases have increased [...]. Human influence on the climate system is clear. This is evident from the increasing greenhouse gas concentrations in the atmosphere, positive radiative forcing, observed warming, and understanding of the climate system“, Bericht des Weltklimarats 2013: 2, 13, online unter: http://www.climatechange2013.org/images/report/WG1AR5_SPM_FINAL.pdf [zuletzt abgerufen am 02.02.19].

²⁹ Solche Aussagen tätigt Trump bereits seit einigen Jahren. Im Jahr 2012 twitterte er sogar, die Erderwärmung sei eine Erfindung der Chinesen: „The concept of global warming was created by and for the Chinese in order to make U.S. manufacturing non-competitive“, Donald Trump via Twitter, 06.11.12.

auch im umfangreichen Textanteil dazu widerspiegelt. Die Partei verfolgt in ihrer Vermittlung der Fachinhalte ein klares Konzept und orientiert sich dabei an den klassischen Vermittlungsmethoden. Zunächst soll der Leser des Programms mit der komplexen Problematik der Erderwärmung vertraut gemacht werden. Hierzu knüpft man mit anschaulichen Beispielen an Wissensbestände an, die den meisten Menschen zum Beispiel aus der Zeitung oder dem Fernsehen bekannt sein dürften. So werden als erste Auswirkungen des Klimawandels aktuell häufig beobachtbare Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Dürren oder Stürme genannt (vgl. GRÜNE, PP 2017: 33).

Im zweiten Schritt wählt die Partei die Strategie der Emotionalisierung, indem die möglicherweise drastischen Folgen dargelegt werden: „Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, könnten bis 2050 nach Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen bis zu 250 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen“ (GRÜNE, PP 2017: 33). Eine solche Prognose weckt Emotionen beim Leser und verdeutlicht das Problem – mit dem Verweis auf die Quelle (Flüchtlingshilfswerk Vereinte Nationen) sichert man sich jedoch auch objektiv ab.

Schließlich macht das Parteiprogramm durch Personalisierung noch darauf aufmerksam, warum der Klimawandel jeden Einzelnen etwas angeht:

Auch hierzulande spüren wir schon Veränderungen wie häufigen Hagel, Starkregen, Stürme und eine sich verändernde Tier- und Pflanzenwelt. Das Umweltamt warnt vor extremer Trockenheit und Hitze, vor Überflutungen an Flüssen und Küsten. Zudem ist auch unsere Gesundheit bedroht – durch Hitze, Infektionserreger, Allergien. (GRÜNE, PP 2017: 33)

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen geht also einen grundlegend anderen Weg als die AfD. Gemein haben die Parteiprogramme zwar naturgemäß den persuasiven Charakter, mit dem man die Wähler von der eigenen Politik überzeugen möchte. Doch im Gegensatz zur AfD nehmen sich die Grünen für ihre Argumentation mehr Zeit und Raum, vermitteln Fachinformationen mit Hilfe konventioneller Strategien und sichern ihre Aussagen mit Quellenangaben ab.

Blicken wir nun auf die lexikalisch-semantische Ebene. Eine der Hauptaufgaben der Wissensvermittlung ist der Transfer von Fachwörtern an Laien. Im AfD-Parteiprogramm ist im Zusammenhang mit dem Klimawandel die Rede von der „sogenannte[n] Dekarbonisierung“ (AFD, PP 2017: 65). Hierbei handelt es sich ganz offensichtlich um ein Fachwort, das der uninformierte Bürger in der Regel nicht ohne Weiteres verstehen kann. Im Originaltext setzt die AfD den Ausdruck in Anführungszeichen. Diese haben prinzipiell die Funktion, sprachli-

che Sinneinheiten von anderen abzusetzen. Metainformativ machen sie darauf aufmerksam, dass die markierten Teile einen anderen sprachlogischen Status haben als die restlichen. Anführungszeichen verweisen also etwa auf ein Zitat, eine abweichende Bedeutung, eine Verwendung unter Vorbehalt oder auch auf eine Anspielung (vgl. KÖLLER 2004: 688).

Hier scheint es auf den ersten Blick so, als referiere die AfD mit einem fachsprachlichen Zitat auf ebenjenen fachlichen Charakter des Ausdrucks. Doch im weiteren Textverlauf folgt keinerlei Erklärung, was es mit der Dekarbonisierung überhaupt auf sich hat. Stattdessen liegt der Verdacht nahe, dass es sich bei der Kombination von *sogenannt* mit den Anführungszeichen um eine Anspielung handelt. Man distanziert sich vom Sprachgebrauch des politischen Gegners und damit insbesondere auch von der Sinnhaftigkeit seiner Maßnahme. Dass dies keine Einzelbeobachtung ist, zeigt das folgende Beispiel:

Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen. (AFD, PP 2017: 65)

Erneut wird der Ausdruck (*Klimaschutz*) in Anführungszeichen gesetzt. Konnte man diese Markierung im ersten Fall noch mit dem Verweis auf ein fachsprachliches Zitat rechtfertigen, so macht diese Erklärung hier keinen Sinn. Denn *Klimaschutz* kann durchaus als ein Ausdruck gesehen werden, der nicht zwingend erklärungsbedürftig ist. Vielmehr scheint es der Partei darum zu gehen, sich von den besagten Klimaschutzorganisationen zu distanzieren und deren Nutzen ganz offen zu bestreiten. Die AfD nutzt in diesem Kapitel Anführungszeichen also nicht dazu, um auf Fachlichkeit hinzuweisen oder ein für die Bürger neues Wort einzuführen. Es geht ausschließlich um die Distanzierung von Sprachgebrauch und politischem Inhalt aller anderen Parteien – eine typisch populistische Strategie.

Erläuterungen und Erklärungen von Fachwörtern fehlen bei der AfD im Übrigen gänzlich. Sie unterscheidet sich damit erheblich von der politischen Konkurrenz. Im Programm der CDU/CSU wird die Dekarbonisierung beispielsweise mit nur einem einzigen verständlichen Satz „übersetzt“: „Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden“ (UNION, PP 2017: 68). Auffällig ist zudem, dass Anführungszeichen selbst für Fachwörter selten verwendet werden. Diese stehen häufig – vielleicht auch in Hinblick auf einen flüssig lesbaren Text – ohne jede Markierung im Satz und werden erst im darauffolgenden Haupt- oder Nebensatz erläutert. Bei den Grünen wird nur einmal mit Anführungszeichen gearbeitet und zwar interessanterweise ebenfalls beim Beispiel Klimaschutz. Die Intention ist dabei jedoch offenkundig eine andere als bei der

AfD: Die Partei möchte den Klimaschutz voranbringen und inhaltlich fundieren. Die Anführungszeichen verweisen darauf, dass es sich dabei auch um ein politisches Schlagwort handelt. Dieses müsse mit Substanz gefüllt werden, damit der Begriff keine leere Worthülse bleibe (vgl. GRÜNE, PP 2017: 35).

Letztlich weichen alle anderen Parteien auch insofern von der AfD ab, als sie für den Bereich Klimawandel und Umweltpolitik in der Summe ausführlichere Informationen an die potenziellen Wähler vermitteln. Man nimmt sich Zeit und Raum, um selbst medial bekannte und leicht zu recherchierende Sachverhalte zu vermitteln, was ein abschließendes Beispiel der SPD zeigt. Nach dem Vorbild klassischer Vermittlungsmethoden wird hier das Pariser Klimaabkommen in einfacher Sprache und mit reduzierter fachlicher Komplexität erklärt:

Die Vereinten Nationen haben sich 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft verständigt. Es dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur im gleichen Zeitraum wieder aufgenommen werden können. (SPD, PP 2017: 61)

6.1.2 Bildung

Die Bildungspolitik scheint für alle Parteien wichtig zu sein. Auch die Alternative für Deutschland geht ausführlicher auf dieses Thema ein, als dies beispielsweise noch beim Klimawandel der Fall war. Beginnen wir die Analyse zunächst auf der lexikalisch-semantischen Ebene. Schon im einleitenden Teil im Bildungskapitel des AfD-Parteiprogramms wiederholt sich eine Besonderheit, die wir bereits kennen: Erneut werden vermeintliche Fachwörter mit Anführungszeichen versehen. Besonders deutlich wird dies, wenn über die „sogenannte neue Lernkultur“ (AFD, PP 2017: 43) geschrieben wird. Der Ausdruck *Lernkultur* wird damit allerdings wiederum nicht bloß fachsprachlich markiert, sondern man grenzt sich von der etablierten Semantik bewusst ab. Augenscheinlich wird dies in der darauffolgenden Beschreibung dieser Lernkultur, welche mit neuen Methoden wie selbstgesteuertem Lernen zu einem Leistungsabfall bei den Schülern geführt habe (vgl. AfD, PP 2017: 43).

Ein weiteres Beispiel für die semantische Abgrenzung mittels Anführungszeichen findet sich beim Ausdruck *PISA* (AFD, PP 2017: 43). Es handelt sich dabei um die Abkürzung von „Programme for International Student Assessment“, bezeichnet also ein internationales Programm für die Bewertung von Schülerleistungen. Die Anführungszeichen könnten durch den fachsprachlichen Charakter der Kurzform auf ein fachsprachliches Zitat verweisen – allerdings folgt keine Erklärung. Auch bei der FDP wird der Ausdruck ohne Definition (und auch ohne Anführungszeichen) verwendet. Das impliziert, dass die beiden Parteien *PISA* für allgemein-

verständlich halten. Bei der AfD scheinen die Führungszeichen erneut als populistisch motivierte Abgrenzungsmarker zu fungieren.

Dass die AfD auch Fachwörter erklärt, wird im achten Unterkapitel zur Bildung deutlich, in dem der bekenntnisgebundene Islamunterricht an deutschen Schulen abgelehnt wird. Hier erläutert man *Integration* folgendermaßen: „Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen anpasst. Integration heißt, dass die Muslime sich Deutschland anpassen“ (AfD, PP 2017: 45). Ob hierbei allerdings tatsächlich eine klassische Wissensvermittlung des durchaus bekannten Ausdrucks stattfinden soll, ist fraglich. Mehr scheint es so, als wolle die AfD durch diese Definition das parteieigene Verständnis in Erinnerung rufen. Von Anpassung ist im Übrigen im Fremdwörterbuch des DUDEN überhaupt nicht die Rede. *Integration* wird hier definiert als „1. Wiederherstellung einer Einheit (aus Differenziertem); Vervollständigung. 2. Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes [...]“ (DUDEN¹⁰2013: 479).

Verschiedene Perspektiven auf Sachverhalte und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen innerhalb des Vermittlungsprozesses sind jedoch in der Politik keine auf das Phänomen Populismus beschränkten Vorgehensweisen. Auch zunächst nicht unter Populismusverdacht stehende Parteien wie die FDP gebrauchen Wörter nach ihrem eigenen Verständnis und setzen selbst Schwerpunkte. So ist bei den Liberalen die „Bildung der wichtigste Grundstein zur Integration“ (FDP, PP 2017: 31).

Oftmals wird auch eine eigene, neue Semantik installiert, um bei der Vermittlung für das Parteiprogramm zu werben. Bei der FDP steht das inhaltliche Steckenpferd Bildungspolitik unter der Bezeichnung *weltbeste Bildung*. Das positiv besetzte Wort *weltbeste* findet sich im Kapitel zur Bildung nahezu allerorten und wird als Adjektiv auch auf andere Substantive bezogen, etwa bei „weltbeste[...] Lehrerinnen und Lehrer“ (FDP, PP 2017: 27). Die Bildungsziele der FDP werden dabei mit Hilfe einer Metapher erklärt:

Weltbeste Bildung für jeden ist ein „Mondfahrtprojekt“. So wie John F. Kennedy sein Land mit einer gewaltigen Kraftanstrengung auf den Mond führte, wollen wir Deutschland an die Spitze der Nationen dieser Welt zurückführen. (FDP, PP 2017: 21)

Durch den Ausdruck *Mondfahrtprojekt* verdeutlicht die Partei den Stellenwert, gleichzeitig aber auch die Herausforderung ihrer bildungspolitischen Bestrebungen. Sie entwirft auf lexikalisch-semantischer Ebene generell sehr positive Bilder, um ihre politischen Ideen an den Wähler zu übermitteln. Bei der AfD finden wir im Vergleich dazu wenig lobende Lexeme ihrer eigenen Politik, sondern stattdessen häufig negativ wertende Ausdrücke, die an den poli-

tischen Gegner und dessen Vorstellungen adressiert sind. So sei beispielsweise die Kompetenzorientierung in der Schule „geschwätzig“ (AFD, PP 2017: 43).

Weiter heißt es in dem Textteil, der die grundsätzlichen Einstellungen der AfD zur Bildung erklären möchte:

In fast allen Bundesländern haben sich nach der Aufregung um „PISA“ Bildungspolitiker und Schulaufsicht zu Handlangern der Testindustrie machen lassen. Eine Reform jagt die andere mit kontinuierlicher Absenkung des Niveaus. Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konzernen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen auf unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ab. (AFD, PP 2017: 43)

Auffällig ist, dass sich die AfD in diesem Teil wenig auf einer sachbasierten Ebene äußert, die Rede vielmehr ad personam richtet. Anschaulich wird dies mit dem negativ konnotierten, nahezu kriminalisierenden Ausdruck *Handlanger*. Dieser Fokus auf Personen und Gruppierungen erinnert an den anti-institutionellen, skandalisierenden Charakter von populistischen Parteien.

Damit sind wir auf der pragmatisch-konzeptuellen Ebene angelangt. Startete die AfD bei der Umweltpolitik noch ohne Umschweife mit einer direkten Aussage zum Fachgebiet, so steigt sie hier nach üblichen Textsortenmustern von Parteiprogrammen ein. In einem Satz wird die grundsätzliche Einstellung der Partei zur Bildungspolitik vermittelt: „Wir bekennen uns zur umfassenden Bildung, die zur Entfaltung der Persönlichkeit sowie zur Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist“ (AFD, PP 2017: 43). Direkt im Anschluss folgt dann aber zunächst keine eigene Agenda, sondern eine deutliche Kritik an den „etablierten Parteien“ und deren bildungspolitischen Plänen (vgl. AFD, PP 2017: 43).

Nun müssen Oppositionsparteien gerade im Wahlkampf die Regierungsparteien naturgemäß hin und wieder deutlich, teilweise auch überspitzt kritisieren. Dennoch wählen die Grünen als Opposition einen anderen Einstieg, um ihre Bildungsidee an den Wähler zu vermitteln. Sie orientieren sich an den gängigen Vermittlungsmethoden und argumentieren mit Hilfe personalisierter Beispiele:

Alle, die hier leben, sollen sich verwirklichen und selbstbestimmt leben können. Wenn das Kind aus einer Arbeiterfamilie später Unternehmer*in wird [...], wenn der alleinerziehende Krankenpfleger es sich leisten kann, Pflegemanagement zu studieren, wenn die seit Längerem arbeitslose Lageristin nach einer Weiterbildung einen neuen Job findet, wenn der schwerhörige Junge zusammen mit Nachbarskindern in der Schule um die Ecke lernt [...] und die aus Syrien nach Deutschland geflüchtete Frau Medizin studiert, dann haben wir viel erreicht. Dann sind wir unserem Ziel, allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen, ein gutes Stück näher gekommen. (GRÜNE, PP 2017: 174)

Mit (fiktiven) Beispielen aus der alltäglichen Lebenswelt der Menschen, die allesamt Erfolgsgeschichten nacherzählen, wird der Fokus nicht auf das Schlechte des politischen Gegners gelenkt, sondern vielmehr eine positive Vision geschaffen, die – so das Versprechen – mit der grünen Politik wahr werden könnte. Fachliche Vermittlung erlangt bei diesen konträren Textauszügen damit neben dem Transfer von Wissen eine instrumentalisierende Funktion: Bei der AfD in Form der Kritik und Abgrenzung vom Gegner, bei den Grünen und der FDP als „Eigenwerbung“ durch Erfolgsvisionen oder positive Schlagwörter.

Weitere Beispiele aus dem Bildungskapitel zeigen auf: Auch die AfD möchte durchaus Fachwissen vermitteln und ihre politischen Ziele erläutern. So erklärt sie, warum die politische Neutralität im Klassenzimmer³⁰ gefährdet sei: „An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben“ (AfD, PP 2017: 45). In einem sehr verallgemeinernden Stil ohne Fakten weicht sie aber von konventionellen Methoden ab – es fehlen Zahlen, die das *oft* untermauern. Solche liefern andere Oppositionsparteien wie DIE LINKE durchaus. In deren Parteiprogramm heißt es zum Thema Ausbildung:

Eine Studie des DGB hat gezeigt: Es gibt nicht zu wenig qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber, wie die Arbeitgeber behaupten. Rund 283 000 Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, gehen leer aus [...]. (LINKE, PP 2017: 53)

Die Partei nennt hier klare Zahlen und stützt ihre Erklärung auf die Expertise einer Studie des DGB. Dass den Wählern diese Abkürzung für *Deutscher Gewerkschaftsbund* geläufig ist, setzt DIE LINKE dabei allerdings voraus. Zu einer laienorientierten, mehrfachadressierten Wissensvermittlung fehlt hier also zumindest noch die ausformulierte Bezeichnung in Klammern.

Noch exakter geht die FDP in ihrem Parteiprogramm vor. Sie wirft zunächst ein komplexes Problem (Bildungsausgaben) auf:

Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben der Bildung so erhöhen, dass – gemessen am Staatshaushalt – Deutschland zu den führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt. (FDP, PP 2017: 21)

Als Laie ist es schwierig, diese Erklärung ohne weitere Fachinformationen zu verstehen. Man kann aber grundlegend herausfiltern, dass Deutschland wohl weniger für Bildung auszugeben scheint als andere Staaten und dass die FDP diese Ausgaben erhöhen möchte. Zur Veran-

³⁰ Mit einer ähnlichen Forderung war die AfD im Jahr 2018 in den Schlagzeilen. In mehreren Bundesländern rief die Partei zwischenzeitlich Schüler und Eltern dazu auf, AfD-kritische Aussagen von Lehrkräften auf einer Internetplattform zu melden.

schaulichung folgt auf der nächsten Seite nun eine Reduktion der Informationsdichte, indem zusätzliche Daten gegeben werden. Unter der Überschrift „Deutschland investiert zu wenig in Bildung. Bildungsausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt“ (FDP, PP 2017: 22) ist ein Balkendiagramm mit 35 Staaten abgedruckt, das die jeweiligen Bildungsausgaben illustriert. Deutschland findet sich dabei nicht nur deutlich unter dem Durchschnitt der OECD, sondern auch weit hinter weniger hochindustrialisierten Nationen wie Mexiko oder Slowenien. Die Quelle der Statistik ist darunter angegeben. Und auch zur Digitalisierung nutzt die Partei ein Diagramm mit Quellenangabe, um die Problematik aufzuzeigen, dass die deutschen Schulen noch nicht wirklich digitalisiert sind (vgl. FDP, PP 2017: 25). Dies sind gängige Methoden der Vermittlung, die trotz der Textsorte Parteiprogramm sogar wissenschaftlichen Standards genügen.

Es konnte zwar schon mehrfach nachgewiesen werden, dass die AfD von diesen Methoden abweicht und stattdessen populistische Strategien anwendet – das ist aber nicht immer der Fall, wie folgendes Beispiel zur dualen Ausbildung zeigt:

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden, ein Viertel der Lehrlinge bricht die Ausbildung ab [...]. (AFD, PP 2017: 44).

Die AfD erklärt ein reales Problem und nutzt dazu die Referenz auf bekannte Sachverhalte, die Laien entweder aus den Medien oder aus eigener Erfahrung (zum Beispiel, wenn sie für ihren eigenen Betrieb selbst nur schwer Auszubildende finden) vertraut sein dürften. Außerdem wird eine konkrete Zahl genannt: Jeder vierte Lehrling bricht seine Ausbildung ab. Lediglich eine Quellenangabe würde zu dieser Information noch fehlen – eine solche ist allerdings in Parteiprogrammen auch nicht immer und überall üblich. Ansonsten werden in diesem Fall gängige Vermittlungsmethoden angewandt.

Anders sieht dies im folgenden Beispiel aus, das sich nur eine halbe Seite nach dieser konventionellen Vermittlungssituation findet:

Ziel der Beschulung schulpflichtiger Asylbewerber muss es sein, diese auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland vorzubereiten und die Zeit bis zur Rückkehr sinnvoll zu überbrücken. Einheimische Schüler dürfen nicht in ihrem Lernfortschritt behindert werden. (AFD, PP 2017: 44)

Für die tatsächliche Behinderung einheimischer Schüler durch Kinder mit Migrationshintergrund fehlen ganz klar entsprechende Belege. Diese werden an dieser Stelle für die parteieigene Konzeption jedoch gar nicht benötigt, denn das Ziel scheint ein anderes zu sein: Die AfD

kehrt hier nämlich völlig zusammenhanglos zu einem ihrer Hauptthemen zurück, indem sie die „Folgen der Massenmigration“ (AFD, PP 2017: 44) ausführt. Sie entzieht sich damit der sachorientierten Debatte, instrumentalisiert die Bildungspolitik und lenkt den Fokus stattdessen auf ihr Lieblingsthema. Eine solche fachfremde Referenz kann als populistisches Alleinstellungsmerkmal angesehen werden, mit dem sich die AfD ganz deutlich von allen anderen untersuchten Parteien unterscheidet.

6.1.3 Gesundheitswesen

Dass Lexeme mit Anführungszeichen markiert werden, begegnete uns bisher fast ausschließlich bei der AfD und meistens mit der Absicht, sich vom Sprachgebrauch des politischen Gegners zu distanzieren. Im Fachgebiet Gesundheit nimmt die Verwendung von Anführungszeichen bei mehreren Parteien deutlich zu – nicht immer jedoch als Mittel der Abgrenzung. In ihrem Absatz zur Patientenversorgung im Krankenhaus schreibt DIE LINKE, dass Krankenhäuser gezwungen seien, mit wenig Personal in kürzester Zeit die meisten und die schwersten „Fälle“ zu behandeln (vgl. LINKE, PP 2017: 31). Die Anführungszeichen scheinen hier auf den umgangssprachlichen, vereinfachenden Charakter des Ausdrucks zu verweisen. Denn mit dem Lexem *Fälle* werden komplexe Vorgänge zusammengefasst, die von der Erstversorgung des Patienten über die Diagnose bis hin zu Behandlungen und logistischen Aufgaben wie stationärer Aufnahme oder Bettenbelegung reichen. Ähnlich verfährt die Partei im Anschluss, wenn sie beschreibt, wie verfrühte Entlassungen schnell zu einer Wiedereinweisung führen können. In Klammern sowie An- und Abführung steht dahinter: „Drehtüreffekt“ (LINKE, PP 2017: 31). Durch die Anführungszeichen wird aufgezeigt, dass es sich hierbei um eine Metapher handelt.

Nicht nur DIE LINKE verwendet die Zeichensetzung auf diese Art und Weise. Auch bei der AfD finden wir Markierungen, die nicht auf die semantische Abgrenzung zielen. So ist etwa von einem „Aussterben“ (AFD, PP 2017: 63) des Berufsstands der Hebamme die Rede. Da der Ausdruck *Aussterben* semantisch in aller Regel in Bezug auf Lebewesen verwendet wird, symbolisieren die Anführungszeichen eine umgangssprachliche, sinnbildliche Formulierung. An späterer Stelle schreibt die AfD: „Unter dem Begriff der ‚alternativen‘ Behandlungen werden die unterschiedlichsten Behandlungsmethoden zusammengefasst“ (AFD, PP 2017: 62). Da die Partei solche alternativen Methoden im Anschluss inhaltlich ausdrücklich befürwortet, scheint sie mit den Anführungszeichen auf die fachliche Dimension des Ausdrucks zu verweisen.

Neben diesen Methoden der Markierung finden sich aber auch im gesundheitspolitischen Teil von AfD und FDP Abgrenzungsstrategien. So setzt die AfD das „DRG-Fallpauschalensystem“ (AfD, PP 2017: 60) in Anführungszeichen. Fraglich ist hierbei, ob sie nur das politische Konzept oder das Fachwort als solches ablehnen möchte. Eine Erklärung des Ausdrucks folgt jedenfalls nicht. DIE LINKE macht zumindest annähernd deutlich, dass es sich bei DRGs um diese Fallpauschalen handelt (vgl. LINKE, PP 2017: 31). Bei beiden Parteien fehlt jedoch die konkrete Übersetzung der Abkürzung DRGs als „Diagnosis Related Groups“.

Die FDP distanziert sich in ihrem Absatz zur Krankenversicherung mit Hilfe von Anführungszeichen sowohl auf der Ausdrucks- als auch der Inhaltsebene von ‚einer als ‚Bürgerversicherung‘ getarnten staatlichen Zwangskasse“ (FDP, PP 2017: 86). Der Ausdruck ist geprägt von der SPD, die eine solche Versicherung seit Jahren einführen möchte. Sie erklärt dieses Schlagwort in einfacher, komplexitätsorientierter Form für den Wähler:

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die paritätische Bürgerversicherung. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbetrag bezahlen. (SPD, PP 2017: 40)

Damit sind wir im Schnittbereich zur pragmatisch-konzeptuellen Ebene und bei der Frage angelangt, wie die jeweiligen Parteien die gesundheitspolitischen Fachthemen an ihre Wählerschaft vermitteln. Die FDP orientiert sich zum Thema Pflege hierzu an klassischen Methoden der Wissensvermittlung. Fachwörter werden dem Laien häufig durch kurze, verständliche Definitionen erklärt: „Darüber hinaus fordern wir die integrative Ausbildung der Pflegekräfte. Integrative Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und spezialisierte Folgejahre“ (FDP, PP 2017: 89). Zunächst nennt die Partei ihre Forderung und wirft dabei den Ausdruck *integrative Ausbildung* in den Raum. Im nächsten Satz wird dieser erneut genannt und dann definiert.

Eine ähnliche Strategie wählt DIE LINKE. Bei der Vermittlung ihrer Ziele in der Gesundheitspolitik macht sie erst eine kurze, teilweise fachsprachliche Aussage, um diese im darauffolgenden Satz ausführlich und mit einfachen Beispielen zu untermauern:

Wir wollen das Gesundheitswesen von Barrieren befreien: Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern müssen beseitigt, Untersuchungstechniken und Behandlungsmethoden den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen angepasst werden. Wir wollen auch die Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung anpassen: Leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden (LINKE, PP 2017: 29)

So gehen auch andere Parteien vor, doch bei der LINKE findet sich diese Strategie überdurchschnittlich oft. Besonders ist außerdem die häufige Verwendung von Doppelpunkten. Diese Satzzeichen stehen nicht nur vor Äußerungen, Gedanken oder Textstellen, sondern auch, wenn im folgenden Satz Aufzählungen, Angaben oder Erläuterungen folgen (vgl. DEN²⁶2013: 40). Letztere Funktion scheint hier der Fall zu sein. Der Doppelpunkt markiert gleichsam die Grenze zwischen knapper und ausführlicher Information. Die Vermittlungsstrategie zielt also gleichzeitig auf eine spezielle syntaktische Struktur ab, die bei anderen Parteien in dieser Quantität nicht auszumachen ist. Das zeigt: Auch wenn Parteiprogramme hinsichtlich des Satzbaus oft standardisierten Mustern folgen, besteht dennoch die Möglichkeit, im Vermittlungsprozess syntaktische Akzente zu setzen.

Bleiben wir beim Stichwort Musterhaftigkeit, so werden ähnliche Methoden der Wissensvermittlung hin und wieder selbst dann offenkundig, wenn die Parteien generell inhaltlich starke Differenzen aufweisen. Zum Beispiel gehen AfD und SPD nahezu gleich auf ihre Pläne in Bezug auf Hebammen ein. Bei der AfD steht geschrieben:

Die persönliche und individuelle Betreuung schwangerer Frauen durch eine Hebamme des Vertrauens ist für viele Frauen eine große Erleichterung und Hilfe nicht nur während der Geburt, sondern auch in der Geburtsvorbereitung und der Nachsorge für Mutter und Kind. Wir möchten deshalb zu einer finanziellen Entlastung des Berufsstandes der freiberuflichen Hebamme beitragen, die z.B. durch Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen erfolgen könnte. (AfD, PP 2017: 63)

Im ersten Schritt macht die AfD deutlich, warum Hebammen wichtig sind. Sie knüpft dabei an konventionelle Wissensbestände an und dürfte insbesondere bei Frauen Gehör finden, die während einer Schwangerschaft selbst schon einmal von einer Hebamme begleitet wurden. Nachdem die Einstellung der Partei erklärt wurde, werden anschließend ihre eigenen Pläne genannt. Dies geschieht anfangs auf einer sehr einfachen, verständlichen Ebene (finanzielle Entlastung des Berufs) und wird dann zunehmend fachsprachlicher. Mit dem Ausdruck *Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen* können wahrscheinlich nur die wenigsten Laien etwas anfangen. Gerade an dieser wichtigen Stelle, wo ganz konkrete Lösungsvorschläge präsentiert werden, findet keine Vermittlung statt – der Wähler muss selbstständig recherchieren, um den Vorschlag der AfD zu verstehen.

Die SPD geht folgendermaßen auf das Thema ein:

Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterinnen beim Start ins Leben – vor, während und nach der Geburt. Wir müssen den Beruf attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln. (SPD, PP 2017: 41)

Auch hier ist die Konzeption klar. Ähnlich wie die AfD erläutert die Partei zuerst die Wichtigkeit von Hebammen. Allerdings geht sie längst nicht so ausführlich auf die Bedeutung des Berufs ein, was besonders in der Formulierung *vor, während und nach der Geburt* deutlich wird. In dieser nahezu identischen Textpassage führt die AfD die Aufzählung mehr aus, indem sie die Informationsdichte reduziert. Im Anschluss nennt auch die SPD ihre Ziele, bleibt dabei aber sehr vage. Aus analytischer Perspektive kann dies zwei Gründe haben: Entweder hat die Partei schlicht (noch) keine konkreten Lösungsvorschläge zur finanziellen Entlastung. Oder aber sie reduziert im Vermittlungsprozess bewusst die Komplexität, um den Wähler nicht zu überfordern. Trifft letzterer Fall zu, so wäre dies ein typisches Beispiel für ein häufiges Problem bei der Vermittlung von Fachwissen: Der Verlust wichtiger Informationen als Folge der Vereinfachung.

Wie wichtig Expertenmeinungen, Studien und andere Belege – auch in Hinblick auf die eigene Glaubwürdigkeit – bei der Wissensvermittlung in Parteiprogrammen sind, machten schon einige Beispiele in den vorangegangenen Kapiteln deutlich. So verfährt auch DIE LINKE, wenn sie für eine bessere Versorgung und mehr Personal im Krankenhaus wirbt. „Vielen Studien“ zufolge steige das Sterberisiko des Patienten mit steigender Arbeitsbelastung des Personals. Demnach nehme das Risiko um bis zu neun Prozent zu, wenn eine Pflegekraft einen Patienten mehr zu versorgen hat. Außerdem könne man einen Großteil der Infektionen durch Keime auf den Personalmangel zurückführen (vgl. LINKE, PP 2017: 30).

Die Partei agiert hier nach gängigen Methoden der Wissensvermittlung. Bei der Referenz auf Studien wäre es allerdings glaubwürdiger gewesen, auf eine solche Studie beispielhaft und mit Quellenangaben zu verweisen, anstatt lediglich von *vielen Studien* zu sprechen. Diese Beispiele sind für die parteieigene Argumentation ungeachtet dessen wichtig, denn sie personalisieren und emotionalisieren, sodass sie dem Leser durchaus Angst machen können: Wer hat nicht schon einmal von Fällen gehört, in denen Patienten durch Krankenhauskeime ums Leben gekommen sind? Außerdem kann jeder beispielsweise bei einer OP unmittelbar zum Betroffenen werden.

In einem weiteren Textauszug von der AfD sehen wir eine stark moralisierende Vermittlungsstrategie:

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Bei Ärzten, Therapeuten oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, kann keine Vertrauensbasis entstehen. Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite aufweist, kann somit keine Lösung zur Behebung des Personalmangels im Gesundheitswesen sein. (AFD, PP 2017: 61)

Die Partei steigt im ersten Satz mit einer weitgehend unstrittigen Aussage ein. Nahezu jeder Leser des Programms wird wohl zustimmen, dass gerade in der Medizin viel vom Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient abhängt. Ausgehend von diesem Aspekt leitet die AfD nun zu ihrem Anliegen über: Sie möchte, dass vor allem Deutsche im Gesundheitswesen beschäftigt sind und schreibt in sehr verallgemeinernder Form, dass ausländisches Personal oftmals sprachliche Defizite aufweise. Ohne weitere Erklärung wird außerdem der Bogen zum Ausgangsaspekt gespannt – ohne korrekte Sprache kein Vertrauen, so die einfache Formel. Was genau die Partei unter sprachlichen Defiziten versteht, bleibt indes unklar. Geht es um einen ausländischen Akzent (etwa ein gerolltes „r“) oder generell um die Abweichung von der standardsprachlichen Norm?³¹ Die AfD nutzt die Vermittlung also, um in populistischem Stil eine einfache Lösung vorzuschlagen und ihrer Forderung nach überwiegend deutschem Personal Nachdruck zu verleihen.

Interessant ist aus konzeptueller Sicht, wie die Parteien den Vermittlungsprozess effektiv für ihre politischen Ziele nutzen. Hierbei lohnt ein inhaltlicher Vergleich zwischen FDP und AfD, die sich beide zu einem möglichen Verbot von Cannabis positionieren:

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Schätzungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland Cannabis. Damit werden unzählige Menschen kriminalisiert und immense Ressourcen bei der Polizei gebunden [...]. Das Verbot von Cannabis erleichtert durch den illegalen Kontakt zu Dealern erst Recht den Einstieg zu härteren Drogen. (FDP, PP 2017: 91)

Eine weitere Freigabe von Drogen bzw. suchgefährdenden Substanzen ist nicht nur in der Folge kostenintensiv, sondern auch medizinisch schädlich. Ersatzpräparate wie THC stehen für Cannabis bereits jetzt zur Verfügung. Es ist zu befürchten, dass durch eine Freigabe von Cannabis der Drogenmissbrauch und die damit verbundenen gesellschaftlichen Probleme zunehmen. Die AfD lehnt deshalb die Freigabe von Cannabis ab. (AfD, PP 2017: 63)

Das Vorgehen der Parteien ist in der Tat ähnlich. Beide liefern Gründe, wieso ein Verbot sinnvoll oder nutzlos ist. Doch beide weichen in ihrer Argumentation teilweise von üblichen Methoden der fachlichen Vermittlung ab. Die AfD führt etwa nicht genau aus, weshalb eine Freigabe der Droge kostenintensiv sei. Mit dem Verweis auf Schätzungen und konkrete Zahlen versucht die FDP zwar wissenschaftliche Erklärungen zu liefern, doch im letzten (nicht allzu unwichtigen) Satz fehlt ebenfalls eine genauere Ausführung oder Studie, inwieweit der Einstieg zu härteren Drogen im Zusammenhang mit dem Verbot von Cannabis steht.

³¹ Eine solche Abweichung kann gerade in der Arzt-Patienten-Kommunikation durchaus einen gegenteiligen Effekt bewirken. In ländlichen Regionen sorgt zum Beispiel die Verwendung von Dialekten nicht selten für Nähe und Vertrauen zwischen Arzt und Patient. Dies kann sich wiederum positiv auf die Vermittlungssituation auswirken.

Es liegt durchaus in der Natur von Parteiprogrammen, dass hier und da unbegründete Behauptungen aufgestellt werden, um die eigene politische Idee als die beste zu verkaufen. Diesen Werbecharakter der Textsorte sieht man bei Parteien ganz unterschiedlicher politischer Richtung. So verweist die FDP in ihrer gesundheitspolitischen Präambel mit dem „Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen“ und dessen Bedeutung bei Notfällen oder Krankheiten (vgl. FDP, PP 2017: 85) auf den für die Partei wichtigen Grundcharakter der freien Selbstbestimmung in sämtlichen Lebensbereichen. Bei der LINKE finden wir analog dazu einen Verweis auf die Schere zwischen Arm und Reich: „Soziale Ungerechtigkeit macht krank. [...] Generell gilt: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher“ (LINKE, PP 2017: 29). Und ebenso interessant ist der Blick auf Kapitel 12.1 der AfD (*Finanzierung der Gesundheit – grundlegende Probleme beseitigen*):

Die Finanzierung unseres Gesundheitssystems wird durch allgemeine politische Fehlentwicklungen bedroht: Die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder und durch die verfehlte Zinspolitik der europäischen Zentralbank können die kapitalgedeckten Krankenversicherungen keine ausreichenden Rücklagen mehr bilden. (AFD, PP 2017: 60)

Betrachten wir nun diese drei Beispiele im direkten Vergleich, so stellt sich die berechtigte Frage: Was davon können wir noch mit der oben genannten Eigenheit von Parteiprogrammen erklären, was weicht davon ab und wo beginnen populistische Strategien? Eine Möglichkeit wäre, dies an dem „Grad der Behauptung“ zu messen, also inwieweit durch Aussagen ohne schlüssige Erklärungen von gängigen Methoden der fachlichen Vermittlung abgewichen wird. In dieser Hinsicht sieht man meiner Meinung nach durchaus eine qualitative Steigerung von der FDP über DIE LINKE bis hin zur AfD.

Zum Verweis auf die freie Entscheidung in Notfällen und bei Krankheit liefert die FDP zwar keine weitere Erklärung – sie knüpft jedoch trotzdem an ein recht verbreitetes demokratisches Verständnis an, das vielleicht auch nicht zwingend erklärungsbedürftig ist. Spezieller sind dann schon die Aussagen der LINKE, die für ihre Zwecke Armut direkt in Zusammenhang mit Krankheit und frühem Tod bringt. Bei einer solchen These wäre eine belegende Studie oder Expertenmeinung hilfreich gewesen. Die AfD gibt schließlich keinerlei Begründung und führt Aspekte an, die man konventionell nicht direkt mit dem Gesundheitswesen in Verbindung bringen würde.

Diese mögliche Beantwortung der Frage ist jedoch vage und erlangt dadurch einen eher subjektiven Charakter, dass selbst entschieden werden muss, wie viel „Behauptung“ noch der Textsortenspezifik zuzurechnen ist und ab wann diese Kompetenz überschritten wird. Sinnvoller scheint der Blick auf das Konzept respektive Ziel der jeweiligen Partei. Hier kann ein

Unterschied zwischen FDP und LINKE auf der einen und AfD auf der anderen Seite ausgemacht werden. Erstgenannte Parteien nutzen ihre grundlegenden Werte (›freie Entscheidung‹ wie ›soziale Gerechtigkeit‹) nämlich einleitend dazu, um im Anschluss auf das Thema Gesundheit eingehen zu können. Sie knüpfen sodann jeweils direkt mit ihren gesundheitspolitischen Plänen an diese kurze Einleitung an. Anders ist die Konzeption bei der AfD. Sie verwendet den Text nicht dazu, um mit ihren Lieblingsthemen auf die Gesundheit einzugehen – vielmehr scheint die Gesundheit gleichsam Mittel zum Zweck zu sein, um auf die bevorzugten Themen Migration und Europolitik zu lenken. Diese Instrumentalisierung von Fachlichkeit ist in dieser Ausprägung besonders und kann somit als populistisches Vorgehen klassifiziert werden.

6.1.4 Sozialpolitik

Dass die Sozialpolitik die Bürger in besonderem Maße interessiert und beschäftigt, spiegelt sich auch in den Programmen der untersuchten Parteien wider, da diese jeweils sehr umfangreich auf das Fachgebiet eingehen. Für den Transfer der teilweise komplexen Inhalte greifen alle zumindest gelegentlich auf klassische Vermittlungsmethoden zurück. So knüpft die AfD beispielsweise an konventionelle Wissensbestände der Menschen an, wenn sie erklärt, warum Familien mit Kindern für sie eine wichtige Rolle spielen: „Die Kinder von heute sind die potenziellen Beitragszahler von morgen. Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei“ (AfD, PP 2017: 56). Die SPD erläutert ihre Pläne für Familien mit Kindern hingegen mit Hilfe von Zahlen:

Für die Zukunft führen wir einen Familientarif mit Kinderbonus ein. Von dem Kinderbonus des Familientarifs profitieren verheiratete und unverheiratete Eltern mit Kindern, wie auch Alleinerziehende. Jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen können. Ein Paar mit drei Kindern kann allein mit dem Kinderbonus 900 Euro im Jahr sparen. (SPD, PP 2017: 50)

Schwerpunkt der Sozialpolitik sind die Renten und deren Finanzierung. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen stellt hierbei zunächst klar, dass sie an der Rente mit 67 festhalten möchte, um anschließend ihre konkreten Änderungspläne durch solche Aussagen zu vermitteln, die sich in einfacher Form auf die realen Lebensumstände vieler Leute beziehen. Für Menschen etwa, die länger arbeiten wollen, müsse sich das auch lohnen. Aus diesem Grund wolle man es einfacher machen, Teilrente und zusätzliches Erwerbseinkommen zu kombinieren (vgl. GRÜNE, PP 2017: 199). Auch bei den Renten beziehen sich die Parteien gerne auf konkrete Zahlen und rechnen dem Wähler genau vor, wie viel Geld dieser durch ihre Politik letztlich mehr erhalten müsse. DIE LINKE legt mit dieser Methode dar, warum die Rente auf 53 Prozent erhöht werden müsse:

Ein Rentenniveau von 53 Prozent kostet Beschäftigte und Arbeitgeber bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3.092 Euro nur je 32 Euro mehr im Monat. Die vier Prozent Beitrag von 110 Euro (nach Zulagen) für eine Riesterrente könnten dafür entfallen. Durchschnittsverdienende hätten also 78 Euro mehr in der Tasche. (LINKE, PP 2017: 22)

Insbesondere im letzten Satz mit der Referenz auf den Durchschnittsverdienenden richtet sich die Partei bewusst an das Gros der Menschen im Land, möchte die Vermittlung also für eine breite Masse erfolgreich gestalten. Daneben finden wir bei der LINKE auch wieder jene besondere syntaktische Struktur, die uns bereits im Gesundheitswesen begegnete. So werden erläuternde Passagen häufig durch Vorschaltsätze mit Doppelpunkten eingeleitet, zum Beispiel in der Form „Unser Nachbarland Österreich zeigt: [...]“ oder „Doch das bisherige Modell zeigt: [...]“ (LINKE, PP 2017: 21).

Doch längst nicht überall orientieren sich die Parteien an den klassischen Vermittlungsmethoden, es sind auch Abweichungen festzustellen. So schreibt DIE LINKE etwa zum Arbeitslosengeld: „Sperrzeiten und Sanktionen im SGB II und SGB III werden ausnahmslos abgeschafft. Zuvor erarbeitete Ansprüche dürfen nicht verworfen werden“ (LINKE, PP 2017: 24). Hier zeigt sich, dass in Parteiprogrammen nicht alle Inhalte laiengerecht vermittelt werden, denn dieser sehr fachsprachliche Textteil wird auch in der Folge nicht weiter erklärt oder „übersetzt“.

Das Beispiel veranschaulicht den durchaus vorhandenen fachsprachlichen Charakter der Textsorte Parteiprogramm. Nur Fachleute oder fachkundige Laien können diesen Code adäquat entschlüsseln (vgl. KLEIN 1999: 74). Ähnlich verfährt die AfD, nämlich mit einem sehr juristisch geprägten Stil: „Der Selbsterhalt bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II ist sanktionsfrei zu erhöhen“ (AFD, PP 2017: 58). Und auch bei der Rente gelingt es der Partei nicht wirklich, die fachsprachlichen Inhalte an Laien zu vermitteln:

Die AfD tritt dafür ein, dass Leistungen aus Mitteln der staatlichen Rentenversicherung, die sich nicht über Maßstäbe sozialer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der gesamten Solidargemeinschaft rechtfertigen lassen („echte“ versicherungsfremde Leistungen) entweder ausgegliedert oder über staatliche Transferleistungen finanziert werden. Allein im Jahr 2015 sind aus dem Etat der Rentenversicherung versicherungsfremde Leistungen in zweistelliger Milliardenhöhe erfolgt. (AFD, PP 2017: 57)

Trotz des Versuchs, im letzten Satz mit Unterstützung von Zahlen für Klarheit zu sorgen, dürfte der „normale“ Wähler große Verständnisschwierigkeiten haben. Mit der verschachtelten, komplizierten Syntax des Texts weicht die Partei außerdem nicht nur von ihrem eigenen Stil, sondern auch vom Muster der Textsorte ab. Bisher begegneten uns bei der Vermittlung überwiegend kurze Sätze. Allzu lange Satzkonstruktionen werden für das bessere Verständnis häufig getrennt wie etwa bei der LINKE durch ein Kolon.

Mit Blick auf die sehr heterogenen Adressaten von Parteiprogrammen stehen die Parteien stets vor schwierigen Entscheidungen: Wie viel Fachlichkeit ist nötig, um den Inhalt ohne Logikverlust an den Laien zu vermitteln? Wie viel Fachlichkeit kann dem Laien im Umkehrschluss zugemutet werden? Und welche Informationen können dabei als nicht weiter erklärungsbedürftig vorausgesetzt werden? In den letztlich veröffentlichten Programmen können wir oftmals nur versuchen, diese konzeptuellen Entscheidungen direkt im Text zu rekonstruieren. Die AfD teilt an einer Stelle jedoch interessanterweise direkt mit, dass sie eine Information als bekannt voraussetzt, wenn sie schreibt: „Bekanntlich wird bereits in naher Zukunft die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler überproportional steigen“ (AFD, PP 2017: 57).

Auf lexikalisch-semantic Ebene spielt das Erklären von Fachwörtern die zentrale Rolle – und doch finden wir auch hier Textproben, in denen ein solcher Transfer eben nicht stattfindet. So nutzen die Grünen zur Vermittlung ihres sozialpolitischen Programms mit dem Ausdruck „Drei-Säulen-System der Alterssicherung“ (GRÜNE, PP 2017: 198) zwar ein eigentlich recht anschauliches, verständliches Bild. Doch im folgenden Text wird nicht genauer erläutert, wie sich diese drei Säulen tatsächlich zusammensetzen (nämlich gesetzliche Rente, betriebliche und private Altersvorsorge).

Die AfD verwendet im Bereich der Renten ebenfalls mehrere Fachwörter: „Steuerfreistellung“, „Ansparbeiträge“ oder auch „Ertragsbesteuerung“ (AFD, PP 2017: 57). Auch hier werden die Ausdrücke allerdings nicht laiengerecht vermittelt, sondern ohne Erklärung im Text platziert. Im Vergleich zur oben genannten Begründung für eine solche Entscheidung (*bekanntlich*) können wir in diesem Fall nur spekulieren. Eine Möglichkeit wäre, dass die Partei die Fachwörter für verständlich oder mit Hilfe des Kontexts für entschlüsselbar hält; eine andere, dass sie sich hier schlicht vor allem an Experten richtet.

Wird hingegen in den Programmen mit Hilfe konventioneller Methoden vermittelt, so nutzen die Parteien häufig das Mittel der Emotionalisierung, was sich auch in der Sozialpolitik auf pragmatisch-konzeptueller wie lexikalisch-semantic Ebene widerspiegelt. So nutzt DIE LINKE emotionalisierende Passagen, um einerseits auf die Wichtigkeit gerechter Renten, andererseits auf die Bedeutung des Themas für die Partei selbst zu verweisen. Sie schreibt:

Niemand darf im Alter arm sein – durch Berufsunfähigkeit, Zeiten der Erwerbslosigkeit oder Kindererziehung und auch nicht in Abhängigkeit von der Dauer der Berufstätigkeit. Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln. (LINKE, PP 2017: 21)

Mit dieser Strategie gelingt es recht schnell, die grundlegenden Probleme zu erläutern und einen aufmerksamen Leser für die darauffolgenden politischen Vorgänge zu gewinnen. Denn mit solchen Aussagen gehen Emotionen sowie Personalisierungen einher. Nahezu jeder dürfte schon einmal einen älteren Menschen beobachtet haben, der Pfandflaschen sammelt und da viele Menschen Angst vor Altersarmut haben, wird bewusst an dieser Stelle argumentativ angesetzt.

Auch die Lexik ist nicht selten von Moral geprägt. Wie in den Kapiteln 4.1 und 4.2 erläutert, werden Wörter in der Politik häufig dazu benutzt, um entweder die eigene Gruppe mit positiven Ausdrücken auf- oder den politischen Gegner mit negativen Äquivalenten abzuwerten. Dieses Vorgehen findet auch bei der Vermittlung sozialpolitischer Fachinhalte statt. DIE LINKE verwendet vornehmlich negativ konnotierte Ausdrücke für die Beschreibung der damals (2017) aktuellen Rentenpolitik von CDU/CSU und SPD. Eine solche (Be-)Wertung kann durch unterschiedliche Wortarten vollzogen werden. Neben negativ besetzten Substantiven wie „Sinkflug“, „Abstieg“ oder „Armut“ finden wir auch Verben, zum Beispiel „bedroht“, „gekürzt“ oder „verpulvert“ (LINKE, PP 2017: 21). Ausdrucksstarke Adverbien wie „drastisch“ (LINKE, PP 2017: 21) verstärken diese Wirkung noch zusätzlich. Die Vorgehensweise ist aber keinesfalls ein Alleinstellungsmerkmal der LINKE. Auch die AfD verwendet negativ konnotierte Ausdrücke, teilweise sogar expressiv-metaphorische Bilder, wenn sie etwa davon spricht, dass die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank „tödlich“ (AFD, PP 2017: 57) sei.

Im Gegenzug gibt es die umgekehrte Strategie der Aufwertung – typischerweise bei einer Fraktion, die auch schon die letzte Regierung stellte. Die Union verwendet nämlich bewusst positive Ausdrücke, um die eigene Politik in Bezug auf die Renten zu loben und um in der Folge für Vertrauen in die neuen Pläne der Schwesterparteien zu werben. Im Gegensatz zur LINKE werden dabei nicht nur solche Wörter benutzt, die schon für sich genommen eine bestimmte Konnotation aufweisen wie zum Beispiel „verbessert“ oder „erfolgreich“ (UNION, PP 2017: 42). Es finden sich auch Ausdrücke, die erst durch den entsprechenden Kontext die gewünschte Wirkung entfalten können. So ist etwa das Adjektiv „stabil“ (UNION, PP 2017: 42) zwar per se nicht negativ belegt – doch erst im direkten Zusammenhang mit den Rentenbeiträgen erlangt es seine durchweg positive Bedeutung. Noch eindrücklicher sehen wir die Wichtigkeit des Kontexts beim Verb „gestiegen“ (UNION, PP 2017: 42). Ohne den Verweis auf die Renten könnte das Wort problemlos ebenso negativ gebraucht werden, denke man nur an die Substantive *Kosten*, *Steuern* oder *Schulden*.

Solche sprachlichen Bewertungen der Sachlage – ob negativ oder positiv konnotiert – scheinen auch bei der Vermittlung in Parteiprogrammen gängige politische Praxis zu sein. Besonders interessant wird es dann, wenn Parteien bereits bestehende Schlagworte neu besetzen, also für ihre Zwecke umdeuten möchten. Einen solchen Versuch unternimmt Bündnis 90/ Die Grünen, wenn die Partei ihr Rentenprogramm vermittelt. Ihre Ideen stehen unter dem Slogan „Wie die Rente wirklich sicher wird“ (GRÜNE, PP 2017: 198). Mit dem Satz *Die Rente ist sicher* in seiner Bundestagsrede im Jahr 1997 löste der damalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) heftige Kontroversen aus.³² In den folgenden Jahren stellte sich heraus, dass die Renten keineswegs so gesichert sein würden, wie Blüm mit seiner Aussage behauptete. Der Satz erlangte dadurch nicht nur einen hohen Bekanntheitsgrad, sondern auch eine negative Konnotation. Die Grünen greifen den Satz in ihrem Programm nun bewusst wieder auf und versuchen, ihn mit Hilfe des Glaubwürdigkeitsmarkers *wirklich* neu, das heißt positiv zu besetzen.

Ähnliches kann man bei der SPD beobachten, die bei der Rente den „Dialog für einen neuen Generationenvertrag starten“ möchte (vgl. SPD, PP 2017: 44). Auch zum Ausdruck *Generationenvertrag* gibt es eine Vorgeschichte. Eingeführt unter Konrad Adenauer bezeichnete er die grundsätzliche Idee, dass die Erwerbstätigen die Renten der älteren Generation bezahlen. Als großes Problem stellte sich allerdings heraus, dass durch die nachfolgend niedrigeren Geburtenzahlen die finanzielle Belastung für die jüngeren Generationen zunahm. Viele Junge empfinden das Konzept heutzutage als ungerecht. Der Ausdruck erhält dadurch gerade bei dieser für die Zukunft entscheidenden Wählergruppe eine negative Konnotation. Diesen Umstand macht sich die SPD zunutze, indem sie mit dem Adjektiv *neu* für einen zeitgemäßen Generationenvertrag wirbt. Die Strategien der beiden Parteien sind jedoch nicht ohne Risiko – bei über einen längeren Zeitraum gewachsenen Wortbedeutungen ist es mitunter fraglich, ob eine semantische Neubesetzung auch tatsächlich erfolgreich sein kann.

Wertungen sind in der Politik an der Tagesordnung und noch kein Hinweis auf populistische Strategien. Gleichwohl finden sich auf lexikalisch-semantischer Ebene bei der LINKE Tendenzen, die zumindest in Richtung Populismus deuten. So schreibt die Partei zur Rente: „Mit den Renten, reformen“ von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmer deut-

³² Erstmals sprach Blüm diese Worte im Wahlkampf 1986. Der genaue Wortlaut seiner Aussage in der Bundestagsdebatte am 10. Oktober 1997 war: „Zum Mitschreiben: Die Rente ist sicher“, vgl. TEXTARCHIV DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS, online unter: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/40879998_kw41_rente_kalenderblatt/209618 [zuletzt abgerufen am 13.01.19].

lich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten“ (LINKE, PP 2017: 21). Dieses Beispiel ist in zweierlei Hinsicht für uns interessant. Erstens adressiert die Partei ganz offen den Gegner. Das ist zwar in Form von Aussagen wie *die bisherige Politik* oder *die aktuelle Regierung* bereits vorgekommen – mit dem direkten Benennen der entsprechenden Parteien erlangt diese Adressierung jedoch eine neue Qualität, welche im Populismus noch durch Namen von Politikern verstärkt wird. Zweitens erfolgt eine ironische Bewertung der Politik von SPD und Grünen, da das Wort *Reformen* innerhalb des Kompositums in Anführungszeichen gesetzt wird.

Zwei Seiten später taucht außerdem eine Strategie auf, die in dieser Form bisher ausschließlich von der AfD angewandt wurde, nämlich die semantische und inhaltliche Abgrenzung durch das Wort *sogenannt* in Kombination mit Anführungszeichen. Es ist die Rede von „sogenannten[n] Zielrenten“ (LINKE, PP 2017: 23), welche deutlich abgelehnt werden. Diese Tendenzen weisen darauf hin, dass auch DIE LINKE gelegentlich von populistisch geprägten Methoden Gebrauch macht.

Blicken wir abschließend noch einmal explizit auf die AfD, die in den bisherigen Textproben zur Sozialpolitik größtenteils klassischen Methoden der Wissensvermittlung folgte. Abseits der fachsprachlichen Details zu Rente und Altersvorsorge zieht sich ein populistisches Motiv wie ein roter Faden durch den Text: Die Bezugnahme auf zwei der prägenden Themen der Partei. Was uns schon andernorts begegnete, erlangt hier eine neue quantitative Dimension. Im Absatz unter der Überschrift *11.3 Grundsätzliches zur Rente* erläutert die AfD zunächst ihre eigene Einstellung. Ferner kommt sie über ihre Finanzierungspläne auf die Zinspolitik der EZB zu sprechen, um schließlich die Schlussfolgerung zu ziehen: „Auch deshalb muss Deutschland aus der Eurozone austreten, sofern nicht unverzüglich Änderungen in die Tat umgesetzt werden“ (AFD, PP 2017: 57).

Diese Vorgehensweise taucht auch im nächsten Absatz wieder auf, wo es um Rente und Lebensarbeitszeit geht:

Auch aus diesem Grund ist die derzeitige Migrationspolitik sofort zu beenden. Die zur Zeit (sic!) dort mobilisierten Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden. (AFD, PP 2017: 57)

Bei der Frage nach der Finanzierung verweist die Partei auf ein zweites Lieblingsthema, die Migrationspolitik. Die Gelder, die dort gebunden werden, müssten nach ihrer Erklärung besser eingesetzt werden. Auffällig ist in diesem Zusammenhang die Verwendung des Ausdrucks *Bevölkerung*, referiert die AfD doch ansonsten stets auf das *Volk*. In diesem sozialpolitischen

Teil werden die Adressaten also mit *Bevölkerung* benannt, welche definiert werden kann als „Gesamtheit der Bewohnerinnen und Bewohner eines bestimmten Gebietes“ (DUDEN ONLINE 2019). Im Gegensatz zum *Volk*, das auf eine bestimmte kulturelle oder genetische Abstammung verweist, wird hier der Schwerpunkt auf die tatsächlich in Deutschland lebenden Personen gelegt. Eine weitere Spezifikation erfolgt durch den Zusatz *deutsche*, womit Migranten und Asylbewerber ohne deutsche Staatsbürgerschaft ausgeschlossen werden.

In Kapitel 11.1 fasst die AfD die beiden Ansätze (Europapolitik und Migration) in einem eigenen Absatz zusammen, wenn sie schreibt:

Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung. Sowohl die Euro-Rettungspolitik als auch die Niedrigzinspolitik der EZB erschweren diese notwendige Reformpolitik für Deutschland. Auch deshalb müssen die Weichen für den Euro und Europa völlig neu gestellt werden. (AfD, PP 2017: 56)

Hier werden beide Lieblingsthemen explizit benannt. Die Frage, die uns bereits im Gesundheitswesen beschäftigte, muss auch hier wieder lauten: Handelt es sich bei den ausgewählten Beispielen um eine populistische Strategie, indem die Sozialpolitik gleichsam Mittel zum Zweck wird? Auch die SPD greift in ihrem Parteiprogramm das Thema Flüchtlinge auf:

Um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, einem Fachkräftemangel vorzubeugen und das Verhältnis von Beitragszahlenden und Renteneempfängern positiv zu beeinflussen, wird es auch auf eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und eine systematisch gesteuerte Zuwanderung durch ein Zuwanderungsgesetz ankommen. (SPD, PP 2017: 45)

Unabhängig davon, dass die Flüchtlinge hier eher als Bereicherung denn als Belastung wahrgenommen werden, scheint es so, als nutze die SPD das Thema Migration, um für ihr sozialpolitisches Programm zu argumentieren. Im Gegensatz dazu – und das beantwortet die oben genannte Frage mit einem klaren Ja – dient die Sozialpolitik bei der AfD vielmehr dem Zweck, auf ihre für sie entscheidenden Themenkomplexe zu lenken. Auf sprachlicher Ebene zeigt sich dies in einem wiederkehrenden Muster: Stets werden diese Passagen mit den Worten *auch deshalb* oder *auch aus diesem Grund* eingeleitet. Die sozialpolitische Argumentation im Vorfeld verkommt damit zu einem bloßen Beispiel unter vielen anderen, mit dem der Wähler auf die „wirklich wichtigen“ Themen aufmerksam gemacht werden soll.

In den Parteiprogrammen begegneten uns populistische Motive an vorderster Front bei der AfD, vereinzelt auch tendenziell bei der LINKE. Doch Populismus ist ein politisches Phänomen, auf das wahrscheinlich sämtliche Parteien hin und wieder zurückgreifen. Die SPD als Partei der Mitte behauptet beispielsweise: „Eine solche Gesamtanstrengung wird nur mit einer Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung gelingen, in der ein sozialdemokrati-

scher Kanzler die Richtlinien der Politik vorgibt [...]“ (SPD, PP 2017: 45f.). Diese Behauptung ohne Begründung erlangt deshalb populistisches Potenzial, weil sich die Partei als gleichsam alternativlos über alle anderen stellt. Brisant ist das auch insofern, als die SPD vor der Wahl selbst an der Regierung und damit an der Sozialpolitik im Land beteiligt gewesen war. Solche Einzelbeispiele sollten uns jedoch nicht dazu verleiten lassen, eine Partei vorschnell als populistisch einzustufen. Hierzu ist mehr nötig: Eine regelmäßige Verwendung populistischer Strategien, die bewusst und mit einem klaren Ziel erfolgt. Dies scheint mit Blick auf die untersuchten Parteiprogramme einzig für die AfD zu gelten.

6.2 Gesetzesentwürfe der 19. Wahlperiode (Deutscher Bundestag)

6.2.1 *Solidaritätszuschlag*

Wir beginnen die Analyse mit dem direkten Vergleich zwischen einem Gesetzesentwurf von AfD einerseits und FDP andererseits, der bei beiden Parteien den identischen Titel trägt: *Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995*. Hierfür ist es sinnvoll, sich systematisch durch die jeweiligen Entwürfe zu arbeiten und die Textteile unter Berücksichtigung verschiedener sprachlicher Ebenen gegenüberzustellen.

Jeder Gesetzesentwurf beginnt auf dem Vorblatt in der Regel mit einer Erklärung des Problems, also warum ein neues Gesetz – oder in diesem Fall die Abschaffung eines bestehenden Gesetzes – überhaupt notwendig ist. So verfährt auch die FDP in ihrem Text, indem sie erläutert: „Da das Solidaritätszuschlagsgesetz in dieser Hinsicht jedoch nicht zeitlich befristet wurde, muss es durch einen gesonderten gesetzgeberischen Akt aufgehoben werden“ (FDP, GE Soli 2018: 1)³³. Daneben fallen auf lexikalisch-semantischer Ebene wieder einmal Wörter in Anführungszeichen auf, die hier allerdings keine abgrenzende Funktion zu haben scheinen. Bei „finanzielles Opfer“ (FDP, GE Soli 2018: 1) wird auf ein Zitat des Gesetzes vom 1995 verwiesen, bei „Sonderopfer Soli“ (FDP, GE Soli 2018: 1) machen die Anführungszeichen auf den juristisch-fachsprachlichen Ausdruck *Sonderopfer* in Kombination mit der gängigen Abkürzung *Soli* aufmerksam.

Auch die AfD steigt bei ihrer Vermittlung mit einer kurzen Einleitung ein, mit der sie die Verfassungswidrigkeit des Solis erläutert und dessen sofortige Abschaffung fordert. Dann folgt ein für das Kapitel *Problem* sehr detaillierter, fachsprachlicher Teil:

³³ Die Textnachweise werden im Folgenden immer in dieser abgekürzten Form angegeben: Name der Partei, GE (als Abkürzung für Gesetzesentwurf) Thema Jahreszahl: Seitenzahl.

1. Die Regelung der Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags gemäß § 3 SolZG 1995 verstößt gegen den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 Abs. 1 GG, weil sie in Verbindung mit § 25 EStG von den nach verfassungsrechtlichen Vorgaben insoweit gleich zu behandelnden Gruppen der gewerblichen Einkünfte und der nichtgewerblichen Einkünfte nur gewerbliche Einkünfte [...] entlastet. (AFD, GE Soli 2018: 1)

Die aufwendige Syntax in Kombination mit vielen Substantivierungen und der ständigen Referenz auf Paragraphen ist charakteristisch für die juristische Fachsprache. Eine Wissensvermittlung für Laien findet hingegen nicht statt. Die Partei scheint sich also bei den detaillierten Begründungen zu ihrem Gesetzesentwurf in erster Linie an Experten zu richten.

Während die FDP das Problem in aller Kürze beschreibt, dehnt die AfD ihre Ausführungen auf drei Seiten aus – zumeist in korrekter, fachsprachlicher Form. An einer Stelle weicht sie allerdings von ihrer standardisierten Vorgehensweise ab, wenn sie erklärt, warum ständige Bedarfsspitzen gesetzeswidrig seien:

Die Annahme immer neuer Bedarfsspitzen (nach dem „Aufbau-Ost-Soli“ folgen der „Aufbau-West-Soli“, der „Bildungs-Soli“ und/oder der „Gesundheits-Soli“, vielleicht noch ein „Flüchtlings-Soli“) [...] entspricht nicht den Grundsätzen der Finanzverfassung nach dem Art. 105 ff. GG. (AFD, GE Soli 2018: 2)

In Klammern werden in durchaus sarkastischer Form Beispiele für weitere Bedarfsspitzen gegeben. Die Anführungszeichen scheinen hier statt der fachlichen Markierung mehr der semantischen Abgrenzung zu dienen. Ein Bildungs-Soli und Gesundheits-Soli wurde beispielsweise von anderen Parteien schon länger in Erwägung gezogen. Die Spitze der Argumentationsreihe ist sodann ein Flüchtlings-Soli – hier erwähnt die Partei ihr Thema Migration und weist mit der Formel *vielleicht noch* deutlich auf die scheinbare Absurdität solcher Abgaben hin. Die Vermittlungsmethode kann aufgrund ihrer spekulativen und fachfremden Form als tendenziell populistisch bezeichnet werden.

Auf das Problem folgt nach dem Textsortenmuster ein Lösungsvorschlag der jeweiligen Partei. Die AfD orientiert sich in diesem Abschnitt an konventionellen Methoden der Wissensvermittlung. Sie verwendet eine verständliche Sprache und erklärt auch den Fachterminus *Solidaritätszuschlag* hinsichtlich seiner Entstehung und Bedeutung:

Der Solidaritätszuschlag wurde im März 1991 vom 12. Deutschen Bundestag geschaffen, um die Kosten des 2. Golfkrieges zu finanzieren. Mit einer gleichzeitigen Anhebung der Tabak-, Versicherungs- und Mineralölsteuer schnürten die Unionsparteien zusammen mit der FDP eine auf ein Jahr befristete Steuererhöhung, die man Solidaritätszuschlag nannte. (AFD, GE Soli 2018: 4)

Auf pragmatisch-konzeptueller Ebene fällt jedoch auf, dass sich die Partei nicht wirklich an das übliche Muster des Gesetzesentwurfs hält. Zwar erläutert sie zuvor ihre Lösung (nämlich

die Abschaffung des Gesetzes) – der weitere Text wiederholt sich jedoch an mehreren Stellen und passt (wie obiges Beispiel zeigt) nicht unbedingt zum Kapitel *Lösung*. Im Vergleich dazu hält sich die FDP genau an die vorgegebene Gliederung. Ihre Lösung lautet kurz und knapp: „Aufhebung des Solidaritätszuschlagsgesetzes“ (FDP, GE Soli 2018: 1).

Nach dem Vorblatt kommt der eigentliche Gesetzesentwurf, der bei beiden Parteien in Bezug auf Wortlaut und Formeln identisch ist. Lediglich beim Zeitpunkt des Inkrafttretens unterscheiden sie sich voneinander. Während nach Ansicht der FDP das Gesetz ab 1. Januar 2020 gelten soll, möchte es die AfD sofort nach der Verkündung, also so schnell wie möglich, einführen. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Entwurf, indem die Partei bei ihren Erklärungen mit einer doppelten Zeitstrategie agiert. Einerseits wird an mehreren Stellen auf das schon (zu) lange Bestehen des Solis verwiesen, zum Beispiel mit Aussagen wie „seit über 25 Jahren“ (AFD, GE Soli 2018: 1). Darauf basierend wird als Folgerung andererseits auf die Dringlichkeit der Gesetzesänderung hingewiesen. Dies geschieht etwa durch Zeitadverbien wie „endlich“ und „sofort“ sowie durch zeitlich markierte Adjektive in Kombination mit Substantiven wie bei „mit sofortiger Wirkung“, „sofortige Abschaffung“ oder auch „höchste Zeit“ (AFD, GE, Soli 2018: 1, 7).

Im Begründungsteil veranschaulicht die Alternative für Deutschland die komplexen finanzpolitischen Zusammenhänge durch ein einfaches Beispiel:

Der Solidaritätszuschlag darf als Ergänzungsabgabe allein zur Deckung (vorübergehender) Bedarfsspitzen im Bundeshaushalt erhoben werden, weil sich die Ergänzungsabgabe im Vergleich zu den sonstigen Steuern, die in der Finanzverfassung aufgezählt sind, wie die seltene Ausnahme zur Regel verhält. (AFD, GE Soli 2018: 6)

Anschaulich ist der Vergleich deshalb, weil die Ausdrücke *Ausnahme* und *Regel* jedermann aus dem Alltag bekannt sein dürften und damit der Zusammenhang zwischen der Ergänzungsabgabe und sonstigen Steuern in einfacher Form erklärt wird. Die FDP orientiert sich ebenfalls an gängigen Vermittlungsmethoden, wenn sie zum Beispiel die zu erwartenden Mindereinnahmen im Bundeshaushalt mit Zahlennachweisen (20 Mrd. Euro für 2020, 20,9 Mrd. für 2021) und einer Quelle (Finanzplanung des Bundes) belegt. Durch Personalisierung macht sie außerdem auf den Mehrwert ihres Gesetzesentwurfs aufmerksam: „Das Gesetz dient der Entlastung der Bürger, die dringend notwendig [...] und auch finanzierbar ist“ (FDP, GE Soli 2018: 5).

Ganz ähnlich verfährt in dieser Hinsicht auch die AfD. Es stellt sich jedoch heraus, dass ihre Zahl (rund 18 Mrd. Euro im Jahr) nicht nur deutlich von den Angaben der politischen Kon-

kurrenz abweicht. Mit *rund* wird nur ein vager Wert angegeben; zudem fehlt eine verlässliche Quellenangabe oder zumindest ein Verweis, dass es sich hierbei um eigene Berechnungen handelt (vgl. AfD, GE Soli 2018: 7). Die Partei hebt durch Personalisierung ebenfalls den Bürger hervor – und dies in einer sprachlich expressiven, moralisierenden Form. So würden Freiberufler und Arbeitnehmer ohne ausländische Einkünfte durch die bisherige Regelung diskriminiert (vgl. AfD, GE Soli 2018: 7).

Bei komplexen Fachthemen ist in Gesetzesentwürfen (noch mehr als im Parteiprogramm) die Referenz auf Experten oftmals eine notwendige Voraussetzung für die Argumentation sowie die Glaubwürdigkeit der jeweiligen Partei. Hierbei fällt auf, dass beide Parteien auf den gleichen Experten, den Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Hanno Kube, verweisen. Die AfD zitiert ihn bereits auf dem Vorblatt (Kapitel *Lösung*), die FDP hingegen erst später in ihrer Begründung. Dort mutet das Zitat sehr fachsprachlich an, was wiederum oben genannte These stützt, dass sich die Parteien bei ihren detaillierten Ausführungen vornehmlich an Experten des entsprechenden Fachgebiets richten. Dies scheint beim Zitat der AfD auf den ersten Blick zunächst nicht anders zu sein:

Geht der gesteigerte Mittelbedarf über die Zeit in einer allgemeinen Finanzlücke auf, verlangen die Ordnung der Ertragskompetenzen und das Gleichgewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs die Wahl der strukturell nachhaltigen, regulären Instrumente des bundesstaatlichen Finanzrechts, um die Lücke zu schließen. (AfD, GE Soli 2018: 4)

Doch dann folgt ein klassischer Vermittlungsprozess, den die Partei sogar sprachlich durch die Formel *mit anderen Worten* einleitet: „Die Ergänzungsabgabe darf kein dauerhaftes Instrument der Steuerverteilung sein“ (AfD, GE Soli 2018: 4). Die Informationsfülle wird hier deutlich reduziert. Der Laie versteht die fachwissenschaftlichen Inhalte dadurch zwar nicht zwingend in ihrer Gesamtheit, jedoch in einem für ihn notwendigen Ausschnitt.

6.2.2 Kindergeld

Gesetzesentwürfe der Fraktionen CDU/CSU und SPD werden gemeinsam als Bundesregierung (BReg) eingereicht. Wie die AfD in ihrem Gesetzesentwurf forderte auch die Bundesregierung im Jahr 2018 eine Anpassung des Kindergelds. Inhaltlich sind diese beiden Entwürfe indes durchaus unterschiedlich: Der Regierungsentwurf beschäftigt sich neben dem Kindergeld noch mit weiteren steuerspezifischen Änderungen (und ist folglich auch bedeutend umfangreicher). Außerdem sind die Zielsetzungen der Parteien in Bezug auf das staatlich gezahlte Kindergeld grundlegend verschieden. Ein unmittelbar thematischer Vergleich wie bei der Änderung des Solidaritätszuschlagsgesetzes ist hier nur schwer möglich. Gleichwohl erlaubt

der linguistische Blick auf die jeweiligen Methoden der fachlichen Vermittlung dennoch das Gegenüberstellen der beiden Gesetzesentwürfe. Hierzu orientieren wir uns wiederum an den textsortenspezifischen Gliederungsteilen.

Nach dem vorgegebenen Muster steigt die AfD auf dem Vorblatt mit dem Problem ein und erläutert zuerst, was das Kindergeld überhaupt ist:

Beim Kindergeld handelt es sich einerseits um eine Steuervergütung im Rahmen des steuerlichen Familienleistungsausgleichs, die vorrangig – alternativ zum Kinderfreibetrag – die Steuerfreistellung eines Einkommensbetrags in Höhe des Kinderexistenzminimums zum Ziel hat. Andererseits ist das Kindergeld – wird kein oder nur ein geringes Einkommen erzielt – ausschließlich oder überwiegend eine Sozialleistung und keine oder kaum Steuervergütung. (AFD, GE Kindergeld 2018: 1)

Abgesehen von alltagssprachlich bekannten Ausdrücken wie *Kindergeld* oder *Steuervergütung* finden sich in diesem Textausschnitt Fachwörter (*Steuerfreistellung*, *Familienleistungsausgleich*), die nicht jeder Laie problemlos verstehen kann. Die verschachtelte Syntax verstärkt den fachsprachlichen Eindruck noch zusätzlich. Mit der tatsächlichen Vermittlung beginnt die Partei erst im weiteren Textverlauf, wenn sie das eigentliche Problem – die Ungleichbehandlung von Familien – darlegt. Diese sei deshalb gegeben, da das Kindergeld derzeit in gleicher Höhe an Familien gezahlt werde, deren Kind in einem anderen EU-Staat lebt. Die AfD schreibt dazu: „Lebt ein Kind in einem Staat mit niedriger Kaufkraft, kommt es zu einem Fördereffekt, der Familien mit in Deutschland oder in Ländern mit höherer Kaufkraft lebenden Kindern verwehrt bleibt“ (AFD, GE Kindergeld 2018: 1f.). Solche sprachlich recht einfachen und anschaulichen Einzelbeispiele sind klassische Vermittlungsmethoden, um komplexe Zusammenhänge zu erklären.

Auf diese Methode greift auch die Bundesregierung zurück. Sie ergänzt das Problem noch um ihr Ziel und steigt zunächst mit ganz grundsätzlichen Aussagen ein:

Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Familien zu stärken und zu entlasten, ist deshalb ein wichtiges Ziel. Eltern sind wegen des Unterhalts, der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder nicht im gleichen Maße finanziell leistungsfähig wie kinderlose Menschen. Deshalb müssen Familienleistungen [...] angemessen berücksichtigt werden. (BREG, GE Kindergeld 2018: 1)

Auf konventionellen Wissensbeständen aufbauend (die Wichtigkeit von Familien für die Gesellschaft sowie deren zusätzliche Belastung) wird die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung dargelegt. Dass es in Gesetzesentwürfen noch mehr um die eigentliche Sache als um parteipolitische Interessen geht, zeigt außerdem die Formulierung *ein wichtiges Ziel*. In Parteiprogrammen hätte diese Passage wohl *unser Ziel* gelautet.

Auch im Absatz *Lösung* gibt die Bundesregierung eine einfache Erklärung: „Um Familien zu stärken und zu entlasten, wird das Kindergeld pro Kind ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat erhöht“ (BREG, GE Kindergeld 2018: 1). Die weiteren, detaillierten Ausführungen scheinen sich hingegen eher an Experten zu richten. So ist beispielsweise die Rede von der „kalten Progression“ (BREG, GE Kindergeld 2018: 1), einem Fachausdruck aus dem Steuerbereich, der als bekannt vorausgesetzt und nicht weiter erklärt wird. Ähnliches Phänomen lässt sich bei der AfD beobachten, die ihre Lösung wie folgt präsentiert:

Für ein Kind, für das in Deutschland ein Kindergeldanspruch besteht, dessen Wohnsitz sich aber in einem EU-Mitgliedsstaat befindet, wird die Höhe des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten des Wohnsitzstaates angepasst. (AFD, GE Kindergeld 2018: 2)

Trotz zweier eingeschobener Nebensätze ist dieser Text auch für Laien gut zu verstehen, da auf Fachwörter verzichtet wird. Weniger Mühe in Bezug auf die Verständlichkeit scheint sich die Partei hingegen im darauffolgenden Absatz gemacht zu haben:

Die Anpassung der Höhe des Kindergeldes nach dem Einkommenssteuergesetz für ein Kind für das in Deutschland ein Kindergeldanspruch besteht, dessen Wohnsitz sich aber in einem anderen EU-Mitgliedsstaat befindet, an die Lebenshaltungskosten des Wohnsitzstaates nach dem Maßstab der Ländergruppeneinteilung führt zu Steuermehreinnahmen von rd. 160 Mio. Euro. (AFD, GE Kindergeld 2018: 2)

Abgesehen von der Information zu Steuermehreinnahmen hat sich der Text im Vergleich zu vorherigem Beispiel inhaltlich kaum verändert. Allein aufgrund der äußerst hypotaktischen Syntax entsteht jedoch ein fachsprachlicher Eindruck. Das zeigt, dass nicht nur komplexe Fachinhalte, sondern auch deren syntaktische Präsentation das Textverständnis erheblich erschweren können.

Aufgrund ihrer enormen Verschiedenheit erlauben die eigentlichen Gesetzesentwürfe keinen sinnvollen Vergleich. Es sei jedoch angemerkt, dass in beiden Fällen keine Abweichungen von den vorgegebenen Textmustern und -formeln festzustellen sind. Wir schauen hingegen noch auf die Begründung der Entwürfe. Die AfD hatte vorher bereits mehrfach den Ausdruck *Ländergruppeneinteilung* genannt, ihn allerdings nicht erläutert. Das tut sie auch in der Begründung nicht, schreibt jedoch: „Die maßgeblichen Beiträge sind anhand der Ländergruppeneinteilung (BMF-Schreiben vom 20. Oktober 2017, BStBI S. 1183), zu ermitteln [...]“ (AFD, GE Kindergeld 2018: 6). Damit verweist sie zumindest auf eine konkrete Quelle, bei welcher der fachlich Interessierte bei Bedarf nähere Informationen finden dürfte.

Die Bundesregierung versucht in ihrer Begründung vermehrt mit Zahlentabellen zu arbeiten, zum Beispiel wenn sie Haushaltsausgaben darlegen möchte. Auch Schaubilder sind eine klas-

sische Methode, um komplexe Sachverhalte in einer anderen Form zu vermitteln. Dies begegnete uns etwa im Parteiprogramm der FDP, die bei der Bildungspolitik einfache Schaubilder zur Vermittlung nutzte, welche von jedermann problemlos verstanden werden können (vgl. Kapitel 6.1.2). Bei den Tabellen der Bundesregierung scheint dies nicht zuzutreffen: Dort finden sich Fachausdrücke wie „volle Jahreswirkung“ oder „Gebietskörperschaft“ ebenso wie Kurzformen („EStG“, „SolZ“) (vgl. BREG, GE Kindergeld 2018: 14). Die Tabellen erfordern demnach eine Lesekompetenz, über die nur Experten oder Laien mit Fachkenntnissen verfügen. An Experten scheint sich auch die AfD bei ihrer Argumentation zur Vereinbarkeit des Entwurfs mit dem EU-Recht zu wenden: „Die Auszahlung des gleichen Betrags ist demgegenüber nicht notwendig. Mithin gestattet die VO (EG) 883/2004 eine Indexierung des Kindergeldes“ (AfD, GE Kindergeld 2018: 7). Die Bedeutung des wirtschaftlichen Fachworts *Indexierung* bleibt Laien hier genauso verborgen wie der Verweis auf eine Verordnung der Europäischen Gemeinschaft.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine Vermittlung nur an essentiellen Stellen in einem komplexitätsreduzierten Rahmen stattfindet. Die grundsätzlichen Informationen der Entwürfe werden jeweils mit Hilfe gängiger Methoden an ein breites Publikum vermittelt. Sobald es jedoch um kompliziertere Vorgänge, etwa politikinterne Prozesse geht, die für Laien nicht weiter von Belang sind, geht die Sprache nahezu fließend in einen fachlichen Stil über. Hier findet dann keine Vermittlung mehr statt, was sich unter anderem daran zeigt, dass Fachwörter uneingeschränkt als bekannt vorausgesetzt werden. Dieses Phänomen taucht bei Gesetzen regelmäßig auf: Ihre Verständlichkeit orientiert sich häufig an der Bedeutung des Inhalts für den Bürger (vgl. OTTO 2008: 197).

In Hinblick auf abweichende oder gar populistische Methoden konnten zum Kindergeld weder inhaltlich noch auf sprachlicher Ebene Besonderheiten festgestellt werden. Die Parteien halten sich an das Muster der Textsorte. Wenngleich es bei der AfD einige Textwiederholungen gibt, folgt auch sie – konsequenter als beim Solidaritätszuschlagsgesetz – der vorgegebenen Gliederung und geht präzise auf die Sachbereiche ein.

6.2.3 *Netzwerkdurchsuchungsgesetz*

Das Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG) ist seit seiner Einführung am 1. Oktober 2017 vielen Parteien ein Dorn im Auge. Die AfD forderte in einem Gesetzesentwurf bereits im November desselben Jahres die vollständige Aufhebung des NetzDG, im Dezember folgte DIE LINKE mit einem Entwurf zur Teilaufhebung nach. Die Entwürfe der beiden Oppositionspar-

teilen sollen mit Blick auf deren fachliche Vermittlung wieder anhand der textsortenspezifischen Gliederung miteinander verglichen werden.

Die AfD steigt bei der Erklärung des Problems konventionell ein, indem sie ihren Text mit ausführlichen Informationen anreichert. Bevor sie nämlich überhaupt auf das Problem eingeht, versucht sie zunächst, in einfacher Sprache die Grundzüge des demokratischen Meinungsaustauschs darzulegen:

Eines der konstituierenden Elemente des demokratischen Verfassungsstaats ist der Widerstreit der Meinungen in der öffentlichen Debatte. Nur der Austausch verschiedener und damit auch kontroverser Meinungen gewährleistet und sichert den Pluralismus. Mit dem Aufkommen der sozialen Netzwerke im Internet haben sich neben den Zeitungen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weitere Plattformen zum Meinungsaustausch entwickelt, die die traditionellen Medien nicht nur ergänzen, sondern zu ihnen in Konkurrenz treten. (AfD, GE NetzDG 2017: 1)

Der Vorspann dient scheinbar nicht nur dazu, um auf die Problematik des NetzDG hinzuweisen: Es wird auch die populistische Haltung der Partei in Bezug auf Institutionen deutlich. So zeichne sich etwa das Verlagswesen durch parteipolitische Verflechtungen aus. Die AfD operiert mit Behauptungen ohne konkreten Nachweis und unterstellt implizit, dass die Medien „von oben“ gelenkt würden. Weiter heißt es nämlich, die Medien würden einer Selbstzensur zum Opfer fallen oder wegen politischer Opportunität unterdrückt (vgl. AfD, GE NetzDG 2017: 1). Im Internet sei dies dagegen nicht der Fall: „Die sozialen Netzwerke erlauben im Vergleich zu den traditionellen Medien einen freien Meinungsaustausch, ungefiltert³⁴ und ohne Moderation oder gar Zensur“ (AfD, GE NetzDG 2017: 1).

Nach dieser sehr wertenden Passage, die einem Plädoyer für die sozialen Netzwerke gleicht, wechselt die AfD jedoch wieder in ihren erklärenden Stil und definiert das NetzDG mit einer Quellenangabe:

Zweck des NetzDG ist es, die sozialen Netzwerke zu einer zügigeren und umfassenderen Bearbeitung von Beschwerden insbesondere von Nutzern über sogenannte Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte anzuhalten (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 2). (AfD, GE NetzDG 2017: 1)

Mit einer solchen Definition zum Ziel des NetzDG beginnt DIE LINKE ihren Gesetzesentwurf und hält anschließend fest: „Die Wichtigkeit der Bekämpfung sogenannter Hate Speeches unter der Wahrung der Kommunikationsfreiheit im Netz sollte unstrittig sein“ (LINKE, GE NetzDG 2017: 1). Das Lexem *unstrittig* markiert dabei gleichsam eine Vergegenwärtigung, dass diese Aussage allgemein anerkannt ist und nicht weitergehend erläutert werden

³⁴ Da sie keinen „Filter“ haben, erfreuen sich die sozialen Medien wie Twitter oder Facebook bei vielen Politikern großer Beliebtheit. Vor allem Populisten schätzen die Möglichkeit, direkt zu und mit den Menschen zu sprechen, vgl. SORENSEN 2017: 145.

muss. Dann wird die Problematik in einem wissenschaftlichen Stil dargelegt. Die Partei vermeidet eigene Aussagen, sondern zitiert die breite Kritik, derer sich das NetzDG von Beginn an ausgesetzt sah. Demnach seien vor allem die Gefahr einer Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit sowie eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung problematisch (vgl. LINKE, GE NetzDG 2017: 1).

Auch die AfD weist auf die Gefahr hin und begründet sie auf lexikalisch-semantischer Ebene mit einer Reihe von Ausdrücken wie „Hasskriminalität“, „strafbare Falschnachrichten“ oder „Hatespeech“. Die Anführungszeichen scheinen hier sowohl zur Markierung von Fachlichkeit als auch in gewisser Weise als Abgrenzungsmittel zu fungieren. Denn da diese Begriffe nicht legaldefiniert seien, bestehe die Gefahr, dass das NetzDG gegen jede abweichende Meinung vorgehe (vgl. AfD, GE NetzDG 2017: 2). Nach vielen weiteren Ausführungen, die sich teilweise wiederholen, fasst die Partei den Kern des Problems schließlich im letzten Satz einfach zusammen: „Das NetzDG überträgt den Schutz der freien Meinungsäußerung in den sozialen Netzwerken auf private Akteure, wodurch dem Rechtsstaat die Verantwortung entzogen wird (AfD, GE NetzDG 2017: 2).

In der Konzeption der beiden Gesetzesentwürfe sind die abweichenden Textanteile auffällig. Während die AfD auf den Teil *Problem* sehr umfassend eingeht, fasst DIE LINKE nur die wichtigsten Informationen zusammen. Beim Gliederungsteil *Lösung* sind die Voraussetzungen genau umgekehrt. In einem einzigen Satz vermittelt die AfD, dass das NetzDG aufgehoben wird (vgl. AfD, GE NetzDG 2017: 2). DIE LINKE erklärt hingegen zuerst, welche Teile des Gesetzes wegfallen sollen und stellt dann klar: „Erhalten bleiben die Regelungen, deren Sinnhaftigkeit oder jedenfalls Unschädlichkeit unstrittig ist“ (LINKE, GE NetzDG 2017: 2). Erneut sticht das Adjektiv *unstrittig* heraus, das allerdings in diesem Kontext nicht unproblematisch ist. *Unstrittig* suggeriert ähnlich wie *alternativlos* eine Unhintergebarkeit des Gesagten. Beim ersten Auftreten stand das Wort noch bei einem Verb im Konjunktiv und ließ damit noch einen gewissen „Meinungsspielraum“ offen. Dieser scheint hier durch das finite Verb *ist* gänzlich wegzufallen.

War die Vermittlung der Partei bis hierhin gut verständlich und konzeptionell an ein Laienpublikum gerichtet, so wechselt die Syntax nun in einen eher fachlichen Stil mit vielen Substantivierungen:

Dazu zählen insbesondere die Verpflichtung zur Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten, die grundsätzliche Verpflichtung, ein zugängliches Verfahren zur Übermittlung von Beschwerden anzubieten und ein Verfahren zum Umgang damit vorzuhalten, sowie ein verpflichtendes Berichtswesen über dieses Verfahren. (LINKE, GE NetzDG 2017: 2)

Beim juristischen Text der eigentlichen Gesetzesentwürfe sind in beiden Fällen keine Besonderheiten oder Abweichungen von der Norm auszumachen. Lohnenswert ist aber einmal mehr der Blick auf die Begründung der Parteien, da dort mehr Raum für ausführliche Erklärungen und somit auch mehr Bedarf an Vermittlungsprozessen gegeben ist. Die AfD weist noch einmal auf die Notwendigkeit der Gesetzesänderung hin. Sie zitiert hierzu mehrere unterschiedliche Quellen und Experten: Eine Stellungnahme vom Rechtsausschuss des Bundestags, eine Stellungnahme der Organisation Reporter ohne Grenzen sowie die Meinung des UN-Sonderberichterstatters für Meinungsfreiheit David Kaye (vgl. AfD, GE NetzDG 2017: 4). Diese von einer nationalen Institution (Bundestag), einer freien Organisation (Reporter ohne Grenzen) und der internationalen Institution (UN) geäußerten Ansichten sorgen bei der Vermittlung für Glaubwürdigkeit und untermauern die Forderung der AfD perspektivenreich.

Doch nicht überall beruft sich die AfD so vorbildlich auf Experten. Auf der letzten Seite des Entwurfs kommt sie nochmals auf ihre eingangs erwähnte Befürchtung zurück, dass durch das NetzDG auch Kommentare gelöscht werden, die eine andere politische Meinung vertreten. In der Folge scheint es geradezu so, als wolle die Partei Hassäußerungen im Netz in Schutz nehmen, wenn sie behauptet:

Das NetzDG missachtet wesentliche Kommunikationsgrundrechte, denn die Meinungsfreiheit schützt auch unbegründete Meinungen und sogar Vorurteile, und zwar unabhängig davon, mit welchem Mittel die Meinung verbreitet bzw. der Zugang zu ihr ermöglicht wird. (AFD, GE NetzDG 2017: 5)

Dies ist so jedoch nicht ganz richtig, denn auch die Meinungsfreiheit hat ihre Grenzen, worauf DIE LINKE in ihrer Begründung hinweist:

Beleidigende [...] Äußerungen sind im Internet an der Tagesordnung. [...] Dies findet oft unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung statt. Doch diese findet dort ihre Grenzen, wo sie beispielsweise in die Persönlichkeitsrechte Dritter eingreift. (LINKE, GE NetzDG 2017: 5)

Generell vermittelt die Partei in ihrem Entwurf mit konventionellen Methoden und einfacher Sprache. Mit Ausnahme von „Overblocking“ (LINKE, GE NetzDG 2017: 5), was nicht übersetzt wird, finden sich keine Fachwörter im Text. DIE LINKE schließt mit einem Bezug zum Bürger, indem sie für das weitere Vorgehen einen Diskussionsprozess mit der Zivilbevölkerung anstoßen möchte (vgl. LINKE, GE NetzDG 2017: 5).

6.2.4 Aufenthaltsgesetz

Abgesehen von der kurzen Referenz auf ein zentrales Thema („Flüchtlings-Soli“) sowie von unbegründeten Behauptungen in Bezug auf Institutionen (NetzDG) konnten bei den bisherigen AfD-Gesetzesentwürfen nahezu keine populistischen Strategien festgestellt werden.

Stattdessen wählt die Partei mehrheitlich eine klassische Wissensvermittlung mit anschaulichen Beispielen, einfacher Sprache sowie unterschiedlichen Expertenmeinungen. Dies überrascht insofern, als die AfD (und auch andere Parteien punktuell) im Parteiprogramm selbst bei grundsätzlich für den Populismus untypischen Fachthemen häufig von konventionellen Methoden abweicht. Aus der offensichtlichen Differenz ergeben sich für mich zwei mögliche Thesen, die als Erklärung dienen könnten:

Erstens: Die musterhafte Form der Textsorte Gesetzesentwurf lässt kaum Abweichungen zu. Die Gliederung ist streng vorgegeben, der eigentliche Entwurf von Paragraphen und standardisierten juristischen Formeln geprägt. Damit er erfolgreich sein kann, muss der Entwurf mehrere Kommissionen und Experten überzeugen. Von einem Redaktionsstab der Gesellschaft für Deutsche Sprache wird außerdem geprüft, ob der Text sprachlich einwandfrei ist.

Zweitens: Nach dem Einzug ins Parlament agiert die AfD im politischen Tagesgeschäft nicht mehr populistisch. Während im Parteiprogramm noch potenzielle Wähler überzeugt werden mussten, richtet sich die Partei mit Gesetzesentwürfen nun an ein anderes Publikum. Dementsprechend ändern sich auch die Methoden bei der Wissensvermittlung, die sich nun vermehrt an den üblichen parlamentarischen Prozessen orientieren.

Mit einer letzten Analyse sollen die beiden Thesen nun stichprobenhaft auf ihre Aussagekraft überprüft werden. In diesem Fall wird ein bei Populisten beliebtes Thema herangezogen, die Probe also bewusst anhand eines Extrembeispiels gemacht. Konkret handelt es sich um einen Entwurf zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), den die AfD im Dezember 2017 auf den Weg brachte. Als Vergleichsobjekt dient ein ähnlicher Entwurf der FDP vom Juni 2018.

Die AfD steigt auf dem Vorblatt direkt mit einer Wertung der Flüchtlingspolitik ein, indem sie von einem „Kontrollverlust über die deutschen Grenzen“ (AFD, GE AufenthG 2017: 1) spricht. Der Ausdruck impliziert ein Versagen des Staates und erlangt damit eine negative Konnotation. Auf eine klassische Erklärung zur Aufnahme von Flüchtlingen mit Bezug auf Paragraphen verschiedener Gesetze folgen sodann populistische Behauptungen, die nicht belegt werden:

Deutschland ist mit diesem millionenfachen Zuzug überwiegend beruflich nicht qualifizierter Menschen aus anderen Kulturkreisen in jeder Hinsicht überfordert. Dieses Problem potenziert sich durch den rechtlichen Anspruch auf den Nachzug Familienangehöriger, der eine Einwanderung einer nicht genau bezifferbaren Zahl – aber auf jeden Fall weit jenseits der Millionengrenze – ebenso beruflich nicht qualifizierter weiterer Menschen zur Folge hat. (AFD, GE AufenthG 2017: 1)

Scheinbar bewusst vereinfacht und verallgemeinert die AfD, indem sie behauptet, dass die neu ankommenden Menschen beruflich nicht qualifiziert seien. Außerdem gibt sie mit der Formulierung *auf jeden Fall* eine als gesichert dargestellte Größenordnung für die Anzahl der Nachzügler an, obwohl sie sich des spekulativen Charakters ihrer Aussage durchaus bewusst ist. Diese Behauptungen sowie der Hang zur Faktenferne sind erste Hinweise auf populistische Strategien, die hier in den Prozess der Wissensvermittlung einfließen.

Auch die FDP sieht ein Problem in der Regelung zum Familiennachzug (Begrenzung auf 1.000 Personen), geht bei der Vermittlung allerdings anders vor. Sie stellt die Schwierigkeiten in der Praxis anhand konkreter Beispiele dar und macht damit die komplexen Vorgänge auch für Laien verständlich:

Viele der Personen, die einen Familiennachzug beantragt haben, werden diesen nicht bewilligt bekommen, obwohl sie die gleichen Voraussetzungen erfüllen, wie andere Personen [...]. Die Wartezeit bis zu einer Zusammenführung der Familie stellt bereits jetzt für die Betroffenen eine große Härte dar. (FDP, GE AufenthG 2018: 2)

Im nächsten Teil verfahren beide Parteien ähnlich und präsentieren ihre Lösung knapp in wenigen Sätzen. Deutlich ausführlicher gehen sie jedoch in der Begründung auf das Aufenthaltsgesetz ein. So beginnt die AfD mit einer gefühlsbetonten Rückblende zur Erklärung ihres Änderungsvorschlags: „Die vorgeschlagene Änderung stellt den langjährig für gut befundenen Zustand wieder her, nämlich den Zustand vor der Gesetzesänderung [...]“ (AfD, GE AufenthG 2017: 4). Anschließend warnt sie ausdrücklich vor einem „deutschen Sonderweg“ (AfD, GE AufenthG 2017: 4) in Bezug auf den Familiennachzug. Mit diesem Ausdruck macht sich die Partei ein stark umstrittenes Konzept aus der Geschichtswissenschaft zunutze, demzufolge Deutschland einen von anderen Nationen abweichenden Weg der Demokratie ging, welcher schließlich zum Nationalsozialismus führte. Dadurch erhält der Ausdruck eine tendenziell negative Konnotation, durch die auf ähnlich drastische Folgen verwiesen werden soll. Zur Bestätigung der These zitiert die Partei zwischenzeitlich Absätze aus den europäischen Richtlinien zum Familiennachzug. Dieses Vorgehen stellt keine Besonderheit dar und kann durchaus als übliche Methode bezeichnet werden.

Eine weitere Auffälligkeit ist jedoch das sprachlich markierte Zweifeln an Fakten. Regelmäßig veröffentlicht das Auswärtige Amt zu allen Ländern der Welt Einschätzungen bezüglich der Sicherheitslage. Ohne explizit auf ein bestimmtes Herkunftsland einzugehen, schreibt die AfD:

[E]ine Argumentation beruhend auf Sicherheitsgesichtspunkten ist für die im Heimatgebiet zurückgelassenen Familien kaum glaubhaft in Anbetracht der Tatsache, dass die meist männlichen Migranten ihre Familien dort – in einem vermeintlich landesweiten Kriegsgebiet – auf unbestimmte Zeit zurückgelassen haben. (AfD, GE AufenthG 2017: 4)

Mit dem Adjektiv *vermeintlich* bestreitet die AfD ganz offen den Kriegszustand in den entsprechenden Ländern und äußert außerdem implizit mehrere Unterstellungen, die sie nicht begründet. Einerseits wird der Eindruck erweckt, dass alle männlichen Migranten ihre Familien dort aus freien Stücken zurückgelassen hätten, andererseits, dass die Menschen aus solchen Ländern nicht wegen des Krieges, sondern aus anderen Gründen nach Deutschland kämen.

Dass die Aufnahme von Flüchtlingen das Land vor große Herausforderungen stellt, wird bei beiden Parteien ausführlich thematisiert. Interessant ist jedoch die grundlegend unterschiedliche Vorgehensweise bei der Erklärung der entsprechenden Zusammenhänge. Die FDP nennt hierzu Beispielmeinungen, um das Problem aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten:

So betont der Deutsche Städte- und Gemeindebund, es fehle bereits jetzt an Kinderbetreuungs- und Schulplätzen sowie Wohnraum für die Geflüchteten. Zudem bestehe die Gefahr, dass ein weiterer Zuzug die Integrationsbereitschaft in der Gesellschaft negativ beeinflusse (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. Oktober 2017). (FDP, GE AufenthG 2018: 6)

Daneben werden viele Schätzungen zur Veranschaulichung präsentiert und mit einer Quelle (z.B. Auswärtiges Amt) sowie einer Angabe zum Zustandekommen dieser Zahlen versehen (vgl. FDP, GE AufenthG 2018: 6). Dies sorgt für Transparenz und Glaubwürdigkeit.

Im Entwurf der AfD werden dahingegen bewusst Ängste in Bezug auf die Migranten geschürt, die Lage wird dramatisiert:

Auch unter dem Aspekt des gesellschaftlichen inneren Friedens ist eine weitere Zulassung von – insbesondere kulturfremder – Zuwanderung kritisch zu sehen: sei es vor dem Hintergrund von archaischen tribalistischen Strukturen in den Heimatgesellschaften der Migranten, sei es in Anbetracht kulturfremder, z.T. hier gesetzeswidriger gesellschaftlicher Leitvorstellungen des Islam bis hin schließlich zur Terrorbedrohung. (AfD, GE AufenthG 2017: 5)

Die Dramatisierung entsteht durch eine populistische Verallgemeinerung, bei der die Migranten ohne Differenzierung in die Nähe von Barbaren und Terroristen gerückt werden. In der Folge werden außerdem wiederum nicht belegte Behauptungen aufgestellt. So führe das mangelnde Bildungsniveau der Migranten zu sozialen Spannungen und Gewaltdelikten, die eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellten. Außerdem spüre man in Deutschland bereits kritische Symptome von bestehenden Parallelgesellschaften (vgl. AfD, GE AufenthG 2017: 5). Mit dieser Aussage versucht die AfD offensichtlich, an die alltäglichen Lebenserfahrungen

einer spezifischen Personengruppe anzuknüpfen, die sich beispielsweise über die vermeintlich überdurchschnittlich große Zahl an Ausländern in den deutschen Innenstädten beschwert. Ressentiments werden im Text also mit Vorsatz bedient und als mahnende Rechtfertigungsgründe für die geplante Gesetzesänderung angeführt. Zuletzt wird die dramatisierende Methode der AfD selbst beim Verweis auf die eher juristisch relevanten Prüfungsmaßstäbe deutlich: „Prüfungsmaßstab ist deshalb allein das Grundgesetz und die EMRK, die in dieser Angelegenheit am vitalen nationalen Interesse an Bestand und Erhalt des deutschen Volkes und Staates auszulegen sind“ (AfD, GE AufenthG 2017: 5). Mit Metaphern vom Überleben von Volk und Staat wird einmal mehr auf die dringliche Lage und die Wichtigkeit des Entwurfs verwiesen.

Anhand dieser Einzelstudie konnten die beiden genannten Thesen nicht eindeutig belegt werden. Stattdessen agiert die AfD hier mit Bezug auf eines ihrer Lieblingsthemen sehr wohl populistisch und lässt sich auch von den formalen Vorgaben der Textsorte nicht beirren. Wie können also stattdessen verbindliche Muster mit Blick auf die fachliche Vermittlung bei der AfD beschrieben werden? Diese Grundfrage der Arbeit soll in der nachfolgenden Schlussbetrachtung unter Berücksichtigung aller Analyseergebnisse beantwortet werden.

7. Schlussbetrachtung

Wie geht die Alternative für Deutschland (AfD) bei der Vermittlung von Fachwissen vor? Mit dieser Ausgangsfrage beschäftigte sich die vorliegende Arbeit und knüpfte damit an linguistische und politikwissenschaftliche Forschungsbeiträge an, in denen der AfD in Bezug auf ihren Politikstil eine Sonderstellung innerhalb der deutschen Parteienlandschaft zugeschrieben wird. Eine solche Zuschreibung geschah bisher nahezu ausschließlich mittels sprachlicher und inhaltlicher Analysen der Lieblingsthemen der Partei wie etwa der Flüchtlingskrise, des Islam oder der Europolitik. So konnte SCHARLOTH der AfD mit Hilfe einer quantitativen Analyse das Etikett „populistische Partei“ verleihen. Durch die bewusste Konzentration auf Themen wie Gesundheit, Bildung oder Soziales wollte ich mich jedoch von der thematischen Eingrenzung lösen und untersuchen, inwieweit die Partei auch fernab der üblichen Themenfelder populistisches Potenzial besitzt.

Die linguistische Analyse konzentrierte sich auf Parteiprogramme und Gesetzesentwürfe der AfD im Vergleich mit den übrigen im aktuellen Deutschen Bundestag vertretenen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, LINKE, Bündnis 90/Die Grünen). Hierbei interessierte uns, mit welchen Methoden komplexes Fachwissen an (relative) Laien vermittelt wird. Als Referenzobjekt

dienten dabei standardisierte, wissenschaftliche Vermittlungsmethoden (vgl. Kapitel 3.3.2), die auch in der Politik zum Einsatz kommen. Auf mehreren sprachlichen Ebenen – besonders der lexikalisch-semantischen sowie der pragmatisch-konzeptuellen Ebene – sollten dabei insbesondere Abweichungen von diesen für uns als Norm gesetzten Methoden herausgearbeitet werden, um vom Inhalt unabhängige, sprachliche Muster der fachlichen Vermittlung bei der AfD beschreiben zu können.

Grundsätzlich sei darauf hingewiesen, dass Abweichungen von der Norm nicht zwangsläufig direkt auf populistische Strategien verweisen. So zeigen die Programme bei mehreren Parteien einen teilweise stark fachsprachlichen Stil; Fachwörter werden nicht immer laiengerecht erklärt. Wertungen auf Wortebene durch positiv oder negativ konnotierte Lexeme sind in der Politik nicht ungewöhnlich – eine offensichtliche Abwertung des politischen Gegners begegnete uns jedoch ausschließlich bei den Oppositionsparteien AfD und LINKE. Zwar orientiert sich die AfD stellenweise an konventionellen Vermittlungsmethoden wie zum Beispiel dem Anknüpfen an Wissensbestände der Menschen (Wichtigkeit von Familien, vgl. Kapitel 6.1.4). Doch insgesamt sind in allen Themenbereichen des AfD-Parteiprogramms lexikalisch-semantische und pragmatisch-konzeptuelle Muster auszumachen, die es rechtfertigen, von einer „populistischen Vermittlung“ zu sprechen:

Mehrfach distanziert sich die AfD durch *sogenannt* in Kombination mit einem Ausdruck in Anführungszeichen (z.B. *sogenannte „Dekarbonisierung“*, vgl. Kapitel 6.1.1) von Sprache und Konzept des politischen Gegners. Ein ähnliches Vorgehen taucht auch bei FDP und LINKE auf, jedoch deutlich seltener. Regelmäßig werden komplexe Sachverhalte bei der AfD vereinfacht – allerdings nicht zum Zwecke einer Wissensvermittlung. Die Komplexitätsreduktion dient eigenen Interessen, nämlich einer populistisch motivierten Negation der Faktenlage (Bestreiten des Klimawandels, 6.1.1), dem Präsentieren von vermeintlich einfachen Lösungen oder der Verallgemeinerung ohne belegende Quellennachweise (etwa mit dem Adverb *oft*, vgl. Kapitel 6.1.2). Wie ein roter Faden zieht sich darüber hinaus eine Besonderheit durch das AfD-Parteiprogramm, die wir bei keiner anderen Partei finden: Fachlichkeit wird instrumentalisiert, um auf Themen wie Migration oder Europolitik zu lenken. Dies zeigt sich beispielsweise bei der fachfremden Referenz auf die Beschulung von Asylbewerbern (vgl. Kapitel 6.1.2), bei der angeblichen Bedrohung des Gesundheitssystems durch die Zinspolitik der EZB (vgl. Kapitel 6.1.3) oder bei den hohen Geldbeträgen, die nicht der Sozialpolitik, sondern den Migranten zugutekämen (vgl. Kapitel 6.1.4).

Obwohl auch die anderen Parteien nicht immer üblichen Vermittlungsmethoden folgen und gelegentlich populistische Tendenzen vermuten lassen (LINKE), so sticht die AfD dennoch eindeutig heraus. Populistische Strategien innerhalb der fachlichen Vermittlung begegnen uns im Parteiprogramm in einer solchen Vielzahl, dass ich von einer bewussten Verwendung ausgehe. Abweichende Methoden erlangen bei der AfD außerdem eine eigene Qualität, indem Fachlichkeit vollkommen zweckentfremdet wird. Der Vermittlungsprozess wird damit gleichsam ein Mittel zum Zweck, um auf die „eigentlich“ wichtigen Themen lenken zu können.

Die Ergebnisse bei der Analyse von Gesetzesentwürfen unterscheiden sich hingegen – auch aufgrund des in Kapitel 5 dargestellten Textsortenmusters – erheblich. Die AfD vermittelt dort häufig konventionell, teilweise sogar normgerechter als die politische Konkurrenz. Außerdem werden unterschiedliche Quellen und Expertenmeinungen herangezogen. Parteiübergreifend konnte ein generelles, pragmatisch-konzeptuelles Muster festgestellt werden: Ein klassischer Wissenstransfer für Laien findet nur an den Kernstellen statt und auch nur dann, wenn das Thema für den einfachen Bürger tatsächlich von Belang ist. Sobald es um komplizierte, teilweise fachinterne Vorgänge geht, wird nahezu fließend in einen fachsprachlichen Stil gewechselt.

Mit Ausnahme eines kurzen Verweises auf die Migrationspolitik („Flüchtlings-Soli“, vgl. Kapitel 6.2.1), einer semantischen Abgrenzung sowie einer impliziten populistischen Unterstellung (Zensur sowie „von oben“ gelenkte Medien, vgl. Kapitel 6.2.3) finden sich bei der AfD kaum Abweichungen von der Norm, geschweige denn populistische Strategien. Deshalb sollte ein kurzer Exkurs mit einem Extrembeispiel (Aufenthaltsgesetz) überprüfen, ob entweder die stark musterhafte Form der Textsorte keine Abweichungen zulässt oder ob die AfD in den Gesetzesentwürfen womöglich gar nicht populistisch agiert. In diesem Textbeispiel stellt sie jedoch durchweg populistische Behauptungen auf, erinnert mit gefühlsbetonten Rückblenden an eine bessere Zeit (heartland) und nutzt den Vermittlungsprozess zum Schüren von Ängsten und zum Bedienen von Vorurteilen in Bezug auf Flüchtlinge und den Islam (vgl. Kapitel 6.2.4). Die AfD weicht in den Gesetzesentwürfen also offensichtlich nur dort von den üblichen Methoden ab, wo es um „ihre“ Themen geht.

Zusammengefasst lässt sich die Ausgangsfrage wie folgt beantworten: Die AfD nimmt bei der Vermittlung von Fachwissen insofern eine Sonderstellung innerhalb der deutschen Parteienlandschaft ein, als sie regelmäßig, mit System und in einer besonderen Qualität von gängigen Methoden abweicht und stattdessen „populistische“ Vermittlungsstrategien auf lexikalisch-semanticischer und pragmatisch-konzeptueller Ebene wählt. Das zeigt sich in einem spezifi-

schen Themenspektrum bei den Gesetzesentwürfen, themenübergreifend und damit musterhaft im Parteiprogramm. Die Unterschiede in der Analyse der beiden Textsorten erkläre ich mit der nachfolgenden These:

Das Konzept ›Populismus‹ zielt darauf ab, Menschen durch bestimmte (auch dramatisierende) Methoden von den eigenen Ideen zu überzeugen und die Gunst der Masse für sich zu gewinnen (vgl. dazu Kapitel 2). In meinen Augen agiert die AfD bei der Vermittlung von Fachwissen explizit dort populistisch, wo sie sich an ein breites, volksnahes Publikum richtet. Dieses Kriterium ist beim Parteiprogramm gegeben, da dieses vor der Bundestagswahl veröffentlicht wurde und folglich potenzielle Wähler überzeugen werden sollten. In den Gesetzesentwürfen begegnet uns die AfD hingegen als Partei, die durchaus versucht, sich in die üblichen parlamentarischen Prozesse einzugliedern. Sie hat erkannt, dass sie sich mit Themen wie Solidaritätszuschlag oder Kindergeld zwar nicht zwingend an ein fachliches, dennoch aber vor allem politikinternes Publikum richtet, welches nicht von den Einstellungen der Partei überzeugt werden muss. Nur bei ihren Lieblingsthemen bleibt die AfD ihrer populistischen Grundausrichtung treu und grenzt sich absichtlich von etablierten Parteien ab.

Aus dieser These ergeben sich mehrere Forschungsdesiderata. So müsste eine quantitative Analyse sämtliche Gesetzesentwürfe der AfD in den Blick nehmen, was aufgrund der geringen Anzahl der bisherigen Entwürfe allerdings erst am Ende der aktuellen Wahlperiode sinnvoll sein dürfte. Des Weiteren wären die sozialen Netzwerke wie Facebook oder Twitter ein vielversprechender Ansatzpunkt für quantitative und qualitative Studien. Denn in diesen bei Populisten überaus beliebten Medien ist der Bezug zu den Menschen so unmittelbar wie nirgendwo sonst. Stimmt meine These, so dürfte die Vermittlung von Fachwissen dort besonders populistisch geprägt sein und somit aufschlussreiche neue Erkenntnisse für die Forschung liefern.

8. Literaturverzeichnis

8.1 Primärquellen

8.1.1 Parteiprogramme zur Bundestagswahl 2017

AFD (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Beschlossen auf dem Bundesparteitag in Köln am 22./23. April 2017. Online unter: www.afd.de/wahlprogramm [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2017): Zukunft wird aus Mut gemacht. Bundestagswahlprogramm 2017. Online unter: <https://www.gruene.de/ueber-uns/2017/gruenes-wahlprogramm-zur-bundestagswahl-2017-zukunft-wird-aus-mut-gemacht.html> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

CDU/CSU (2017): Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben. Regierungsprogramm 2017–2021. Online unter: <https://www.cdu.de/regierungsprogramm> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

DIE LINKE (2017): Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. Die Zukunft, für die wir kämpfen! Langfassung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017. Online unter: <https://archiv-wahlen.die-linke.de/bundestagswahl-2017/wahlprogramm/> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

FDP (2017): Denken wir neu. Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2017: „Schauen wir nicht länger zu.“ Online unter: <https://www.fdp.de/programm/denken-wir-neu> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

SPD (2017): Zeit für mehr Gerechtigkeit. Unser Regierungsprogramm für Deutschland. Online unter: https://www.bundestagswahl-bw.de/wahlprogramm_spd_btwahl2017.html [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

8.1.2 Gesetzesentwürfe der 19. Wahlperiode

AFD (2017a): Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes. Drucksache 19/81. 20.11.2017. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

AFD (2017b): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes. Drucksache 19/182. 06.12.2017. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

AFD (2018): Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995. Drucksache 19/1157. 12.03.2018. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

- AFD (2019): Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung kindergeldrechtlicher Regelungen. Drucksache 19/6984. 14.01.2019. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].
- BUNDESREGIERUNG (2018): Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Entlastung der Familien sowie zur Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen. Drucksache 19/4723. 04.10.2018. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].
- DIE LINKE (2017): Entwurf eines Gesetzes zur Teilaufhebung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes. Drucksache 19/218. 11.12.2017. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].
- FDP (2018a): Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Solidaritätszuschlagsgesetzes 1995. Drucksache 19/1038. 01.03.2018. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].
- FDP (2018b): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes. Drucksache 19/2523. 05.06.2018. Online unter: <http://pdok.bundestag.de/index.php?start=drs> [zuletzt abgerufen am 04.02.2019].

8.2 Sekundärliteratur

- ADORNO, Theodor (⁸1977): Jargon der Eigentlichkeit. Zur deutschen Ideologie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- ANTOS, Gerd (2008): „Verständlichkeit“ als Bürgerrecht? Positionen, Alternativen und das Modell der „barrierefreien Kommunikation“. In: Eichhoff-Cyrus, Karin M./Antos, Gerd (Hg.): Verständlichkeit als Bürgerrecht? Die Rechts- und Verwaltungssprache in der öffentlichen Diskussion. Mannheim: Dudenverlag (=Thema Deutsch, Bd. 9), S. 9–20.
- BECKER, Andrea (2001): Populärmedizinische Vermittlungstexte. Studien zur Geschichte und Gegenwart fachexterner Vermittlungsvarietäten. Tübingen: Niemeyer (=Reihe Germanistische Linguistik, Bd. 225).
- BECKER, Andrea/HUNDT, Markus (1998): Die Fachsprache in der einzelsprachlichen Differenzierung. In: Hoffmann, Lothar/Kalverkämper, Hartwig/Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft, Bd 1. Berlin/New York: de Gruyter (=Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 14.1), S. 118–133.
- BURGER, Harald/LUGINBÜHL, Martin (⁴2014): Mediensprache. Eine Einführung in Sprache und Kommunikationsformen der Massenmedien. Berlin/Boston: de Gruyter.
- BUSCH, Albert (2005): Sprachschichten: Demokratischer Wortschatz zwischen Experten und Laien. In: Kilian, Jörg (Hg.): Sprache und Politik. Deutsch im demokratischen Staat, Mannheim u.a.: Dudenverlag (=Thema Deutsch, Bd. 6), S. 141–160.

- DUDEN (¹⁰2010): Der Duden in zwölf Bänden, Bd. 5: Das Fremdwörterbuch. Mannheim/Zürich: Dudenverlag.
- DUDEN (⁴2010): Der Duden in zwölf Bänden, Bd. 10: Das Bedeutungswörterbuch. Mannheim u.a.: Dudenverlag.
- DUDEN (²⁶2013): Der Duden in zwölf Bänden, Bd. 1: Die deutsche Rechtschreibung. Berlin: Dudenverlag.
- FELDER, Ekkehard (2002): Sprachanalyse von Bundestagswahlprogrammen. In: Deutschunterricht, Heft 5/02, S. 28–36.
- FELDER, Ekkehard (2006): Semantische Kämpfe in Wissensdomänen. Eine Einführung in Benennungs-, Bedeutungs- und Sachverhaltsfixierungs-Konkurrenzen. In: Ders. (Hg.): Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften. Berlin/New York: de Gruyter, S. 13–46.
- FELDER, Ekkehard (2009): Sprachliche Formationen des Wissens. Sachverhaltskonstitution zwischen Fachwelten, Textwelten und Varietäten. In: Felder, Ekkehard/Müller, Marcus (Hg.): Wissen durch Sprache. Theorie, Praxis und Erkenntnisinteresse des Forschungsnetzwerkes ‚Sprache und Wissen‘. Berlin/New York: de Gruyter (=Sprache und Wissen, Bd. 3), S. 21–77.
- FELDER, Ekkehard (2015): Wes Geistes Kind oder Von der Sprache der Eigentlichkeit zur sprachgebundenen Authentizität. In: Brinker-von der Heyde, Claudia/Kalwa, Nina/Klug, Nina-Maria/Reszke, Paul (Hg.): Eigentlichkeit. Zum Verhältnis von Sprache, Sprechern und Welt. Berlin u.a.: de Gruyter, S. 221–241.
- FELDER, Ekkehard (2016): Einführung in die Varietätenlinguistik, Darmstadt: WBG (=Germanistik kompakt).
- FELDER, Ekkehard (2017): Anmaßung in der politischen Sprache – nicht nur ein Merkmal sogenannter Populisten. In: IDS Sprachreport, Heft 2/17, S. 44–49.
- FELDER, Ekkehard (2018): Populistischer Aschermittwoch: Populismus zeichnet sich weniger durch Inhalte als durch eine Redehaltung aus. In: SciLogs. Tagebücher der Wissenschaft. Online unter: <https://scilogs.spektrum.de/semantische-wettkaempfe/populistischer-aschermittwoch-populismus-zeichnet-sich-weniger-durch-inhalte-als-durch-eine-redehaltung-aus/> [zuletzt abgerufen am 30.01.2019].
- FELDER, Ekkehard/GARDT, Andreas (2015): Sprache – Erkenntnis – Handeln. In: Dies. (Hg.): Handbuch Sprache und Wissen. Berlin/Boston: de Gruyter (=Handbücher Sprachwissen, Bd. 1), S. 3–33.
- FRAAS, CLAUDIA (1998): Lexikalisch-semantische Eigenschaften von Fachsprachen. In: Hoffmann, Lothar / Kalverkämper, Hartwig / Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft, Bd 1. Berlin/New York: de Gruyter (=Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 14.1), S. 428–438.

- GIRNTH, Heiko (2015): Sprache und Sprachverwendung in der Politik. Eine Einführung in die linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation. Tübingen: Niemeyer (=Germanistische Arbeitshefte).
- HARTLEB, Florian (2014): Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie. Baden-Baden: Nomos (=International Studies on Populism, Bd. 1).
- HÄUSLER, Alexander (2018): Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus. In: Ders. (Hg.): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD. Hamburg: VSA, S. 9–19.
- HELFRICH, Hede (²2019): Kulturvergleichende Psychologie. Berlin/Heidelberg: Springer (=Basiswissen Psychologie).
- HERMANN, Fritz (1994): Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter. Zu Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen „politischen Semantik“. Heidelberg/Mannheim (=Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245 „Sprache und Situation“, Bericht Nr. 81).
- HOFFMANN, Lothar (²1985): Kommunikationsmittel Fachsprache. Eine Einführung. Tübingen: Narr (=Forum für Fachsprachenforschung, Bd. 1).
- KLEIN, Josef (1999): Die politische Fachsprache als Institutionensprache. In: Steger, Hugo/Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft, Bd. 2. Berlin/New York: de Gruyter (=Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 14.2), S. 1371–1381.
- KLEIN, Josef (2017): Um Begriffe kämpfen. In: Niehr, Thomas/Kilian, Jörg/Wengeler, Martin (Hg.): Handbuch Sprache und Politik, Bd. 2. Bremen: Hempen, S. 773–793.
- KÖLLER, Wilhelm (2004): Perspektivität und Sprache. Zur Struktur von Objektivierungsformen in Bildern, im Denken und in der Sprache. Berlin u.a.: de Gruyter.
- KÖNNEKER, Carsten (2012): Wissenschaft kommunizieren. Ein Handbuch mit vielen praktischen Beispielen. Weinheim: Wiley-VCH.
- LEWANDOWSKY, Marcel (2014): Populismus in sozialen Netzwerken. Die Beispiele AfD und pro Deutschland. In: Januschek, Franz/Reisigl, Martin (Hg.): Populismus in der digitalen Mediendemokratie. Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr (=Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, Bd. 86), S. 19–47.
- LIEBERT, Wolf-Andreas (2002): Wissenstransformationen. Handlungssemantische Analysen von Wissenschafts- und Vermittlungstexten. Berlin/New York: de Gruyter (=Studia Linguistica Germanica, Bd. 63).
- LÖFFLER, Heinrich (⁴2010): Germanistische Soziolinguistik. Berlin: Erich Schmidt Verlag (=Grundlagen der Germanistik, Bd. 28).

- MUDE, Cas/ROVIRA KALTWASSER, Cristóbal (2017): *Populism. A Very Short Introduction*. Oxford/New York: Oxford University Press.
- MÜLLER, Jan-Werner (⁵2017): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- NIEDERHAUSER, Jürg (1999): *Wissenschaftssprache und populärwissenschaftliche Vermittlung*. Tübingen: Narr (=Forum für Fachsprachen-Forschung, Bd. 53).
- NIEHR, Thomas (2014): *Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- OLSCHANSKI, Reinhard (2017): *Der Wille zum Feind. Über populistische Rhetorik*. Paderborn: Wilhelm Fink.
- OTTO, Hans-Joachim (2008): *Verständliche Gesetze. Möglichkeiten und Grenzen des Parlaments*. In: Eichhoff-Cyrus, Karin M./Antos, Gerd (Hg.): *Verständlichkeit als Bürgerrecht? Die Rechts- und Verwaltungssprache in der öffentlichen Diskussion*. Mannheim: Dudenverlag (=Thema Deutsch, Bd. 9), S. 196–201.
- PIKE, Kenneth Lee (²1967): *Language in relation to a unified theory of structure of human behavior*. Den Haag/Paris: de Gruyter Mouton (=Janua Linguarum Series Maior, Bd. 24).
- PRIESTER, Karin (2012): *Wesensmerkmale des Populismus*. In: APuZ, Heft 5–6/12. Online unter: <http://www.bpb.de/apuz/75848/wesensmerkmale-des-populismus> [zuletzt abgerufen am 30.01.2019], S. 1–8.
- PRIESTER, Karin (²2017): *Populismus in den Medien. Realität und Stigmawort*. In: Hillebrand, Ernst (Hg.): *Rechtspopulismus in Europa. Gefahr für die Demokratie?* Bonn: Dietz, S. 140–147.
- RAU, Johannes (1999): *Sprache und Politik*. In: *Der Sprachdienst*, Heft 2/99, S. 49–54.
- REISIGL, Martin (2014): *Österreichischer Rechtspopulismus im Zeitalter von Mediendemokratie und medialer Erlebnisgesellschaft*. In: Januschek, Franz/Reisigl, Martin (Hg.): *Populismus in der digitalen Mediendemokratie*. Duisburg: Universitätsverlag Rhein-Ruhr (=Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie, Bd. 86), S. 71–101.
- ROELCKE, Thorsten (³2010): *Fachsprachen*. Berlin: Erich Schmidt Verlag (=Grundlagen der Germanistik, Bd. 37).
- SCHAAL, Gary S./FLEUB, Dannica/DUMM, Sebastian (2017): *Die Wahrheit über Postfaktizität*. In: APuZ, Heft 44–45/17, S. 31–39.
- SCHARLOTH, Joachim (2017): *Ist die AfD eine populistische Partei? Eine Analyse am Beispiel des Landesverbandes Rheinland-Pfalz*. In: *Aptum*, Heft 1/17, S. 1–16.
- SCHWARZ-FRIESEL, Monika (2007): *Sprache und Emotion*. Tübingen: Francke.

- SCHWITALLA, Johannes (1976): Was sind Gebrauchstexte? In: Deutsche Sprache. Zeitschrift für Theorie, Praxis und Dokumentation, Heft 1/76, S. 20–40.
- SIMMLER, Franz (1998): Fachsprachliche Phänomene in den öffentlichen Texten von Politikern. In: Hoffmann, Lothar/Kalverkämper, Hartwig/Wiegand, Herbert Ernst (Hg.): Fachsprachen. Ein internationales Handbuch zur Fachsprachenforschung und Terminologiewissenschaft, Bd. 1. Berlin/New York: de Gruyter (=Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 14.1), S. 736–756.
- SORENSEN, Lone (2017): Populism in communication perspective: Concepts, issues, evidence. In: Heinisch, Reinhard C./Holtz-Bacha, Christina/Mazzoleni, Oscar (Hg.): Political Populism. A Handbook. Baden-Baden: Nomos, S. 137–151.
- STEGER, Hugo (1988): Erscheinungsformen der deutschen Sprache. „Alltagssprache“ – „Fachsprache“ – „Standardsprache“ – „Dialekt“ und andere Gliederungstermini. In: Deutsche Sprache. Zeitschrift für Theorie, Praxis und Dokumentation, Heft 4/88, S. 289–319.
- STUKENBROCK, Anja (2013): Sprachliche Interaktion. In: Auer, Peter (Hg.): Sprachwissenschaft. Grammatik – Interaktion – Kognition. Stuttgart/Weimar: Metzler, S. 217–260.
- SZACKY, Jerzy (2005): Populismus und Demokratie. Versuch einer Begriffsklärung. In: Von Thadden, Rudolf/Hofmann, Anna (Hg.): Populismus in Europa – Krise der Demokratie. Göttingen: Wallstein Verlag, S. 19–23.
- TAGGART, Paul (2003): The Populist Turn in the Politics of the New Europe. Paper prepared for presentation at the 8th Biannual International Conference of the European Union Studies Association conference. Nashville: University of Sussex. S. 1–20.
- WICHTER, Sigurd (1994): Experten- und Laienwortschätze. Umriß einer Lexikologie der Vertikalität. Tübingen: Niemeyer (=Reihe Germanistische Linguistik, Bd. 144).
- WODAK, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Hamburg/Wien: Edition Konturen.

9. Anhang

Die Textauszüge sind nach ihrem Vorkommen im Fließtext geordnet. Die Quellenangaben folgen dem Schema: „Seitenzahl der Arbeit, Name der Partei (Seitenzahl im Originaldokument)“, zum Beispiel S. 1, AfD (34). Lexikalisch-semantiche Beispiele werden vom Verfasser unterstrichen.

9.1 Auszüge der Parteiprogramme

9.1.1 Umweltschutz / Klimawandel

S. 42, SPD (61)

Umweltgerechtigkeit ist das Ziel unserer Politik. Denn eine zerstörte Umwelt gefährdet die Gesundheit und vertieft soziale Ungleichheit bei uns und weltweit. Wir wollen

S. 42, CDU (67)

Der Schutz von Umwelt und Klima ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen das ökologische Gleichgewicht unseres Planeten erhalten und allen Menschen in Deutschland ein Leben in einer gesunden und intakten Umwelt ermöglichen.

Die Bewahrung der Schöpfung ist seit jeher ein Kernanliegen von CDU und CSU.

S. 42, AfD (65)

13.1 Klimawandel

Das Spurengas Kohlenstoffdioxid (CO₂) ist kein Schadstoff, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für alles Leben.

Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänderungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissenschaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmodellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima korrekt beschreiben können. Schon vor der Industrialisierung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch die zugehörige CO₂-Konzentration der Luft erklären lassen.

S. 44, GRÜNE (33)

Schon heute nehmen weltweit extreme Wetterereignisse wie Stürme, Hitze und Dürren stark zu. Der Meeresspiegel steigt an, Gletscher schmelzen ab und an vielen Orten werden Wassermangel und Trockenheit immer dramatischer. Das Meereis in der Arktis und Antarktis schwindet rasant, die Permafrostböden von Kanada bis Sibirien tauen immer schneller auf. Wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, könnten bis 2050 nach Zahlen des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen bis zu 250 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimat zu verlassen. Auch hierzulande spüren wir schon Veränderungen wie häufigen Hagel, Starkregen, Stürme und eine sich verändernde Tier- und Pflanzenwelt. Das Umweltbundesamt warnt vor extremer Trockenheit und Hitze, vor Überflutungen an Flüssen und den Küsten. Zudem ist auch unsere Gesundheit bedroht – durch Hitze, Infektionserreger, Allergien.

S. 44, AfD (65)

Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat Deutschland sich verpflichtet, für die sogenannte „Dekarbonisierung“ weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen.

S. 45, AfD (65)

Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kündigen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede Unterstützung entziehen.

S. 45, UNION (68)

- Auf dem G7-Gipfel in Elmau wurde vor zwei Jahren die Dekarbonisierung der weltweiten Energieerzeugung bis zum Ende dieses Jahrhunderts beschlossen. Langfristig muss ein großer Teil der fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas durch umweltfreundliche Energien ersetzt werden.

S. 46, GRÜNE (35)

Ohne einen zügigen Kohleausstieg sind all diese Mühen umsonst. Mindestens 80 Prozent aller fossilen Brennstoffe müssen im Boden bleiben, wenn „Klimaschutz“ mehr als eine Worthülse sein soll.

S. 46, SPD (61)

Die Vereinten Nationen haben sich 2015 auf dem Klimagipfel in Paris auf eine treibhausgasneutrale Weltwirtschaft verständigt. Es dürfen also nur noch so viele Treibhausgase entstehen, wie von der Natur im gleichen Zeitraum wieder aufgenommen werden.

9.1.2 Bildung

S. 46, AfD (43)

Die sogenannte „neue Lernkultur“, die den klassengeführten Unterricht durch selbstgesteuertes, kompetenzorientiertes Lernen ersetzt, hat zu massivem Leistungsabbau bei den Schülern geführt.

S. 47, AfD (45)

Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen anpasst. Integration heißt, dass die Muslime sich Deutschland anpassen.

S. 47, FDP (31)

Dabei ist Bildung der wichtigste Grundstein zur Integration. Deshalb fordern wir ein sofortiges Teilnahmerecht am Unterricht in ganz Deutschland, auch wenn die Aufenthaltsdauer unklar oder nur kurz ist.

S. 47, FDP (27)

Weltbeste Lehrer für weltbeste Bildung

Weltbeste Bildung für jeden funktioniert nur mit den weltbesten Lehrerinnen und Lehrern.

S. 47, FDP (21)

Weltbeste Bildung für jeden ist ein „Mondfahrtprojekt“. So wie John F. Kennedy sein Land mit einer gewaltigen Kraftanstrengung auf den Mond führte, wollen wir Deutschland an die Spitze der Bildungsnationen dieser Welt zurückführen.

S. 47, AfD (43)

Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenzorientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fachwissens als zentrales Anliegen der Schule.

S. 48, AfD (43)

In fast allen Bundesländern haben sich nach der Aufregung um „PISA“ Bildungspolitiker und Schulaufsicht zu Handlangern der Testindustrie machen lassen. Eine Reform jagt die andere mit kontinuierlicher Absenkung des Niveaus.

Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konzernen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen auf unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ab.

S. 48, AfD (43)

Wir bekennen uns zur umfassenden Bildung, die zur Entfaltung der Persönlichkeit sowie zur Wahrnehmung der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist. Die Politik der etablierten Parteien, die eine nivellierende Einheitsschule anstrebt und dabei Qualitätsverlust in Kauf nimmt, bedroht die Zukunftschancen junger Menschen und somit auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.

S. 48, GRÜNE (147)

Alle, die hier leben, sollen sich verwirklichen und selbstbestimmt leben können. Wenn das Kind aus einer Arbeiterfamilie später Unternehmer*in wird und gute Arbeitsplätze schafft, wenn der alleinerziehende Krankenpfleger es sich leisten kann, Pflegemanagement zu studieren, wenn die seit Längerem arbeitslose Lageristin nach einer Weiterbildung einen neuen Job findet, wenn der schwerhörige Junge zusammen mit den Nachbarskindern in der Schule um die Ecke lernt und seinen Traum einer Ausbildung als Altenpfleger erfüllen kann und die aus Syrien nach Deutschland geflüchtete Frau Medizin studiert, dann haben wir viel erreicht. Dann sind wir unserem Ziel, allen Menschen in Deutschland eine Chance auf ein gutes Leben zu ermöglichen, ein gutes Stück näher gekommen.

S. 49, AfD (45)

An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische Übernahme ideologischer Vorgaben.

S. 49, LINKE (53)

Eine Studie des DGB hat gezeigt: Es gibt nicht zu wenig qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber, wie die Arbeitgeber behaupten. Rund 283 000 Jugendliche, die einen Ausbildungsplatz suchen, gehen leer aus.

S. 49, FDP (21)

Wir Freie Demokraten wollen die Ausgaben für Bildung so erhöhen, dass – gemessen am Staatshaushalt – Deutschland zu den führenden fünf Ländern der 35 Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zählt.

S. 50, AfD (44)

Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsolventen den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlreiche Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend qualifizierten Bewerbern nicht besetzt werden, ein Viertel der Lehrlinge bricht die Ausbildung ab.

S. 50, AfD (44)

Ziel der Beschulung schulpflichtiger Asylbewerber muss es sein, diese auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Herkunftsland vorzubereiten und die Zeit bis zur Rückkehr sinnvoll zu überbrücken. Einheimische Schüler dürfen nicht in ihrem Lernfortschritt behindert werden.

9.1.3 Gesundheitswesen

S. 51, LINKE (31)

Das System der Fallpauschalen (DRGs) zwingt Krankenhäuser dazu, mit dem wenigsten Personal in der kürzesten Zeit die meisten und schwersten »Fälle« zu behandeln, um nicht in die roten Zahlen zu geraten. Gleichzeitig machen private Krankenhauskonzerne Gewinne auf Kosten der Beschäftigten. Für Patientinnen und Patienten bedeuten Fallpauschalen oft zu frühe Entlassung und Wiedereinweisung (»Drehtüreffekt«).

S. 51, AfD (63)

Ein »Aussterben« des Berufsstandes in naher Zukunft ist absehbar.

S. 51, AfD (62)

Unter dem Begriff der »alternativen« Behandlungen werden die unterschiedlichsten Behandlungsmethoden zusammengefasst. Diese können bei Einhaltung von zu definierenden Qualitätsstandards eine sinnvolle Ergänzung zur herkömmlichen Medizin darstellen.

S. 51, AfD (60)

Eine Hauptursache ist, dass die Personalkosten im »DRG-Fallpauschalensystem« der Krankenhäuser unzulänglich abgebildet sind.

S. 52, FDP (86)

Einer als „Bürgerversicherung“ getarnten staatlichen Zwangskasse erteilen wir eine klare Absage.

S. 52, SPD (40)

Wir wollen alle Bürgerinnen und Bürger auf die gleiche Weise versichern. Ziel ist die **paritätische Bürgerversicherung**. Paritätisch bedeutet: Arbeitgeber und Versicherte werden wieder den gleichen Anteil am gesamten Versicherungsbeitrag zahlen.

S. 52, FDP (89)

Darüber hinaus fordern wir die integrative Ausbildung der Pflegekräfte. Integrative Ausbildung bedeutet ein gemeinsames erstes Ausbildungsjahr und spezialisierte Folgejahre.

S. 52, LINKE (29)

Wir wollen das Gesundheitswesen von Barrieren befreien: Hindernisse beim Zugang zu Arztpraxen und Krankenhäusern müssen beseitigt, Untersuchungstechniken und Behandlungsmethoden den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen angepasst werden. Wir wollen auch die Kommunikation den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen anpassen: Leichte Sprache und verständliche Patienteninformationen müssen selbstverständlich werden.

S. 53, AfD (63)

Die persönliche und individuelle Betreuung schwangerer Frauen durch eine Hebamme des Vertrauens ist für viele Frauen eine große Erleichterung und Hilfe nicht nur während der Geburt, sondern auch in der Geburtsvorbereitung und der Nachsorge für Mutter und Kind.

Wir möchten deshalb zu einer finanziellen Entlastung des Berufsstandes der freiberuflichen Hebammen beitragen, die z. B. durch eine Quersubventionierung bei Haftpflichtversicherungen erfolgen könnte.

S. 53, SPD (41)

Hebammen leisten einen unverzichtbaren Beitrag als Begleiterinnen beim Start ins Leben – vor, während und nach der Geburt. Wir müssen den Beruf attraktiver machen und die Arbeitsbedingungen verbessern. Der Wert ihrer Arbeit muss sich auch in der Bezahlung widerspiegeln.

S. 54, LINKE (30)

Nach vielen Studien steigt das Sterberisiko mit steigender Arbeitsbelastung: Wenn eine Pflegekraft einen Patienten oder eine Patientin mehr zu versorgen hat, steigt das Risiko um bis zu neun Prozent. Ein großer Anteil der Infektionen durch Keime im Krankenhaus kann auf den Personalmangel zurückgeführt werden. Krankenhausinfektionen haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen und führen jährlich zu bis zu 15 000 vermeidbaren Todesfällen.

S. 54, AFD (61)

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Bei Ärzten, Therapeuten oder Pflegekräften, die sprachliche Defizite aufweisen, kann keine Vertrauensbasis entstehen. Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals sprachliche Defizite aufweist, kann somit keine Lösung zur Behebung des Personalmangels im Gesundheitswesen sein.

S. 55, FDP (91)

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Schätzungen zufolge konsumieren rund vier Millionen Menschen in Deutschland Cannabis. Damit werden unzählige Menschen kriminalisiert und immense Ressourcen bei der Polizei gebunden, die etwa bei der Verfolgung von Einbrüchen besser eingesetzt wären. Das Verbot von Cannabis erleichtert durch den illegalen Kontakt zu Dealern erst recht den Einstieg zu härteren Drogen.

S. 55, AfD (63)

Eine weitere Freigabe von Drogen bzw. suchtgefährdenden Substanzen ist nicht nur in der Folge kostenintensiv, sondern auch medizinisch schädlich. Ersatzpräparate wie THC stehen für Cannabis bereits jetzt zur Verfügung. Es ist zu befürchten, dass durch eine Freigabe von Cannabis der Drogenmissbrauch und die damit verbundenen gesellschaftlichen Probleme zunehmen.

Die AfD lehnt deshalb die Freigabe von Cannabis ab.

S. 55, FDP (85)

Das Recht auf selbstbestimmte Entscheidungen hat nicht nur für die Sonnenseiten des Lebens zu gelten. In Notfällen oder Krankheit ist die Möglichkeit, frei zu entscheiden, besonders wichtig.

S. 56, LINKE (29)

Soziale Ungerechtigkeit macht krank. Als Folge eines starken Konkurrenzdrucks nehmen nicht nur psychische Erkrankungen zu. Generell gilt: Wer arm ist, ist häufiger krank und stirbt früher.

S. 56, AfD (60)

Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wird durch allgemeine politische Fehlentwicklungen bedroht: Die von den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber laufen aus dem Ruder und durch die verfehlte Zinspolitik der europäischen Zentralbank können die kapitalgedeckten privaten Krankenversicherungen keine ausreichenden Rücklagen mehr bilden.

9.1.4 Sozialpolitik

S. 57, AfD (56)

Die Kinder von heute sind die potenziellen Beitragszahler von morgen. Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei.

S. 57, SPD (50)

Für die Zukunft führen wir einen **Familientarif mit Kinderbonus** ein. Von dem Kinderbonus des Familientarifs profitieren verheiratete und unverheiratete Eltern mit Kindern, wie auch Alleinerziehende. Jedes Elternteil soll künftig 150 Euro pro Kind von seiner Steuerlast abziehen können. Ein Paar mit drei Kindern kann allein mit dem Kinderbonus 900 Euro im Jahr sparen.

S. 57, GRÜNE (199)

Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen wollen. Dazu fördern wir eine echte Alterszeit durch eine attraktive Teilrente ab 60 Jahren, die insbesondere Arbeitnehmer*innen in belastenden Berufen zugutekommt. Für Menschen, die länger arbeiten wollen, soll sich das lohnen.

S. 57, LINKE (22)

Ein Rentenniveau von 53 Prozent kostet Beschäftigte und Arbeitgeber bei einem durchschnittlichen Verdienst von 3.092 Euro nur je 32 Euro mehr im Monat. Die vier Prozent Beitrag von 110 Euro (nach Zulagen) für eine Riesterreente könnten dafür entfallen. Durchschnittsverdienende hätten also 78 Euro mehr in der Tasche.

S. 58, LINKE (21)

Unser Nachbarland Österreich zeigt: Ein gesetzliches Rentensystem kann vor Armut schützen und zugleich finanzierbar sein.

Doch das bisherige Modell zeigt: Eine umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung ist finanzierbar, sie sichert den Lebensstandard und sie schützt vor Altersarmut.

S. 58, LINKE (24)

■ **Sperrzeiten und Sanktionen** im SGB II und SGB III werden ausnahmslos **abgeschafft**. Zuvor erarbeitete Ansprüche dürfen nicht verworfen werden.

S. 58, AFD (58)

Der Selbstbehalt bei der Berechnung von Arbeitslosengeld II ist sanktionsfrei zu erhöhen.

S. 58, AfD (57)

Die AfD tritt dafür ein, dass Leistungen aus Mitteln der staatlichen Rentenversicherung, die sich nicht über Maßstäbe sozialer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der gesamten Solidargemeinschaft rechtfertigen lassen („echte“ versicherungsfremde Leistungen) entweder ausgegliedert oder über staatliche Transferleistungen finanziert werden. Allein im Jahr 2015 sind aus dem Etat der Rentenversicherung versicherungsfremde Leistungen in zweistelliger Milliardenhöhe erfolgt.

S. 59, AfD (57)

Bekanntlich wird bereits in naher Zukunft die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler überproportional steigen.

S. 59, GRÜNE (198)

Um die Rente wieder sicher und verlässlich, nachhaltig und generationengerecht zu machen, setzen wir uns dafür ein, das Drei-Säulen-System der Alterssicherung auf eine solide Basis zu stellen. In erster Linie stärken wir die erste Säule, die gesetzliche Rentenversicherung. Denn sie ist und bleibt die wichtigste Säule, der Altersvorsorge.

S. 59, AfD (57)

Hierzu bedarf es der Steuerfreistellung der Ansparbeiträge verbunden mit einer nachgelagerten Ertragsbesteuerung.

S. 59, LINKE (21)

Niemand darf im Alter arm sein – durch Berufsunfähigkeit, Zeiten der Erwerbslosigkeit oder Kindererziehung und auch nicht in Abhängigkeit von der Dauer der Berufstätigkeit. Niemand darf gezwungen sein, zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln.

S. 60, LINKE (21)

Das Niveau der gesetzlichen Rente befindet sich im Sinkflug.

Jahr für Jahr sind immer mehr Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen.

Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind von Armut bedroht.

Damit wird ihre Rente noch mal drastisch gekürzt.

S. 60, AfD (57)

Für eine wirkungsvolle Ausgestaltung solcher Systeme ist die Zinspolitik der EZB tödlich.

S. 60, UNION (42)

Unsere erfolgreiche Politik der letzten zwölf Jahre hat dazu geführt, dass neue Arbeitsplätze und Wachstum entstanden sind. Das hat die lange Zeit prekäre Lage der Rentenversicherung deutlich verbessert und die gesetzliche Rente stabilisiert.

Gleichzeitig bleiben die Rentenbeiträge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch über 2020 hinaus stabil.

Derzeit liegt das Rentenniveau bei 48,2 Prozent und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte gestiegen.

S. 60, GRÜNE (198)

1. Wie die Rente wirklich sicher wird

S. 61, SPD (44)

Wir werden deswegen umgehend einen Dialog für einen neuen Generationenvertrag starten und ein Reformprogramm auf den Weg bringen, das weit über die Rentenpolitik hinaus alle Potenziale für eine Stärkung der gesetzlichen Rente mobilisiert:

S. 61, LINKE (21)

Mit den Rentenreformen von SPD und Grünen wurde dafür gesorgt, dass die Unternehmen deutlich weniger in die Rentenkasse einzahlen als die Beschäftigten.

S. 62, LINKE (23)

Wir lehnen es ab, die Arbeitgeber im Rahmen kapitalgedeckter betrieblicher Altersvorsorge und sogenannter »Zielrenten« aus der Haftung zu entlassen.

S. 62, AFD (57)

Auch deshalb muss Deutschland aus der Eurozone austreten, sofern nicht unverzüglich Änderungen in die Tat umgesetzt werden.

S. 62, AFD (57)

Auch aus diesem Grund ist die derzeitige Migrationspolitik sofort zu beenden. Die zur Zeit dort mobilisierten jährlichen Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der Alterssicherung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden.

S. 63, AFD (56)

Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung. Sowohl die Euro-Rettungspolitik als auch die Niedrigzinspolitik der EZB erschweren diese notwendige Reformpolitik für Deutschland. Auch deshalb müssen die Weichen für den Euro und Europa völlig neu gestellt werden.

S. 63, SPD (45)

Um der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, einem Fachkräftemangel vorzubeugen und das Verhältnis von Beitragszahlenden und Rentenempfängern positiv zu beeinflussen, wird es auch auf eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und eine systematisch gesteuerte Zuwanderung durch ein Zuwanderungsgesetz ankommen.

S. 63, SPD (45f.)

Eine solche Gesamtanstrengung wird nur mit einer Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung gelingen, in der ein sozialdemokratischer Kanzler die Richtlinien der Politik vorgibt

9.2 Auszüge der Gesetzesentwürfe

9.2.1 Solidaritätszuschlag

S. 64, FDP (1)

Da das Solidaritätszuschlaggesetz in dieser Hinsicht jedoch nicht zeitlich befristet wurde, muss es durch einen gesonderten gesetzgeberischen Akt aufgehoben werden.

S. 64, FDP (1)

Das unbefristete Solidaritätszuschlaggesetz 1995 wurde mit der Begründung (Bundestagsdrucksache 12/4401, S. 51) erlassen, dass dieses zur Finanzierung der Vollendung der Einheit als „finanzielles Opfer“ unausweichlich und mittelfristig zu überprüfen sei.

Das „Sonderopfer Soli“ wurde mit der Finanzierungsnotwendigkeit der Vollendung der deutschen Einheit begründet und dieses Ziel ist spätestens mit Auslaufen des Solidarpaktes II eindeutig erreicht worden.

S. 64, AfD (1)

1. Die Regelung der Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags gemäß § 3 SolZG 1995 verstößt gegen den allgemeinen Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 1 GG, weil sie in Verbindung mit § 35 EStG von den nach verfassungsrechtlichen Vorgaben insoweit gleich zu behandelnden Gruppen der gewerblichen Einkünfte und der nichtgewerblichen Einkünfte nur gewerbliche Einkünfte bzw. in Verbindung mit § 34c EStG bzw. § 26 KStG von den insoweit gleich zu behandelnden ausländischen und inländischen Einkünften nur ausländische Einkünfte durch eine Reduzierung der Bemessungsgrundlage von dem Solidaritätszuschlag teilweise entlastet.

S. 65, AfD (2)

Die Annahme immer neuer Bedarfsspitzen (nach dem „Aufbau-Ost-Soli“ folgen der „Aufbau-West-Soli“, der „Bildungs-Soli“ und/oder der „Gesundheits-Soli“, vielleicht noch ein „Flüchtlings-Soli“), gleichsam die Annahme eines Finanzbedarfsmassivs“, damit die andauernde Umwidmung einer durchgängigen Ergänzungsabgabe ohne jeweils neuen Gesetzesbeschluss, entspricht nicht den Grundsätzen der Finanzverfassung nach den Art. 105 ff. GG.

S. 65, AfD (4)

Der Solidaritätszuschlag wurde im März 1991 vom 12. Deutschen Bundestag geschaffen, um die Kosten des 2. Golfkrieges zu finanzieren. Mit einer gleichzeitigen Anhebung der Tabak-, Versicherungs- und Mineralölsteuer schnürten die Unionsparteien zusammen mit der FDP eine auf ein Jahr befristete Steuererhöhung, die man Solidaritätszuschlag nannte.

S. 65, FDP (1)

B. Lösung

Aufhebung des Solidaritätszuschlaggesetzes.

S. 66, AfD (1+7)

Die seit über 25 Jahren andauernden Steuer-Sonderbelastungen nach dem Solidaritätszuschlaggesetz sind endlich zu beenden. Das genannte Gesetz ist mit sofortiger Wirkung aufzuheben.

Es ist höchste Zeit, die verfassungswidrige Erhebung des „ungleichen Dauer-Solis“ zu beenden.

Die sofortige und uneingeschränkte Abschaffung des Solidaritätszuschlages und die damit einhergehende Entlastung des Steuerzahlers sind gerade zum jetzigen Zeitpunkt mehr als angezeigt.

Da die Grundrechte des Bürgers auch die Gesetzgebung als unmittelbar geltendes Recht binden (Art. 1 Abs. 3 GG), hat der Bundestag – bei erkannter Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes – das Gesetz sofort abzuschaffen und hat er nicht das Recht, seine eigene verfassungsrechtliche Verantwortung für eine verfassungsgemäße Gesetzgebung auf das Bundesverfassungsgericht zu delegieren.

S. 66, AfD (6)

Der Solidaritätszuschlag darf als Ergänzungsabgabe allein zur Deckung (vorübergehender) Bedarfsspitzen im Bundeshaushalt erhoben werden, weil sich die Ergänzungsabgabe im Vergleich zu den sonstigen Steuern, die in der Finanzverfassung aufgezählt sind, wie die seltene Ausnahme zur Regel verhält.

S. 66, FDP (5)

Das Gesetz führt zu Mindereinnahmen im Bundeshaushalt. Die Finanzplanung des Bundes sieht Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlaggesetz 1995 im Jahr 2020 in Höhe von 20 Mrd. Euro und im Jahr 2021 von 20,9 Mrd. Euro vor. Das Gesetz dient der Entlastung der Bürger, die dringend notwendig und angesichts erheblicher Steuermehreinnahmen sowie eines zu erwartenden positiven Konjunkturreffektes auch finanzierbar ist.

S. 66, AfD (7)

Die Steuereinnahmen des Bundes verringern sich um rund 18 Mrd. Euro im Jahr.

S. 67, AFD (7)

Es ist höchste Zeit, die verfassungswidrige Erhebung des „ungleichen Dauer-Solis“ zu beenden. Insbesondere Freiberufler und Arbeitnehmer ohne ausländische Einkünfte werden durch das Solidaritätszuschlaggesetz diskriminiert, und zwar durch die Privilegierung gewerblicher und ausländischer Einkünfte bei der Erhebung des Solidaritätszuschlags.

S. 67, AFD (4)

Geht der konkret gesteigerte Mittelbedarf über die Zeit in einer allgemeinen Finanzlücke auf, verlangen die Ordnung der Ertragskompetenzen und das Gleichgewicht des bundesstaatlichen Finanzausgleichs die Wahl der strukturell nachhaltigen, regulären Instrumente des bundesstaatlichen Finanzrechts, um die Lücke zu schließen (Prof. Dr. Hanno Kube, Verfassungsrechtliche Problematik der fortgesetzten Erhebung des Solidaritätszuschlags, Rechtsgutachten im Auftrag der INSM, Juni 2017, S. 14).

S. 67, AFD (4)

Mit anderen Worten: Die Ergänzungsabgabe darf kein dauerhaftes Instrument der Steuerumverteilung sein.

9.2.2 Kindergeld

S. 68, AFD (1)

Beim Kindergeld handelt es sich einerseits um eine Steuervergütung im Rahmen des steuerlichen Familienleistungsausgleichs, die vorrangig - alternativ zum Kinderfreibetrag - die Steuerfreistellung eines Einkommensbetrags in Höhe des Kinderexistenzminimums bei der Besteuerung der Eltern zum Ziel hat. Andererseits ist das Kindergeld – wird kein oder nur ein geringes Einkommen erzielt – ausschließlich oder überwiegend eine Sozialleistung und keine oder kaum Steuervergütung.

S. 68, AFD (1f.)

Lebt ein Kind in einem Staat mit niedrigerer Kaufkraft, kommt es zu einem Fördereffekt, der Familien mit in Deutschland oder in Ländern mit höherer Kaufkraft lebenden Kindern verwehrt bleibt.

S. 68, BREG (1)

Familien halten unsere Gesellschaft zusammen. Familien zu stärken und zu entlasten, ist deshalb ein wichtiges Ziel. Eltern sind wegen des Unterhalts, der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder nicht im gleichen Maße finanziell leistungsfähig wie kinderlose Menschen. Deshalb müssen Familienleistungen bei der Bemessung der Einkommensteuer angemessen berücksichtigt werden.

S. 68, BREG (1)

Um Familien zu stärken und zu entlasten, wird das Kindergeld pro Kind ab dem 1. Juli 2019 um 10 Euro pro Monat erhöht. Zudem steigt der steuerliche Kinderfreibetrag entsprechend.

S. 69, BREG (1)

Bei einer angemessenen und gerechten Besteuerung sind auch das mit steigenden Preisen verbundene höhere Existenzminimum der steuerpflichtigen Menschen und ihrer Kinder zu berücksichtigen sowie die Wirkung der kalten Progression.

S. 69, AFD (2)

Für ein Kind, für das in Deutschland ein Kindergeldanspruch besteht, dessen Wohnsitz sich aber in einem anderen EU-Mitgliedstaat befindet, wird die Höhe des Kindergeldes an die Lebenshaltungskosten des Wohnsitzstaates angepasst.

S. 69, AFD (2)

Die Anpassung der Höhe des Kindergeldes nach dem Einkommensteuergesetz für ein Kind für das in Deutschland ein Kindergeldanspruch besteht, dessen Wohnsitz sich aber in einem anderen EU-Mitgliedstaat befindet, an die Lebenshaltungskosten des Wohnsitzstaates nach dem Maßstab der Ländergruppeneinteilung führt zu Steuermehreinnahmen von rd. 160 Mio. Euro.

S. 69, AFD (6)

Die maßgeblichen Beträge sind anhand der Ländergruppeneinteilung (BMF-Schreiben vom 20. Oktober 2016, BStBl I S. 1183) zu ermitteln, die im Einkommensteuerrecht bereits verschiedentlich zur Berücksichtigung unterschiedlicher ausländischer Lebensverhältnisse angewendet wird.

S. 69f., BREG (14)

3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand							
(Steuermehr- / -mindereinnahmen (-) in Mio. Euro)							
lfd. Nr.	Maßnahme	Steuerart / Gebietskörperschaft	Volle Jahreswirkung ¹	Kassenjahr			
				2019	2020	2021	2022
1	§ 32 EStG (2019)	Insg.	- 370	- 25	- 300	- 380	- 400
	Anhebung der Kinderfreibeträge ab 1.1.2019	Est	- 335	.	- 265	- 345	- 365
	um 192 € von 7.428 € auf 7.620 €	SolZ	- 35	- 25	- 35	- 35	- 35

S. 70, AFD (6)

Die Auszahlung des gleichen Betrags ist demgegenüber nicht notwendig. Mithin gestattet die VO (EG) 883/2004 eine Indexierung des Kindergeldes.

9.2.3 Netzwerkdurchsuchungsgesetz

S. 71, AFD (1)

Eines der konstituierenden Elemente des demokratischen Verfassungsstaats ist der Widerstreit der Meinungen in der öffentlichen Debatte. Nur der Austausch verschiedener und damit auch kontroverser Meinungen gewährleistet und sichert den Pluralismus. Mit dem Aufkommen der sozialen Netzwerke im Internet haben sich neben den Zeitungen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk weitere Plattformen zum Meinungsaustausch entwickelt, die die traditionellen Medien nicht nur ergänzen, sondern zu ihnen in Konkurrenz treten.

S. 71. AFD (1)

Im Gegensatz zum gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk und dem sich durch parteipolitische Verflechtungen auszeichnenden Verlagswesen sind die sozialen Netzwerke durch finanzielle und politische Unabhängigkeit gekennzeichnet. Dementsprechend ergänzen sie die politisch-gesellschaftliche Debatte um ein Meinungsspektrum, welches aufgrund der jahrzehntelang gewachsenen politisch-medialen Vernetzung des Rundfunk- und Verlagswesens einer Selbstzensur zum Opfer gefallen ist oder aus Gründen politischer Opportunität unterdrückt wird. Die sozialen Netzwerke erlauben im Vergleich zu den traditionellen Medien einen freien Meinungsaustausch, ungefiltert und ohne Moderation oder gar Zensur.

S. 71, AfD (1)

Zweck des NetzDG ist es, die sozialen Netzwerke zu einer zügigeren und umfassenderen Bearbeitung von Beschwerden insbesondere von Nutzern über sogenannte Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte anzuhalten (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 2).

S. 71, LINKE (1)

Die Wichtigkeit der Bekämpfung sogenannter Hate Speeches unter Wahrung der Kommunikationsfreiheit im Netz sollte unstrittig sein.

S. 71, LINKE (1)

Inhaltlich wurde vor allem die Gefahr einer Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit durch massenhafte Entfernung zulässiger Inhalte und des Einstiegs in eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung angeführt.

S. 72, AfD (2)

Aufgrund nicht legaldefinierter Begriffe wie „Hasskriminalität“ oder „strafbare Falschnachrichten“, die aus der öffentlichen Debatte bekannten Ausdrücken wie „Hatespeech“ oder „Fake News“ entlehnt wurden, besteht eine nicht von der Hand zu weisende Gefahr eines über Gebühr ausgedehnten Anwendungsbereichs der Strafmaßnahmen des NetzDG gegen jede abweichende Meinung.

S. 72, AfD (2)

Das NetzDG überträgt den Schutz der freien Meinungsäußerung in den sozialen Netzwerken auf private Akteure, wodurch dem Rechtsstaat die Verantwortung entzogen wird.

S. 72, AfD (2)

B. Lösung

Das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken wird aufgehoben, um einen freien Meinungs austausch in den sozialen Netzwerken zu gewährleisten und um ein rechtsstaatliches Verfahren bei der Löschung rechtswidriger Kommentare sicherzustellen.

S. 72, LINKE (2)

Erhalten bleiben die Regelungen, deren Sinnhaftigkeit oder jedenfalls Unschädlichkeit unstrittig ist.

S. 72, LINKE (2)

Dazu zählen insbesondere die Verpflichtung zur Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten, die grundsätzliche Verpflichtung, ein zugängliches Verfahren zur Übermittlung von Beschwerden anzubieten und ein Verfahren zum Umgang damit vorzuhalten, sowie ein verpflichtendes Berichtswesen über diese Verfahren.

S. 73, AFD (4)

Die Stellungnahmen zu dem Gesetzentwurf in der Anhörung im Rechtsausschuss des Bundestages am 19. Juni 2017 haben die Schwächen des Gesetzes offengelegt. Die Stellungnahme von Reporter ohne Grenzen sprach von einer gänzlichen Ungeeignetheit der vorgesehenen Maßnahmen zur Regulierung sozialer Netzwerke, um sogenannte Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte zu unterbinden. Stattdessen griffen die Maßnahmen des NetzDG unverhältnismäßig in die Presse- und Meinungsfreiheit ein und könnten die Kommunikationsfreiheit im Internet nachhaltig beschädigen. Diese Kritik teilt ebenso der UN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit David Kaye.

S. 73, AFD (5)

Das NetzDG missachtet wesentliche Kommunikationsgrundrechte, denn die Meinungsfreiheit schützt auch unbegründete Meinungen und sogar Vorurteile, und zwar unabhängig davon, mit welchem Mittel die Meinung verbreitet bzw. der Zugang zu ihr ermöglicht wird.

S. 73, LINKE (5)

Beleidigende, volksverhetzende, rassistische, sexistische und homophobe Äußerungen sind im Internet an der Tagesordnung. Auch finden mutwillig gefälschte Nachrichten Dank der Möglichkeiten der sozialen Netzwerke schnell weite Verbreitung. Dies findet oft unter dem Deckmantel der freien Meinungsäußerung statt. Doch auch diese findet dort ihre Grenzen, wo sie beispielsweise in die Persönlichkeitsrechte Dritter eingreift.

S. 73, LINKE (5)

Das letztlich verabschiedete Netzwerkdurchsetzungsgesetz bedeutet aber eine Privatisierung der Rechtsdurchsetzung und wird zu Overblocking führen.

S. 73, LINKE (5)

In der Folge soll ein Diskussionsprozess mit der Zivilgesellschaft angestoßen werden, indem eruiert wird, welche Mittel geeignet sind, um effektiv gegen Hassbotschaften und Falschmeldungen in den sozialen Netzwerken vorzugehen, ohne dass dies zu einer massenhaften Löschung oder einer Privatisierung der Rechtsdurchsetzung führt.

9.2.4 Aufenthaltsgesetz

S. 74, AFD (1)

Seit dem Kontrollverlust über die deutschen Grenzen im September 2015 haben bisher mehr als anderthalb Millionen Ausländer in Deutschland um Schutz nach-gesucht.

S. 74, AfD (1)

Deutschland ist mit diesem millionenfachen Zuzug überwiegend beruflich nicht qualifizierter Menschen aus anderen Kulturkreisen in jeder Hinsicht überfordert. Dieses Problem potenziert sich durch den rechtlichen Anspruch auf den Nachzug Familienangehöriger, der eine Einwanderung einer nicht genau bezifferbaren Zahl – aber auf jeden Fall weit jenseits der Millionengrenze – ebenso beruflich nicht qualifizierter weiterer Menschen zur Folge hat.

S. 75, FDP (2)

Viele der Personen, die einen Familiennachzug beantragt haben, werden diesen nicht bewilligt bekommen, obwohl sie die gleichen Voraussetzungen erfüllen, wie andere Personen, denen der beantragte Familiennachzug gewährt wird, oder obwohl in ihrem Fall Voraussetzungen vorliegen, die eine Familienzusammenführung ebenfalls rechtfertigen würden. Die Wartezeit bis zu einer Zusammenführung der Familie stellt bereits jetzt für die Betroffenen eine große Härte dar.

S. 75, AfD (4)

Die vorgeschlagene Änderung stellt den langjährig für gut befundenen Zustand wieder her; nämlich den Zustand vor der Gesetzesänderung, die einen Familiennachzug für subsidiäre Schutzberechtigte einführte.

S. 75, AfD (4)

Grundsätzlich ist auch deshalb vor einem deutschen Sonderweg in der Frage des Familiennachzugs zu warnen, weil damit ein Anreizfaktor für auch in Resteuropa subsidiär Schutzsuchende generiert würde, nach Deutschland weiterzuziehen aufgrund einer hier ggf. besonders großzügigen Regelung im Familiennachzug.

S. 75, AfD (4)

Betreffend vorgebrachte Begründungen für einen (ggf. ab März 2018 einsetzenden) Familiennachzug bei subsidiär Schutzberechtigten ist folgendes generell vorweg zu bemerken: eine Argumentation beruhend auf Sicherheits Gesichtspunkten ist für die im Heimatgebiet zurückgelassenen Familien kaum glaubhaft in Anbetracht der Tatsache, dass die meist männlichen Migranten ihre Familien dort – in einem vermeintlich landesweiten Kriegsgebiet – auf unbestimmte Zeit zurückgelassen haben.

S. 76, FDP (6)

So betont der Deutsche Städte- und Gemeindebund, es fehle bereits jetzt an Kinderbetreuungs- und Schulplätzen sowie Wohnraum für die Geflüchteten. Zudem bestehe die Gefahr, dass ein weiterer Zuzug die Integrationsbereitschaft in der Gesellschaft negativ beeinflusse (Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. Oktober 2017).

S. 76, FDP (6)

An anderer Stelle nennt das Auswärtige Amt bis zu 300.000 nachzugsberechtigte Personen (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article166430599/Bis-zu-300-000-Fluechtlinge-in-der-Warteschleife.html>). Diese Schätzungen beziehen sich aber nicht nur auf den Nachzug zu Personen, die von der Aussetzung des Familiennachzugs zu Personen mit subsidiärem Schutz betroffen sind.

S. 76, AfD (5)

Auch unter dem Aspekt des gesellschaftlichen inneren Friedens ist eine weitere Zulassung von – insbesondere kulturfremder – Zuwanderung kritisch zu sehen: sei es vor dem Hintergrund von archaischen tribalistischen Strukturen in den Heimatgesellschaften der Migranten, sei es in Anbetracht kulturfremder, z. T. hier gesetzwidriger gesellschaftlicher Leitvorstellungen des Islam bis hin schließlich zur Terrorbedrohung.

S. 76, AfD (5)

Eine stärkere Zuwanderung ist daher grundsätzlich zu vermeiden, damit der Integrationsdruck aufrecht erhalten bleibt und die Verbindlichkeit gemeinsamer gesellschaftlicher Grundlagen nicht in Frage gestellt wird; entsprechende kritische Symptome werden in den in Deutschland schon bestehenden Parallelgesellschaften bereits spürbar.

S. 77, AfD (5)

Prüfungsmaßstab
sind deshalb alleine das Grundgesetz und die EMRK, die in dieser Angelegenheit am vitalen nationalen Interesse an Bestand und Erhalt des deutschen Volkes und Staates auszulegen sind.